

<b><i>Eise Kontrakt mat Lëtzebuerg</i></b> .....	<b>3</b>
<b><i>A. Die Zukunft sichern - Priorität für die junge Generation</i></b> .....	<b>7</b>
<b>I. Bildungschancen für alle</b> .....	<b>9</b>
1. Ein kohärentes Konzept für das Luxemburger Unterrichtswesen.....	9
2. Innovative Lehrmethoden und Schülerbewertung .....	9
3. Den Sprachenunterricht gerechter gestalten.....	10
4. Die moderne Schule: neutral, tolerant und multikulturell.....	11
5. Für genügend und gut ausgebildetes Schulpersonal.....	11
6. Eine demokratische Schule .....	11
7. Für zusätzliche Schulgebäude und die Ganztagschule .....	12
8. Die Früherziehung flächendeckend einführen.....	13
9. Ein offenes und fortschrittliches Primärschulwesen.....	13
10. Priorität für die Berufsausbildung.....	14
11. Ein bedürfnisorientierter Sekundarunterricht.....	14
12. Eine internationale Hochschule für Luxemburg.....	15
13. Die berufliche Weiterbildung ausbauen.....	16
14. Eine zweite Bildungschance .....	16
<b>II. Kinder und Jugend in der Gesellschaft</b> .....	<b>17</b>
1. Für eine zielgerichtete Kinder- und Jugendpolitik.....	17
2. Die Jugend in das gesellschaftliche Leben einbeziehen.....	17
3. Kinder und Jugendliche besser schützen.....	18
4. Infrastrukturen für die Jugend.....	19
<b>III. Kultur und Sport zur Selbstverwirklichung</b> .....	<b>20</b>
1. Für eine demokratische und partnerschaftliche Kulturpolitik.....	20
2. Recht auf Kultur für alle.....	20
3. Unterstützung freischaffender Künstler.....	21
4. Kulturelle Infrastrukturen bereitstellen und mit Leben füllen .....	21
5. Für eine pluralistische Medienlandschaft .....	21
6. Optimale Rahmenbedingungen für den Sport.....	22
<b>IV. Recht auf Arbeit und ein zufriedenstellendes Berufsleben</b> .....	<b>23</b>
1. Für eine aktive, vernetzte Arbeitsmarktpolitik.....	23
2. Innovative Arbeitszeitgestaltung .....	23
3. In Bildung und Weiterbildung investieren .....	24
4. Umweltschutz und technologische Innovation schaffen Arbeitsplätze .....	24
5. Eine Solidarwirtschaft aufbauen .....	25
6. Zukunftsfähigkeit durch soziale Stabilität und Gerechtigkeit sichern.....	25
7. Sozialen Dialog und Innovation verzahnen .....	26
<b>V. Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik für den Menschen</b> .....	<b>27</b>
1. Sozial-ökologische Marktwirtschaft, dem Gemeinnutz verpflichtet.....	27
2. Die Kaufkraft erhalten und stärken .....	28
3. Innovation und Modernisierung fördern .....	28
4. In Innovation und Forschung investieren .....	29
5. Fairer Wettbewerb im Interesse von Konsumenten, Handel und Handwerk.....	29
6. Dynamisierung des Finanzplatzes .....	30
7. Landwirtschaft und Weinbau in ihren Marktstrukturen stärken.....	31
8. Infrastrukturpolitik im Dienste von Mensch und Wirtschaft .....	32
9. Für eine gerechte und moderne Steuerpolitik .....	32

<b>VI. Umweltschutz und ökologische Innovation .....</b>	<b>34</b>
1. Für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft .....	34
2. Für eine moderne Raumplanung zur Integration von Ökologie und Ökonomie .....	34
3. Für offensiven, zielgerichteten Naturschutz .....	35
4. Für unbürokratisches, aber wirksames Umweltrecht .....	37
5. Priorität für den Wasserschutz .....	37
6. Weiter mit der Vermeidungs- und Reduzierungsstrategie in der Abfallpolitik .....	38
7. Alternative Energien fördern .....	38
8. Vorrang für den öffentlichen Transport .....	38
9. Ausbau des Fahrrad-Wege-Netzes .....	39
10. Der Ausbau des Flughafens: Wirtschaftsinteresse im Verbund mit Lebensqualität .....	40
<b><i>B. Chancengleichheit und Partnerschaft in der Gesellschaft.....</i></b>	<b><i>41</i></b>
1. Echte Gleichstellung der Frauen.....	43
2. Politik im Dienst der Familie .....	44
3. Anderen Lebensgemeinschaften Rechnung tragen.....	45
4. Ein neuer Kontrakt mit der älteren Generation .....	45
5. Die Armut bekämpfen .....	46
6. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen.....	46
7. Gleiche Rechte für behinderte Menschen .....	47
8. Recht auf Gewissensfreiheit und einen religiös neutralen Staat .....	48
9. Für eine multikulturelle Gesellschaft .....	48
<b><i>C. In Sicherheit leben - Ein Staat im Dienste des Bürgers .....</i></b>	<b><i>51</i></b>
<b>I. Eine zuverlässige Sozial- und Gesundheitspolitik.....</b>	<b>53</b>
1. Renten und Pensionen langfristig absichern .....	53
2. Die Krankenkassenleistungen verbessern .....	54
3. Das soziale Dienstleistungswesen ausbauen.....	55
4. Recht auf Pflege für alle .....	55
5. Der Patient im Mittelpunkt einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik .....	56
6. Die Selbstbestimmung des Menschen, auch am Lebensende.....	58
7. Für eine humane Drogenpolitik.....	58
<b>II. Für ein modernes und demokratisches Staatsverständnis .....</b>	<b>60</b>
1. Für eine lebendige Bürgerdemokratie.....	60
2. Für effiziente öffentliche Dienste.....	61
3. Für starke und bürgernahe Gemeinden .....	63
4. Neue Polizei im Dienste der Bürger.....	64
5. Für eine bürgernahe und moderne Justiz .....	65
6. Strafvollzug: sicher und human .....	65
7. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr .....	66
8. Für ein effizientes und modernes Rettungswesen.....	67
<b><i>D. Luxemburg in Europa und in der Welt .....</i></b>	<b><i>69</i></b>
1. Luxemburg soll die EU offensiv und positiv mitgestalten .....	71
2. Ein starker Euro im Dienste der Beschäftigung und des Konsumenten .....	71
3. Europa bringt neue Impulse .....	72
4. Für einen fairen Steuerwettbewerb .....	73
5. Grundsätzliches Ja zur Erweiterung der Europäischen Union .....	73
6. Die Demokratisierung der EU-Institutionen vorantreiben.....	73
7. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern .....	74
8. Verantwortung für den Frieden .....	75
9. Solidarische Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt.....	75

# Eise

## Kontrakt mat

## Lëtzebuerg



- 1) Luxemburg gilt in Europa und in der Welt als ein Land mit hoher Lebensqualität, guter Einkommensgerechtigkeit und dichtem Sozialnetz. Die Leistungen des Staates und der Gemeinden sind generell hochwertig, die Infrastrukturen des Landes halten den Vergleich mit anderen hochentwickelten Staaten stand. Dass dem so ist, verdankt unser Land weitgehend der Arbeiterbewegung, den Impulsen und dem Einsatz mehrerer Generationen von sozialistischen Militanten und Gewerkschaftlern sowie der gesellschaftspolitischen Einflussnahme von Ministern, Abgeordneten, Bürgermeistern und Gemeinderäten der LSAP.
- 2) Dennoch ist Luxemburg kein Schlaraffenland. Auch hierzulande gibt es Menschen mit Problemen, ist die Frage der Chancengleichheit aller Bürger und der Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht immer und überall zufriedenstellend gelöst. Bedingt durch internationale Entwicklungen wie die neoliberale Deregulierungswelle oder die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft stellen sich immer neue Herausforderungen an die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, an die Bildungspolitik und an den Umweltschutz.
- 3) Die Sozialisten werden sich diesen Herausforderungen kompetent, innovativ und im demokratischen Dialog mit allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern stellen. Als grosse linke Volkspartei bleiben die Sozialisten ihren Traditionen verpflichtet, kämpferisch für den Fortschritt in der Gesellschaft und den Ausbau der sozialen Gerechtigkeit, solidarisch mit allen benachteiligten Menschen und der strapazierten Natur.
- 4) Die Sozialisten wollen die Gesellschaft in diesem Sinne reformieren. Sie setzen dabei auf die im Rahmen der parlamentarischen Demokratie möglichen Eingriffe des Staates über den Weg von Gesetzen und Regelungen. Ebenso wichtig sind Eigeninitiativen der Bürger und der zwischen gesellschaftlichen Gruppen gefundene Konsens. Die Sozialisten wollen verstärkt auf die Eigendynamik und Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger, auf individuelle oder kollektive Initiativen setzen, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzubringen.
- 5) Die Sozialisten bieten allen Bürgerinnen und Bürgern einen "Kontrakt mat Lëtzebuerg" an. Die Kraft der Allgemeinheit soll dem Wohle jedes Einzelnen dienen. Im Respekt des Wählerwillens wollen die Sozialisten mit Energie und Kompetenz Regierungsverantwortung übernehmen.
- 6) Das sozialistische Programm setzt die Weichen für das neue Jahrhundert.

Für die Sozialisten geniesst die Jugendpolitik oberste Priorität. Die Art und Weise, wie eine Gesellschaft mit der Jugend umgeht, zeigt, wie sie ihre Zukunft vorbereitet, indem sie den Jugendlichen ein Maximum an Chancen für ihre Entfaltung und ihre Beteiligung am Leben dieser Gesellschaft bietet. Die Sozialisten werden insbesondere dafür sorgen, dass unser Schulsystem an die Gegebenheiten der Zeit angepasst wird und kein Jugendlicher mehr den Arbeitsmarkt ohne erfolgversprechenden Schulabschluss betreten muss.

Die Sozialisten fühlen sich seit jeher der Arbeitnehmerschaft besonders verpflichtet. Die Verteidigung des Rechts auf Arbeit und ein zufriedenstellendes Berufsleben, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Abbau der Arbeitslosigkeit waren und bleiben vordringliche Ziele der Sozialisten. Luxemburgs Wirtschaft braucht vermehrt die Kompetenz der Frauen. Die Sozialisten werden für eine erhöhte Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt eintreten.

Die Sozialisten sind für die sozial-ökologische Marktwirtschaft. Damit weiterhin Bildung und Sozialleistungen bezahlbar bleiben, mehr Arbeitsplätze geschaffen werden und der Wohlstand aller Bürger ansteigt, muss das Modell der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit im Sinne der Nachhaltigkeit weiterentwickelt werden. Wirtschaftspolitik hat eine soziale und ökologische Verpflichtung. Besitzt der Staat nicht den Mut, bei wirtschaftlichen Fehlentwicklungen regulierend einzugreifen, werden allzu schnell soziale Ungleichheiten und

ökologische Ungleichgewichte geschaffen. Deshalb muss die soziale Modernisierung vorangetrieben werden und ökologischer Sachverstand alle Politiken vernetzen.

Die Sozialisten wollen den effizienten Staat, der Armut bekämpft, soziale Absicherung garantiert und mehr Einkommensgerechtigkeit schafft. Ein effizienter Staat ist kein autoritärer Staat, sondern ein Instrument der Bürger für die Bürger. Der moderne Staat muss mehr Demokratie wagen und mehr Mitbestimmung auf allen Ebenen durchzusetzen. Der bessere Staat ist nicht gleichbedeutend mit mehr Bürokratie und Verwaltung. Er steht für beste öffentliche Dienstleistungen, für mehr Information, grössere Transparenz und erweiterte Einflussnahme aller Bürgerinnen und Bürger.

Die Sozialisten stehen ein für eine Politik der Chancengleichheit in einer multikulturellen Gesellschaft. Sie wollen die Mitbestimmung mündiger Bürgerinnen und Bürger und damit eine echte Gleichstellung der Frauen in Gesellschaft und Politik. Die Sozialisten kämpfen für die Menschenrechte, gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Sie sind für Weltanschauungs- und Religionsfreiheit und wollen deshalb den religiös und ideologisch neutralen Staat.

Die Sozialisten setzen sich für die konsequente Modernisierung unserer Gesellschaft ein. Diese muss alle Gebiete des menschlichen Handelns und Denkens erfassen. Daher pochen die Sozialisten auf Innovation und geistige wie kulturelle und ethische Entwicklung unseres Landes. Vor allem die öffentliche Hand muss innovativ und ein Beispiel an Erneuerung und Offenheit sein.

- 7) National wie international treten die Sozialisten ein für eine Politik, die auf den Prinzipien der Freiheit, der Gleichheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität aufbaut:
- ♦ **Freiheit** ist das Grundrecht aller Menschen auf Selbstbestimmung. Demokratische Rechte allein machen nicht frei. Menschen werden erst durch Bildung, Wohlstand und soziale Sicherheit in die Lage versetzt, ihr Leben aktiv und eigenverantwortlich zu gestalten.
  - ♦ **Gleichheit** bedeutet, allen Menschen gleiche Chancen einzuräumen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, ethnischer Zugehörigkeit und Weltanschauung sowie körperlicher oder geistiger Leistungsfähigkeit. Echte Chancengleichheit verpflichtet die Gesellschaft, benachteiligten Mitmenschen besondere Unterstützung und Förderung zukommen zu lassen.
  - ♦ **Gerechtigkeit** begreift nicht nur eine leistungs- und sozialgerechte Verteilung aller gesellschaftlichen Reichtümer, insbesondere von Arbeit und Einkommen, sondern auch eine unparteiische Behandlung der Bürger, insbesondere durch die Justiz und den Staat.
  - ♦ **Solidarität** zementiert den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ohne Solidarität gibt es keine echte Freiheit, keine wirkliche Chancengleichheit, keine gerade den Schwächeren in der Gesellschaft verpflichtete Gerechtigkeit. Solidarität mit allen Menschen ist die schönste Ausdrucksform des demokratischen Sozialismus!

A.

Die Zukunft sichern

-

Priorität für die  
junge Generation



# I. Bildungschancen für alle

## 1. Ein kohärentes Konzept für das Luxemburger Unterrichtswesen

- 1) Die Sozialisten wollen Bildung für alle. Niemand darf das Schulsystem ohne erfolversprechenden Schulabschluss verlassen. Zeitgemässe Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten müssen angeboten, lebenslanges Lernen muss eine Selbstverständlichkeit werden.
- 2) Bei der Gestaltung des Bildungswesens werden folgende Richtlinien die Politik der Sozialisten bestimmen:
  - ◆ Förderung hat Vorrang vor Auslese. Chancengerechtigkeit muss hergestellt werden, indem herkunftsbedingte Bildungsbenachteiligungen durch Fördermassnahmen behoben und den verschiedenen Begabungen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten geboten wird.
  - ◆ Fundierte Sprachkenntnisse, eine solide Allgemeinbildung und spezialisierte Fachausbildung spielen eine grosse Rolle. Kompetenzvermittlung ist aber ebenso notwendig wie Wissensvermittlung. Ausserdem kommt den sogenannten Schlüsselqualifikationen (Demokratieverständnis, kritisches Reflexionsvermögen, soziale Handlungs- und Anpassungsfähigkeit, usw.) eine immer gewichtigere Bedeutung zu. Um die Jugend auf die neuen Herausforderungen der Berufswelt vorzubereiten, müssen handlungs- und kommunikationsorientierte Lehrmethoden konsequent zum Tragen kommen.
  - ◆ Verstärkte pädagogische Anstrengungen müssen im erfolgreichen Vermitteln autodidaktischer Fähigkeiten unternommen werden. In einer Zeit, in welcher der Einzelne sich immer mehr (neues) Wissen immer rascher aneignen muss, können nur diejenigen erfolgreich bestehen, welche gelernt haben, selbständig zu lernen. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass diese Fähigkeit konsequent gefördert wird.
  - ◆ Lehrprogramme müssen an diese Erfordernisse angepasst, die Stofffülle gleichzeitig auf das Wesentliche reduziert werden. Personen aus dem ausserschulischen Leben sollen mit beratender Stimme in den Programmkommissionen an einer grundlegenden Überprüfung der Lehrinhalte mitwirken dürfen.
  - ◆ Der erweiterte Erziehungsauftrag und die Reform der Bildungsinhalte verlangen von den Schulen Vielfalt, Dynamik und Motivation. Obwohl unser Land klein ist, wird unser Schulsystem zu zentralistisch und zu bürokratisch verwaltet. Die einzelnen Schulen werden deshalb ein grösseres Mass an Autonomie erhalten.

## 2. Innovative Lehrmethoden und Schülerbewertung

- 1) Kinder und Jugendliche sind Individuen, die ihre familiären Erfahrungen, ihre persönliche Entwicklung und ihr soziales Umfeld in die Schule und damit in die Lernprozesse einbringen. Sie dürfen nicht als "zu belehrende" Wesen behandelt werden. Deshalb wollen die Sozialisten den sogenannten Frontalunterricht durch interaktiven Unterricht und durch Gruppenarbeit ergänzen.
- 2) Derzeit erfolgt die Bewertung der schulischen Arbeiten und der Schüler durch ein System, das auf negativen Kriterien, d.h. auf einem Fehlerkatalog beruht. Dieses System wird schrittweise durch eine positive Beurteilung ersetzt, bei der die Qualitäten und Kom-

petenzen in den Vordergrund gestellt werden. Eine kontinuierliche Beschreibung des Leistungsvermögens und der individuellen Begabungen ergibt ein verlässlicheres Leistungsprofil als nackte Zahlen. So wird eine gezieltere Orientierung sowohl innerhalb der schulischen Strukturen als auch in Bezug auf die Berufswahl ermöglicht.

- 3) Die Lernprozesse werden in den einzelnen Klassen stärker individualisiert, d.h. auf die Persönlichkeit des Schülers abgestimmt. Dies gestattet es, die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen zur vollen Entfaltung zu bringen, was sowohl schwächeren als auch hochbegabten Schülern entgegenkommt.

### **3. Den Sprachenunterricht gerechter gestalten**

- 1) Das Luxemburger Schulsystem unterscheidet sich auf signifikante Weise von ausländischen Modellen und zwar vornehmlich durch zwei Faktoren:
  - ◆ durch die Notwendigkeit, eine Vielzahl von Nicht-Luxemburgern auszubilden und an ihrer Integration als Bürger von Luxemburg und Europa mitzuwirken;
  - ◆ durch die Notwendigkeit, die Mehrsprachigkeit abzusichern.

Die Mehrsprachigkeit wird von den Sozialisten absolut bejaht. Sie ist das Zement einer multikulturellen Gesellschaft und der Schlüssel zur wirtschaftlichen und politischen Selbstbehauptung unseres Landes. Doch ist nicht zu verkennen, dass gerade die Mehrsprachigkeit für viele Kinder eine nur schwer zu überwindende Barriere darstellt. Die Ausrichtung und Gewichtung der Sprachen in unserem Schulsystem muss deshalb ebenso überdacht werden, wie die Lehr- und Lernmethoden.

- 2) Die Sozialisten wollen am Grundprinzip der Alphabetisierung in deutscher Sprache festhalten. Bei der Vermittlung der deutschen wie später auch der anderen Sprachen sollen die Methoden den Lernbedürfnissen aller Kinder angepasst werden. Die für den Spracherwerb notwendigen Etappen "Verstehen, Sprechen, Lesen, Schreiben" sollen in dieser strukturierten Reihenfolge stärker zum Tragen kommen. Dabei muss der unterschiedlichen Entwicklung der Kinder und ihrer individuellen Reife Rechnung getragen werden. Deshalb wollen die Sozialisten das Erreichen der im Programm festgesetzten Lernziele in unterschiedlichen, den einzelnen Schülern entsprechenden Rhythmen ermöglichen. Das Angebot an Stützkursen wird zu diesem Zweck innerhalb des normalen Unterrichts erweitert.
- 3) In den Sekundarschulen ist der Sprachenunterricht zu überdenken. Im klassischen Sekundarunterricht muss die zur Verfügung stehende Unterrichtszeit effizienter genutzt werden. Mit dem Einsatz neuer Lehrmethoden und einer Restrukturierung der Programme soll eine bessere Beherrschung der Sprachen in Schrift und Laut erreicht werden. Im technischen Unterricht sollen die Sprachen vorrangig als Kommunikationsinstrumente unterrichtet werden, indem besonders die mündlichen Kompetenzen ausgebildet werden. Defizite in einer Sprache dürfen nicht zu Misserfolgen in anderen Fächern führen. Sie dürfen auch eine berufliche Ausbildung nicht verhindern. Zu prüfen ist in beiden Unterrichtszweigen, ob unter bestimmten Umständen nicht eine Sprache als erste Sprache und eine weitere als zweite Sprache zu bewerten ist.
- 4) Das neuzuschaffende fünfte hauptstädtische Lyzeum soll zu einem mehr spezialisierten Lyzeum ausgerichtet werden, in dem Französisch Hauptsprache ist, wo Deutsch aber neben Englisch Pflichtsprache wird. Falls dieser Modellversuch erfolgreich verläuft, kann er später ausgeweitet werden.

Im Berufsunterricht werden alternative französischsprachige Ausbildungswege für verschiedene Berufszweige eingerichtet, wobei jeweils Deutsch und Luxemburgisch als Pflichtfach zu lehren ist, ohne aber zu einer definitiven Auslese zu führen.

#### **4. Die moderne Schule: neutral, tolerant und multikulturell**

- 1) In der letzten Legislaturperiode wurde durch die Reform des Schulgesetzes dem Primärunterricht ein der Zeit angemessenes Konzept verpasst. Mit dem Moral- und Sozialunterricht wird allen Kindern ab dem ersten Primärschuljahr ein sinnvoller, neutraler Ethikunterricht angeboten. Seither ist in nahezu allen Gemeinden die Zahl der Kinder, die den neutralen Ethikunterricht besuchen, beeindruckend gestiegen.

Die Qualität des Ethikunterrichts im Primär- aber auch im Sekundarunterricht muss abgesichert werden, indem ausschliesslich qualifiziertes Lehrpersonal mit dem Ethikunterricht betraut und gutes Lehrmaterial zur Verfügung gestellt wird.

Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass ein philosophische Grundrichtungen neutral umreissender Bildungskursus als einheitliches Regelfach für alle Schüler verbindlich wird und Programme aufweist, die allen Kindern unabhängig von ihrer religiösen Herkunft auf der Basis der Menschen- und Kinderrechte demokratische Werte vermitteln. Bis zu dessen Verwirklichung muss jedem Schüler die Möglichkeit einer Dispens offen gehalten werden.

- 2) Die Sozialisten werden einen dem Alter angepassten Sexual- und Gesundheitsunterricht in der Vor- und Primärschule einführen. Das bestehende Programm des Sekundarunterrichts soll durch Kurse über Familienplanung sowie Rolle und Pflichten der Erziehungsberechtigten ergänzt werden. Dem Respekt vor der Gleichstellung von Frau und Mann muss in den Schulprogrammen grössere Beachtung geschenkt werden.

#### **5. Für genügend und gut ausgebildetes Schulpersonal**

- 1) Die Sozialisten werden die Zahl der Planstellen in den Schulen den wirklichen Bedürfnissen anpassen und mit ausgebildetem Lehrpersonal besetzen. Die derzeitigen Lehrbeauftragten sollen die Möglichkeit erhalten, die zur Ausübung des Lehrerberufs nötigen Qualifikationen zu erwerben.
- 2) Der Lehrer soll den Schülern Wissen vermitteln und sie befähigen, verantwortungsbewusst und selbstständig zu handeln, kritisch mit der Informationsflut umzugehen, Lernbereitschaft, kulturelle Offenheit und soziale Toleranz zu entwickeln sowie aktiv am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Die Ausbildung der Lehrer muss diesen Erfordernissen entsprechen.
- 3) Wer als Pädagoge tätig ist, muss in ein System der Weiterbildung eingebunden werden. Die Sozialisten werden in Zusammenarbeit mit Hochschulen ein Konzept für die Fortbildung aller im Erziehungsbereich Tätigen erarbeiten. Diese Fortbildung wird sowohl die schulischen Lerninhalte wie auch den Umgang mit den Eltern, die Lehrmethoden und die Beherrschung moderner Kommunikationstechnologien abdecken. Die Teilnehmer an Weiterbildungskursen bekommen ein Anrecht auf Fortbildungsurlaub.

#### **6. Eine demokratische Schule**

- 1) Um eine gute, handlungsfähige Schulpolitik zu verwirklichen, müssen alle Komponenten der Gesellschaft und vorrangig Lehrer, Eltern und Schüler stärker an den Entscheidungsprozessen im Bildungsbereich teilhaben können und sich an der Umsetzung der Verbesserungen beteiligen. Die Sozialisten werden Lehrerkomitees einrichten, den Elternvereinigungen grössere Unterstützung zukommen lassen und ein optimales Funktionieren der Schülerkomitees durchsetzen.
- 2) Die bestehenden Disziplinarverfahren gegen Schüler sind in Form und Inhalt überholt. Disziplinarische Massnahmen dürfen keinesfalls die Ausbildung behindern oder zum

Ausschluss aus der Schulgemeinschaft führen. Die Sozialisten werden die Disziplinarräte in den Sekundarschulen paritätisch durch Eltern, Schüler und Lehrer besetzen und den betroffenen Schülern ein Anhörungsrecht zugestehen.

- 3) Die Sozialisten erachten es als wichtiges Ziel künftiger Reformarbeit, dass die unterschiedlichen Schultypen stärker eigenständige Profile entwickeln. Denn die demokratische Schule kann sich nur dann erfolgversprechend entwickeln, wenn den Primär- und Sekundarschulen weitgehende Möglichkeiten zur Selbstverwaltung eingeräumt werden. Die Sozialisten sprechen sich deshalb für ein Mehr an Autonomie der Schulzentren aus, und zwar auf administrativer, finanzieller und pädagogischer Ebene.

Die Sozialisten befürworten in diesem Zusammenhang die zeitliche Begrenzung aller Führungsmandate im Sekundarschulbereich und werden das Anforderungsprofil für den Direktorenposten durch eine Fortbildung in Betriebsführung ergänzen.

- 4) Die Pflicht des Staates, den öffentlichen Unterricht zu finanzieren, wird durch die Autonomie nicht in Frage gestellt. Auch bleibt der Staat für den Erlass allgemeiner Regelungen und Richtlinien zuständig, um ein flächendeckendes Bildungsangebot von gleich hoher Qualität zu sichern und allen Kinder und Jugendlichen die gleichen Bildungschancen einzuräumen.
- 5) Um die Schule und das schulische Umfeld optimal zu gestalten, muss der Staat bei der Vergabe von Schulkrediten auf verteilende Gerechtigkeit achten. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass das sogenannte "Sponsoring" im Schulbereich, d.h. die an Reklame oder an andere Bedingungen gebundene Förderung schulischer oder para-schulischer Aktivitäten durch finanzielle Zuwendungen von Finanzinstituten, Geschäftsleuten etc, unterbunden wird. Sachgeschenke, die nicht an Reklame oder andere Bedingungen gebunden sind, können von Fall zu Fall vom zuständigen Minister auf Vorschlag der Schulverwaltung oder der Gemeindeverwaltung genehmigt werden. Dafür sind strenge Regeln und Kriterien auszuarbeiten.
- 6) Während die Infrastrukturausgaben weiterhin vom Staat zu tragen und die Gehälter gemäss dem öffentlichen Beamtenstatut zu zahlen sind, erhalten alle Staatsschulen für die laufenden Kosten ein Budget in der Form einer bestimmten Summe pro Schüler. Dieses Budget soll jede Schule selbst verwalten, um damit jene Ausgaben zu finanzieren, die vom Schulrat, bestehend aus der Direktion sowie den gewählten Delegierten der Professoren, Eltern und Schüler, im Interesse der Schule beschlossen werden.

Zu überlegen wäre auch die Auszahlung von Prämien an die verschiedenen Schulen für besondere pädagogische Leistungen und Innovationen.

## **7. Für zusätzliche Schulgebäude und die Ganztagschule**

- 1) Guter Unterricht kann nur unter angemessenen Bedingungen stattfinden. Die Investitionsprogramme zum Neubau bzw. zur Ausweitung von schulischen Infrastrukturen müssen zügig vorangetrieben werden. Weitere Schulgebäude sind notwendig, deren Einpflanzung nach landesplanerischen Aspekten zu erfolgen hat. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass die Schulgebäude sicher, ansprechend und freundlich gestaltet werden.
- 2) Über den eigentlichen Schulbetrieb hinaus werden die Gebäude für eine aktive Freizeitgestaltung, für Hausaufgabenhilfe und für die Beschäftigung mit modernen Technologien zur Verfügung stehen. Die Belegung der Schulräume ausserhalb der regulären Schulzeiten schafft die Voraussetzungen zur Einführung der Ganztagschule. Die Ganztagschule erlaubt es, die Schulorganisation besser an den Arbeitsrhythmus der Eltern anzupassen und eine reiche Palette an sportlichen und kulturellen Aktivitäten anzubieten. Darüber hinaus werden die schulischen Infrastrukturen intensiver ausgelastet.

Die Sozialisten werden im Dialog mit den Gemeinden und den interessierten Schulzentren schrittweise Ganztagschulen einführen. Sie werden sicherstellen, dass die Begleitaktivitäten zum Nulltarif respektive zu sozialverträglichen Preisen angeboten werden. Der schulfreie Samstag ist eine logische Folge der Ganztagschule und sollte verallgemeinert werden. Den einzelnen Schulen wird eine gewisse Flexibilität bei der Gestaltung des wöchentlichen Stundenplanes zugebilligt, damit jeder Schüler sich entsprechend entscheiden kann.

Öffentliche Ganztagschulen werden durch angegliederte öffentliche Internate ergänzt.

## **8. Die Früherziehung flächendeckend einführen**

- 1) Die Sozialisten begrüßen die progressive Einführung der Früherziehung und Frühförderung. Hiermit wird den Eltern die Möglichkeit gegeben, die Kinder noch vor der Vorschule auf das Erziehungssystem vorzubereiten. Um dieses Modell zum Erfolg zu führen, werden wir mit den Gemeinden eine gerechte finanzielle Lastenteilung umsetzen.
- 2) Im Interesse der landesweiten Harmonisierung sind Inhalte und Zielsetzungen sowie die Funktionsweise der Früherziehung zu definieren. Die Gruppen sollen an allen Arbeitstagen funktionieren und im Rahmen des Möglichen gemischt zusammengesetzt sein, um sowohl fremdsprachige als auch Luxemburger Kinder sprachlich besser zu integrieren. Um diesen eigentlichen Zweck der Früherziehung zu erreichen, müssen die Eltern jener Kinder mit Sprachschwierigkeiten gezielt informiert und geworben werden.

Das Personal muss aus qualifizierten Fachleuten, das heisst aus diplomierten Vorschullehrer/innen und Erzieher/innen, bestehen. Ein steter Kontakt mit den Eltern ist zu gewährleisten. Ausserdem muss es zu einer engen organisatorischen Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Kindertagesstätten und der Früherziehung kommen.

## **9. Ein offenes und fortschrittliches Primärschulwesen**

- 1) Die Grundmission des Luxemburger Modells der Primärschule besteht in der Integration aller Kinder, gleich welcher sprachlicher, familiärer oder sozialer Herkunft.
- 2) Die Primärschule muss den Kindern Rechnen sowie beim Spracherwerb Verstehen, Sprechen, Lesen und Schreiben beibringen. Die Einführung neuer Fächer darf nicht auf Kosten der Basisfächer, welche unabdingbare Grundkenntnisse vermitteln, betrieben werden.
- 3) Der Umgang mit modernen Kommunikations- und Informationstechnologien bildet heutzutage die Grundvoraussetzung für echte Chancengleichheit und den späteren Erfolg unserer Kinder bei der Ausbildung und im Beruf. Die Sozialisten wollen sich dafür einsetzen, dass die neuen Technologien flächendeckend in unseren Primärschulen zum Einsatz kommen und unterstützen die Gemeinden deshalb bei ihren Bestrebungen, ihre Primärschulklassen zeitgemäss mit entsprechendem Material auszustatten.
- 4) Die Schwerpunkte des Primärschulunterrichts müssen auf der Anwendung von schülerorientierten Methoden liegen und den je nach Region oder Gemeinde sehr unterschiedlichen Zusammensetzung der Schulbevölkerung Rechnung tragen. Die Klasseneffektive der Vor- und Primärschulklassen mit einem hohen Ausländeranteil werden reduziert, die Hausaufgabenhilfe muss parallel hierzu ausgebaut werden.
- 5) Die Sozialisten sprechen sich für die Integration von behinderten Kindern in den Normalunterricht aus. Während seiner Ausbildung muss der Lehrer auf den Umgang mit behinderten Kindern innerhalb eines Klassenverbandes vorbereitet werden. Um behinderten Kindern, ihren Eltern und dem Lehrpersonal nützliche Hilfe leisten zu können,

werden pädagogische Pilotprojekte vermehrt unterstützt. Ausserdem werden die Sozialisten das Gesetz über den "Centre de Logopédie" überarbeiten.

- 6) Die Sozialisten werden die Zusammensetzung und den Kompetenzbereich der kommunalen Schulkommissionen neu definieren, damit diese als effizientes Bindeglied zwischen den Eltern, den Lehrern und den politisch Verantwortlichen funktionieren können.
- 7) Die Gemeinden übernehmen im Primärschulwesen fortwährend zusätzliche Verpflichtungen. Die hierdurch entstehenden Mehrkosten können nicht von den Gemeinden allein getragen werden. Die Sozialisten werden deshalb eine gerechtere Lastenverteilung zwischen Staat und Gemeinden bei der Finanzierung von Schulinfrastrukturen herbeiführen.

## **10. Priorität für die Berufsausbildung**

- 1) Um mit den rasanten Entwicklungen Schritt halten zu können, muss der beruflichen Ausbildung im modernen Bildungswesen eine absolute Priorität eingeräumt werden. Die Sozialisten werden das bestehende parallele System von schulischer Ausbildung und praktischer Lehrlingsausbildung im Betrieb (Dualsystem) ausbauen. Die Weiterentwicklung der dualen Ausbildung beinhaltet für die Sozialisten Massnahmen, die eine zielgerechtere Berufsinformation und -orientierung sowie eine neue Definition der Rolle von Schule und Betrieb in der beruflichen Bildung herbeiführen.
- 2) Die Sozialisten sprechen sich für eine konsequente Überarbeitung bestehender sowie für die Entwicklung neuer Berufsbilder aus. Im Hinblick auf die erforderliche bedürfnisorientierte Ausbildung wird die Aufstellung von sogenannten Gruppenlehrberufen mit verschiedenen Fachbereichen neue Perspektiven aufzeigen. Damit sichergestellt ist, dass die betriebliche Ausbildung auf einer soliden Basis aufbauen kann, werden die berufsübergreifenden zehnten Klassen progressiv verallgemeinert.
- 3) Der handlungsorientierte Unterricht wird in allen Ausbildungszweigen ausgebaut, da dieser dem Schüler wichtige Schlüsselqualifikationen wie Teamarbeit, Arbeitsmethodik und Konfliktbewältigung vermittelt.
- 4) Die Sozialisten wollen den Erwerb des Meistertitels durch Diplominhaber von mittleren und höheren Bildungswegen erleichtern. Die Voraussetzungen für die Zulassung dieser Kandidaten zu den Meisterkursen sowie der entsprechenden betrieblichen Ausbildung werden überarbeitet. Der Meistertitel soll in Absprache mit den Berufsträgern auf andere Wirtschaftssektoren ausgedehnt werden.
- 5) Die Privatwirtschaft, die öffentlichen Unternehmen und die Gemeinden müssen genügend Lehrstellen anbieten. Um alle Berufsbilder abzudecken und Ausbildungsdefizite zu beseitigen, die sich aufgrund der immer stärkeren Spezialisierung der einzelnen Betriebe ergeben könnten, werden die Sozialisten zusätzliche Anreize für ausbildende Betriebe schaffen. So wird die soziale Verantwortung der Wirtschaft belohnt. Im Bedarfsfall können Ausbildungsabgaben von nicht-ausbildenden Betrieben zur Finanzierung überbetrieblicher Ausbildungszentren dienen.

## **11. Ein bedürfnisorientierter Sekundarunterricht**

- 1) Der technische Unterricht darf kein klassisches Lyzeum zweiter Klasse sein, sondern ein berufsorientierter Bildungsweg, der seinen Wert gerade aus dieser Zweckgebundenheit zieht. Alle Fächer und insbesondere der Sprachenunterricht müssen unter diesem Blickwinkel analysiert werden. Programme, Bewertungskriterien und Lehrmethoden dürfen kein Abklatsch der klassischen Sekundarstufe sein.

Das "Lycée préparatoire" ist Teil des technischen Sekundarunterrichts. Die Übergänge zu anderen Studiengängen müssen klar definiert und transparent geregelt sein. Die Sozialisten werden durch eine räumliche Integration dieser Klassen in Gebäude des technischen Sekundarunterrichts die potentielle Ausgrenzung einer schwierigeren Kategorie von Schülern verhindern. Auch stellt in diesem Zusammenhang die Erhöhung des Schulpflichtalters für die Sozialisten kein Tabu dar.

- 2) Der klassische Sekundarunterricht soll weiterhin vorrangig auf das Hochschulstudium vorbereiten und möglichst vielen Studenten den Zugang zu den Universitäten ebnen. Programme, Arbeitsmethoden und Bewertungskriterien sind diesem Ziel entsprechend auszurichten.
- 3) Um den beidseitigen Wechsel zwischen technischem und klassischem Sekundarunterricht zu erleichtern, werden die Sozialisten die Übergänge möglichst fließend ausrichten und das Angebot an Stützkursen konsequent ausbauen.

## **12. Eine internationale Hochschule für Luxemburg**

- 1) Es war noch immer eine grosse Chance für die luxemburgische Jugend, dass sie im Ausland an den verschiedensten Universitäten studieren konnte. Diese Bereicherung unseres kulturellen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens ist auch in Zukunft nicht zu missen. Entsprechende Studienbörsen, die eine grössere finanzielle Eigenständigkeit ermöglichen, und andere Fördermassnahmen sollen sicherstellen, dass angehende Akademiker weiterhin einen Grossteil ihrer Studien an europäischen und selbst aussereuropäischen Universitäten absolvieren.
- 2) Gleichzeitig kann kein Land auf die Dauer ohne ein leistungsfähiges Hochschulwesen auskommen. Universitäten stellen überall eine Bereicherung des intellektuellen und kulturellen Lebens dar. Auch ist Innovation und Forschung besser in Zusammenarbeit mit Universitäten zu bewerkstelligen.
- 3) Die Sozialisten wollen deshalb auf den reformierten Hochschulen "Centre Universitaire de Luxembourg" und "Institut Supérieur de Technologie", auf den "Centres de Recherches Publics" sowie auf die "Institut Supérieur d'Etudes et de Recherches Pédagogiques" und "Institut d'Etudes Educatives et Sociales" aufbauen, um schrittweise ein autonom funktionierendes Hochschulsystem in Luxemburg einzuführen. Daneben setzen die Sozialisten sich für eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Centre Universitaire und dem "Centre de Recherches Publics-Centre Universitaire" im akademischen Bereich und zwischen dem "Institut Supérieur de Technologie" und dem "Centre de Recherches Publics-Henri Tudor" im technologischen Bereich ein.

Ziel ist es nicht, dass nur Luxemburger hierzulande studieren sollten. Luxemburg soll als Hochschulstandort auch für ausländische Studenten attraktiver werden. Hierzu muss ein gezieltes Angebot an universitären und postuniversitären Studien, vordringlich in den Bereichen Europarecht, internationales Kooperationsrecht, Wirtschafts- und Finanzwesen und neue Technologien entstehen, das in Zusammenarbeit mit Universitäten der Grossregion zu einem modularen Studiennetz führt. Das Hochschulsystem muss in die Lage versetzt werden, in diesen Bereichen, aber auch in den Bereichen der Geisteswissenschaften autonom oder in Zusammenarbeit mit den Centres de Recherches Publics Forschung zu betreiben.

- 4) Eine solche Entwicklung kann nicht kurzfristig erfolgen. Sie muss über Jahre organisch wachsen. Es gilt, ein dezentrales Modell an spezialisierten Fachbereichen aufzubauen, selbstverständlich mittels modernster Kommunikationstechnologien verbunden. Zu diesen Infrastrukturen wollen die Sozialisten auch entsprechende Studentenwohnungen schaffen.

- 5) Das Hochschulwesen sollte ohne Studiengebühren auskommen und im Sinne einer demokratischen Selbstverwaltung allen am Universitätsleben teilhabenden Gruppen Mitspracherechte sichern. Studenten aus Drittländern wird der Zugang zum luxemburgischen Hochschulsystem wesentlich erleichtert. Auch wird für Menschen, die tagsüber einer Arbeit nachgehen, die Möglichkeit geschaffen, ihr Studium in Abendkursen nachzuholen.

### **13. Die berufliche Weiterbildung ausbauen**

- 1) Durch die Schaffung des "Centre national de formation professionnelle continue" (CNFPC) in Esch/Alzette verfügt unser Land über eine angemessene Infrastruktur für die berufliche Weiterbildung. Um auch im Norden des Landes allen Anforderungen gerecht zu werden, setzen die Sozialisten sich für den weiteren Ausbau des regionalen Zentrums in Ettelbrück ein. Die Sozialisten werden das CNFPC in ein "Etablissement public" umwandeln, um so eine flexiblere Verwaltung dieser Einrichtung zu ermöglichen und die innovativen Kräfte unserer Wirtschaft an der Gestaltung teilnehmen zu lassen.
- 2) Die Sozialisten fördern die berufliche Weiterbildung innerhalb des Betriebes. Das vorgesehene Rahmengesetz enthält die hierzu nötigen Voraussetzungen. Darüber hinaus muss die Zulassung des Einzelnen zur beruflichen Weiterbildung konsequent unterstützt werden. Die Sozialisten werden jedem Arbeitnehmer ein Anspruchsrecht auf Bildungsfreistellung (Bildungsurlaub) zugestehen.
- 3) Die Sozialisten treten für den raschen Aufbau eines Systems der beruflichen Weiterbildung mit modularem Charakter ein. Die Anrechnung der einzelnen, erfolgreich abgeschlossenen Einheiten (unités capitalisables) und der beruflichen Erfahrung führt zu einem offiziellen Zertifikat.
- 4) Die momentan den Jugendlichen vorbehaltenen Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren, wird künftig auch Erwachsenen offenstehen. Diese Massnahme zielt darauf ab, den Teilnehmern im Rahmen des zweiten Qualifizierungswegs das nötige Wissen zum Erlangen eines offiziellen Abschlusszeugnisses zu vermitteln.

### **14. Eine zweite Bildungschance**

- 1) Das Versagen in der Regelschule kann eine Kette von anschliessenden Misserfolgen und Schwierigkeiten nach sich ziehen. Viele Fähigkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten kommen somit nicht zum Tragen.

Um der Arbeitslosigkeit und der sozialen Ausgrenzung entgegenzuwirken, hat die europäische Union in mehreren Ländern Pilotprojekte mit der Bezeichnung "Schule der zweiten Chance" in die Wege geleitet. Ziel dieser Initiative ist es, Menschen zwischen 18 und 25 Jahren mit Primärschulniveau durch Vermittlung von Wissen und sozialen Kompetenzen wie z.B. Arbeitsdisziplin, auf einen Einstieg in das Berufsleben vorzubereiten, bevor die eigentliche, in Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern abgesicherte Berufsausbildung erfolgt. Ihnen soll mit der neuen Schule eine zweite Chance gegeben werden.

- 2) Die Sozialisten werden die Schule der zweiten Chance zusammen mit allen Trägern der Bildungspolitik aufbauen. Zu diesem Zweck wird eine flexible Struktur geschaffen, welche mit den bestehenden Institutionen zusammenarbeitet und gegebenenfalls an ein öffentliches Internat angegliedert wird.

## II. Kinder und Jugend in der Gesellschaft

### 1. Für eine zielgerichtete Kinder- und Jugendpolitik

- 1) Nur wer in die nachkommende Generation investiert, investiert mittel- und langfristig in die Gesamtgesellschaft. Die Sozialisten glauben an den Idealismus und den Handlungswillen der Jugend. Sie bauen auf die Qualitäten und die Fähigkeiten eines jeden Einzelnen.
- 2) Für die Sozialisten ist Jugend nicht bloss eine Übergangsphase zwischen Kindheit und Erwachsenenalter, sondern eine eigenständige Lebensphase. Umso wichtiger ist die Beteiligung der Jugend am gesellschaftlichen und politischen Leben. Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen sowie die Vermittlung von Grundwerten unserer Gesellschaft wie Demokratie, Solidarität und Toleranz stehen dabei im Mittelpunkt einer sozialistischen Politik.
- 3) Bei der Jugendarbeit bleibt das Subsidiaritätsprinzip oberstes Gebot. Wo die Privatinitiative aber nicht oder nur ungenügend vorhanden ist, gilt es, gezielt zu unterstützen oder als Staat eigenständig zu handeln. Ein verstärktes staatliches und kommunales Angebot wurde in den vergangenen Jahren über eine dezentrale Jugendpolitik erreicht. Die Jugendorganisationen und die ehrenamtliche Tätigkeit im Jugendbereich erfuhren auf diesem Weg eine besondere Förderung. Die Aus- und Weiterbildung der haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird verstärkt. Dies geschieht über eine neue Form von Sonderurlaub, den "Congé associatif".
- 4) Die Sozialisten werden dafür eintreten, dass die Sozialforschung gerade im Bereich der Jugend unterstützt und ausgebaut wird. Nur ein Land, das genaue Daten über seine Jugendlichen hat, das ihre Wünsche, Ängste und Bedürfnisse kennt, kann auch effizient und kompetent neue Wege beschreiten. Synergien mit Privatinitiativen sind in diesem Bereich zu fördern. Erste Ansätze wurden bereits realisiert. Diese gilt es auszubauen. Die Sozialisten werden sich in diesem Sinne ebenfalls dafür einsetzen, dass auf europäischer Ebene ein Jugendobservatorium entsteht.

### 2. Die Jugend in das gesellschaftliche Leben einbeziehen

- 1) Für die Sozialisten ist es von grosser Bedeutung, dass anstelle einer Politik für die Jugendlichen immer mehr eine Politik mit und durch die Jugendlichen tritt. Es ist wichtig, der Jugend - aber auch den Kindern je nach ihrer Reife - das Wort zu erteilen, ihnen zuzuhören, sie mitreden und mitentscheiden zu lassen. Nur wer die Betroffenen mit in die Entscheidungsprozesse einbezieht, ist auf Dauer sicher, dass die getroffenen Massnahmen möglichst nahe an den realen Bedürfnissen liegen.
- 2) Partizipation kann und soll vielerorts stattfinden. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass die Jugend sich sowohl auf nationaler als auch auf lokaler Ebene in das Gemeinschaftsleben einbringen und Verantwortung übernehmen kann.

Die Sozialisten werden das Wahlalter für das passive Wahlrecht sowohl für Kommunal- als auch bei Parlaments- und Europawahlen auf 18 Jahre senken. Die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre darf kein politisches Tabu sein. Im Arbeitsrecht und insbesondere bei den Sozialwahlen sollen den minderjährigen Arbeitnehmern die gleichen

Rechte eingeräumt werden wie ihren grossjährigen Kollegen. Bei Wahlergebnissen darf für die Bekleidung eines Mandats nicht das Alter, sondern allein die erreichte Stimmenzahl, respektive bei Stimmgleichheit das Los ausschlaggebend sein.

Die Sozialisten wollen auch Jugendlichen erlauben, sich in Vereinigungen zusammenschliessen. Dies ist von besonderer Wichtigkeit im schulischen Bereich, z.B. um Schülerkomitees zu gründen. Jugendlichen soll ab 16 Jahren erlaubt sein, einen Verein im zivilen Leben zu vertreten.

Die gesetzliche Verankerung des Jugendfreiwilligendienstes öffnet neue Perspektiven für die Integration von Jugendlichen in die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen der Gesellschaft. Der Erfolg dieser Initiative muss durch die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel gesichert werden.

- 3) Um die Beteiligung der Jugendlichen am Kommunalgeschehen zu erhöhen, werden die Gemeinden angehalten, gemeinsam mit Vertretern der Jugend "Kommunale Aktionspläne für die Jugendpolitik" zu erarbeiten. Jugendliche sollen auch vollwertige Mitglieder von Gemeindekommissionen werden und in der kommunalen Demokratie eine gewichtige Rolle spielen. Zu diesem Zweck sollen in den Gemeinden kinder- und jugendspezifische Strukturen wie Jugendräte und Schülerkomitees aufgebaut werden.

### **3. Kinder und Jugendliche besser schützen**

- 1) Die Sozialisten wollen ein besseres Gleichgewicht zwischen den Rechten und Pflichten von Eltern und Kindern herstellen. Bei einer Trennung soll beiden Elternteilen das Sorgerecht zugesprochen werden können und die Kinder das Recht erhalten, Vater und Mutter zu besuchen.
- 2) Prinzipiell muss ein Kind in seiner Familie den Schutz der Gesellschaft geniessen. Luxemburg hat einen hohen Prozentsatz an fremduntergebrachten Kindern. Ehe es zu einer Fremdunterbringung kommt, sollte man der betroffenen Familie vor Ort helfen, ihre Schwierigkeiten zu bewältigen und so versuchen, eine Unterbringung in ein Heim oder bei einer Gastfamilie zu vermeiden (assistance éducative en milieu ouvert). Wird eine Einweisung in ein Heim unvermeidlich, so sind die Erziehungsberechtigten mit in die Entscheidung und die weitere Betreuung einzubeziehen. Eine gute psychologische Betreuung der Kinder und Eltern ist in solchen Fällen unabdingbar.
- 3) Mediationszentren müssen eine Alternative zur gängigen Justiz darstellen. Das Mediationszentrum, an das sich Jugendliche oder auch Eltern im Falle von Konfliktsituationen richten können, wird weiter ausgebaut. Dies kann durchaus dezentral geschehen.
- 4) Die Sozialisten treten für eine unabhängige Ombudsperson für Kinder und Jugendliche ein. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, über den Respekt und die Umsetzung der Kinderrechte auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens zu wachen und eine erste Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche mit Problemen zu sein.
- 5) Besonders vor Gericht gilt, dass die Meinung des Kindes oder Jugendlichen je nach Alter und Reife eingeholt und seinem Wohle entsprechend berücksichtigt werden muss. Vor Gericht brauchen Kinder und Jugendliche in allen Situationen fachgerechten Beistand.

Wenn Kinder Opfer von Gewaltverbrechen wie z.B. sexuellem Missbrauch wurden, dürfen sie während des Gerichtsverfahrens nicht länger mit dem Täter konfrontiert werden. Um den Opferschutz zu verstärken, werden die Sozialisten auch Videoaussagen vor Gericht zulassen.

#### **4. Infrastrukturen für die Jugend**

- 1) In den letzten Jahren konnten eine Reihe von Infrastrukturen geschaffen oder ausgebaut werden, die im Dienste der Jugend stehen und ihnen eine Beteiligung an gesellschaftspolitischen Prozessen erlauben. Die Sozialisten werden ähnlich wie im Sportbereich den Bau und die Modernisierung von Jugendinfrastrukturen im Rahmen eines vom Parlament verabschiedeten Fünfjahresplans gezielt unterstützen.
- 2) Zur Zeit sind eine Reihe von Jugendorganisationen, respektive Organisationen, die sich in den Dienst der Jugend stellen, an mehreren Orten untergebracht. Um Mehrausgaben zu vermeiden, eine effizientere Organisation der Arbeit zu ermöglichen und den Jugendlichen eine zentrale Anlaufstelle anzubieten, werden die Sozialisten ein nationales Jugendzentrum einrichten. Dieses Jugendzentrum wird allen nationalen Organisationen als Arbeits-, Diskussions- und Konferenzzentrum zur Verfügung stehen.
- 3) Das Angebot an Jugendhäusern, wo Jugendliche in ihrer Freizeit gestalterisch an gemeinsamen Programmen teilhaben oder auf die Hilfestellungen und Informationen der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgreifen können, wurde in den letzten Jahren entscheidend verbessert und ausgebaut. So stehen den Jugendlichen derzeit 23 Jugendhäuser zur Verfügung. Die Sozialisten werden auf diesem Gebiet die bewährte Zusammenarbeit zwischen Staat, Gemeinden und privaten Trägern ausbauen.

Jugendliche sollen ein Recht haben, moderne Medien zu nutzen. Die Informatik spielt eine immer wichtigere Rolle, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können. Jugendhäuser müssen hier Defizite erkennen und beheben.

Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass der "Service National de la Jeunesse" in Zusammenarbeit mit den Jugendhäusern bei der Umsetzung des nationalen Beschäftigungsplanes eine aktive Rolle übernimmt. Ähnlich wie im Altenbereich die Ausbildung "aide-senior", soll ein neuer Ausbildungszyklus "aide-junior" die Jugendlichen zusätzlich qualifizieren und ihnen einen Einstieg in den Arbeitsmarkt erlauben.

- 4) Das von den Sozialisten initiierte Projekt einer Musikhalle für Jugendliche in Esch/Alzette wird unverzüglich umgesetzt. Zusätzlich zu diesem Kulturangebot werden Probesäle für Jugendmusikgruppen zur Verfügung gestellt.

# III. Kultur und Sport zur Selbstverwirklichung

## 1. Für eine demokratische und partnerschaftliche Kulturpolitik

- 1) Die Sozialisten treten für eine dynamische, offene, emanzipatorische und demokratische Kulturpolitik ein. Sie sehen im Staat den Garanten dafür, dass jeder Bürger sich kreativ betätigen kann. Kultur schafft Identität, wirkt persönlichkeitsbildend und ist demokratiefördernd. Kulturelle Einrichtungen sind auch und besonders Bildungseinrichtungen, die zur Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft beitragen. Deshalb werden die Sozialisten dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen an einem multikulturellen und interregionalen Kulturleben teilhaben können.
- 2) Kulturpolitik rechnet sich langfristig. Kulturangebote können zum wirtschaftlichen Aufschwung einer Region beitragen. Kultur schafft Arbeitsplätze. Kulturprojekte ziehen auch Aktivitäten in anderen Bereichen mit sich. Die Sozialisten wollen dieser Tatsache Rechnung tragen.
- 3) Die Sozialisten verstehen Kultur als Bestandteil kohärenter regionaler Entwicklungspolitik. Sie werden das kulturelle Angebot in Luxemburg dezentralisieren, verbessern und ausbauen. Regionale kulturelle Entwicklungspläne werden hier für ein Gleichgewicht zwischen Animation und Infrastrukturen sorgen. Den Gemeinden und den repräsentativen kulturellen Vereinigungen wird ein Kulturpakt mit dem Staat angeboten.

## 2. Recht auf Kultur für alle

- 1) Die Sozialisten fördern den Ausbau des kulturellen Angebots und der kulturellen Projekte und Initiativen im Interesse von Künstlern und Bürgern. Die Sozialisten setzen sich für ein regional ausgewogenes Angebot aus allen Sparten des künstlerischen und kulturellen Schaffens ein. Künstler und Vertreter kultureller Vereinigungen müssen in die Planung kultureller Aktivitäten miteinbezogen werden. Die Sozialisten werden in Zusammenarbeit mit allen interessierten Gemeinden die nationale Kulturagentur zu einer Koordinierungs- und Animationsstelle ausbauen. Kulturelle Vereinigungen sollen für Organisation, Werbung und Öffentlichkeitsarbeit Hilfeleistungen über Subsidien und Konventionen bekommen. Finanzielle Hilfen müssen nach transparenten Kriterien vergeben werden.
- 2) Die Sozialisten fördern Eigeninitiativen. Sinnvolle Kulturinitiativen sollen personell und finanziell so unterstützt werden, dass ihre Professionalisierung so weit wie nötig gewährleistet ist. Die bestehenden kulturellen Förderprogramme sollen verstärkt auf die Förderung junger Talente ausgerichtet werden.
- 3) Die Sozialisten wünschen eine stärkere Verknüpfung von Schule und Kultur. Der Staat und die Gemeinden sollen für einen intensiveren Kontakt zwischen den Schulen und der Kultur sorgen. Die Schulen sollen sich den Kunstschaffenden öffnen, andererseits sollen Schulklassen die Gelegenheit bekommen, Kulturveranstaltungen wie Ausstellungen, Theater-, Tanz- oder Musikvorführungen zu besichtigen.

Der Eintritt in staatliche Museen wird in Zukunft wieder kostenlos sein.

### **3. Unterstützung freischaffender Künstler**

- 1) Die Sozialisten treten für ein Künstlerstatut ein, das mit den zuständigen Gewerkschaften ausgehandelt werden muss. Die Sozialisten wollen nicht den „Staatskünstler“. Doch sollen Staat und Gemeinden dafür sorgen, dass ein Markt für Kunstschaffende entsteht. Die Sozialisten verpflichten sich deshalb, dass mindestens ein Prozent der Baukosten öffentlicher Gebäude für Kunst ausgegeben wird. Des Weiteren sind Fördermassnahmen wie Stipendien und Kunstpreise verstärkt in die Wege zu leiten.
- 2) Künstler wie Schriftsteller, Komponisten und Interpreten kamen bisher kaum in den Genuss staatlicher Förderung. Die Sozialisten setzen sich dafür ein, dass sie vermehrt bei der öffentlichen Auftragsvergabe bedacht werden. Im Rahmen ihrer Förderung wird der Staat sich, ähnlich wie für Filmschaffende, über den nationalen Kulturfonds an den Produktionskosten beteiligen.

### **4. Kulturelle Infrastrukturen bereitstellen und mit Leben füllen**

- 1) Kulturelle Infrastrukturen allein schaffen kein reges kulturelles Leben, sind aber eine Voraussetzung dafür, dass sich das nationale wie das regionale und lokale Kulturleben besser entfalten können. Die Sozialisten werden bei der Schaffung neuer Kulturinfrastrukturen genau prüfen, welche realen Bedürfnisse für neue Bauten bestehen und ihre infrastrukturelle Planung darauf ausrichten. Neubauten sollen nur auf der Basis von konkreten inhaltlichen Konzepten in Angriff genommen werden. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass neugeschaffene Kulturinfrastrukturen so mit finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden, dass kulturelle Aktivitäten sich in ihnen dynamisch entwickeln können. Sie sind ausserdem der Meinung, dass dies nur möglich ist, wenn die Kulturinfrastrukturen über ein nicht-kommerzielles Statut verfügen.
- 2) In den letzten Jahren wurde in bezug auf die kulturellen Infrastrukturen Vorbildliches geleistet. Vieles bleibt jedoch noch zu tun, so z.B. das nationale Zentrum für Industriekultur mit der Rockhalle in Esch-Belval, der Konzertsaal, das Projekt Neumünster und die "Moschterfabrik" in Luxemburg, der Neubau für den CNA mit dem regionalen Kulturzentrum in Düdelingen, die Fertigstellung der Kulturfabrik in Esch-Alzette, der Ausbau des Jardin de Wiltz-Coopérations in Wiltz und des "Bicherbus" oder auch die Fertigstellung des regionalen Kulturzentrums in Grevenmacher.

Die Zusammenarbeit unserer nationalen Kultureinrichtungen untereinander und mit denen im Ausland muss gefördert werden.

### **5. Für eine pluralistische Medienlandschaft**

- 1) Der Pressepluralismus bleibt auch im Zeitalter der Informationsgesellschaft die wesentliche Voraussetzung für eine demokratische Meinungsbildung. Öffentliche Mittel sollen deshalb mithelfen, den Pressepluralismus zu erhalten und auszubauen. Ein zeitgemässes Medienrecht wird das Pressegesetz aus dem Jahre 1869 ersetzen.
- 2) Die zunehmende Vernetzung verschiedenartiger Kommunikationstechnologien unterstreicht den Stellenwert von Information, Kommunikation und Bildung in unserer Gesellschaft. Es gilt, gezielt Medienkompetenz zu fördern (u.a. durch Medienerziehung) und die neuen Kommunikationsmittel in den Dienst aller Bevölkerungsschichten zu stellen.
- 3) Der öffentlich-rechtliche Sender "honnert,7 de soziokulturelle Radio" ist seiner Aufgabe im Interesse der Kulturförderung und der kritischen Meinungsbildung gerecht geworden. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass dieser Sender seiner Tätigkeit auch weiterhin nachkommen kann.

## **6. Optimale Rahmenbedingungen für den Sport**

- 1) Für die Sozialisten ist die Förderung des Sports als gesellschaftliche Aufgabe unverzichtbar. Sport ist und bleibt ein wichtiger Faktor für die Entwicklung des Einzelnen und der Gesellschaft. Die Unterstützung der sportlichen Aktivitäten ist weiterhin auf allen Ebenen auszubauen, vom Sportunterricht in der Schule über den Breitensport bis hin zum wettkampforientierten Spitzensport.
- 2) Ein breit gefächertes Sportstättenbereich ist die Grundlage einer reichen Entfaltung der sportlichen Aktivitäten. Im Rahmen von nunmehr sieben Fünfjahresplänen entstanden eine Fülle von wettkampf- und trainingsgerechten Sportanlagen, zumeist in Verbindung mit Schulen. In Bezug auf zu schaffende Neuanlagen genießt eine regional ausgerichtete, gemeindeübergreifende Infrastrukturplanung absoluten Vorrang. Bei der Infrastrukturplanung soll den Bedürfnissen der Sportarten, die über keine nationale Infrastruktur verfügen, prioritär Rechnung getragen werden. Die Sozialisten werden für eine zügige Fertigstellung der Mehrzweckhalle auf Kirchberg Sorge tragen und diesem Komplex eine öffentlich-rechtliche Struktur verleihen.
- 3) Die Bereiche des Breitensports haben sich fortwährend diversifiziert und vermehrt. Die Sozialisten werden der Nachfrage nach neuen Angeboten gerecht werden und insbesondere die nötigen Infrastrukturen für freizeit- und gesundheitsorientierten Sport ausbauen. In Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Sportverbänden wird das Angebot an Joggingpfaden, Spazierwegen und Fahrradpisten erweitert. Dem Sport im Alter wird durch Aufklärungskampagnen und Fördermassnahmen vordringliche Aufmerksamkeit gewidmet.
- 4) Talente müssen gefördert werden. Die Sozialisten werden den Spitzensportlern optimale Bedingungen für ihre Karriere bereitstellen und insbesondere dafür sorgen, dass die jungen Talente Sport und Schule besser in Einklang bringen können. So werden die Sozialisten eine landesweite Diskussion über die Notwendigkeit eines Sportinternats führen. Bewährte Modellmassnahmen wie die ENEPS und die in der Armee geschaffene Spezialeinheit für Elitesportler werden die Sozialisten beibehalten und weiterentwickeln.
- 5) Die ehrenamtliche Arbeit stellt das Fundament des organisierten Sports dar. Die Sozialisten werden die Ausübung der ehrenamtlichen Tätigkeit durch berufliche Freistellungsregelungen und Aufwandsentschädigungen für Aus- und Weiterbildung erleichtern.
- 6) Bedingt durch die Dopingproblematik ist im internationalen Sportgeschehen aber auch auf nationaler Ebene die Gesundheit der Sportler vorrangig zu schützen. In Zusammenarbeit mit den Sport- und Gesundheitsministerien, dem COSL und den Sportverbänden soll die medizinische Betreuung der Sportler ausgebaut werden. Eine spezifische Gesetzgebung wird die Bekämpfung des Doping-Übels organisieren.

# IV. Recht auf Arbeit und ein zufriedenstellendes Berufsleben

## 1. Für eine aktive, vernetzte Arbeitsmarktpolitik

- 1) Die Sozialisten wollen Beschäftigung für alle. Sie werden im Interesse einer humanen und demokratischen Arbeitswelt optimale Rahmenbedingungen für den Arbeitsmarkt schaffen.
- 2) Unser solidarisches Gesellschaftsmodell, welchem Erwerbsarbeit als wichtigster Integrationsfaktor zugrunde liegt, wird durch die steigenden Arbeitslosenzahlen in Frage gestellt. Um Arbeitslosigkeit erst überhaupt nicht entstehen zu lassen, sondern präventiv zu verhindern, sind Dialoge und Initiativen mit Mut zum Unkonventionellen gefragt. Sowohl in der Politik als auch zwischen den Tarifpartnern. Die Sozialisten wollen in die Arbeit anstatt in die Arbeitslosigkeit investieren!
- 3) Massnahmen zur Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt werden von den Sozialisten unterstützt. Die Umsetzung des nationalen Beschäftigungsplans muss in dieser Hinsicht zu einer konkreten Verringerung der bestehenden Arbeitslosenquote führen.
- 4) Für die Sozialisten führen Wiedereingliederungsmassnahmen allein nicht zur Vollbeschäftigung. Sie wollen verstärkt Massnahmen durchsetzen, welche die Arbeitslosigkeit vermeiden. Aktive Arbeitsmarktpolitik ist vernetzte Arbeitsmarktpolitik. (Aus)bildungs-, finanz-, sozial, umwelt-, und wirtschaftspolitische Massnahmen müssen stärker aufeinander abgestimmt werden.

## 2. Innovative Arbeitszeitgestaltung

- 1) Um den Arbeitsmarkt neu zu beleben, bekennen die Sozialisten sich zu neuen Formen der Arbeitszeitgestaltung. Die Arbeitswelt hat sich grundlegend verändert. Innovative Arbeitsorganisation und Arbeitszeitverkürzung werden im Verbund mit dem technischen Fortschritt sowohl die betriebliche Produktivität als auch die Arbeits- und Lebensqualität der Arbeitnehmer verbessern und die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern fördern. Desweiteren bieten flexible Arbeitszeitmodelle, in Kombination mit Arbeitszeitverkürzung, interessante beschäftigungspolitische Perspektiven.
- 2) Die Sozialisten ermutigen alle betroffenen gesellschaftlichen Kräfte, den im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplans eingeschlagenen Weg zur Förderung sozial abgesicherter Arbeitszeitgestaltungsmodelle fortzusetzen. Weitergehende gesetzliche Regelungen zur Arbeitszeittflexibilisierung werden mit den Sozialisten nur realisiert, wenn gleichzeitig gesetzliche Regelungen zur Reduzierung der Arbeitszeit getroffen werden. Ausserdem werden die jetzt eingeleiteten Bestimmungen des Beschäftigungsplans im Jahre 2003, einzeln und jede für sich, einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie werden von den Sozialisten erneuert, wenn sich herausgestellt hat, dass sie zu einer Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt beigetragen haben.

- 3) Die Sozialisten sprechen sich prinzipiell für die 35-Stunden-Woche, gekoppelt mit flexibler Arbeitszeitgestaltung, aus. Die jeweiligen Arbeitszeitmodelle müssen prioritär durch Verhandlungen und Vereinbarungen auf kollektivvertraglicher oder betrieblicher Ebene verbindliche Gestalt annehmen. Um das notwendige Gleichgewicht zwischen Flexibilität und Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten, werden die Sozialisten die Arbeitsgesetzgebung weiter modernisieren. Vorab muss die 40-Stunden-Woche verallgemeinert werden, indem alle Ausnahmebestimmungen aus dem Arbeitsrecht gestrichen werden.
- 4) Die Verhandlungen auf kollektivvertraglicher oder betrieblicher Ebene über die Arbeitszeitorganisation müssen der veränderten Arbeitswelt und den individuellen Freizeitbedürfnissen der Arbeitnehmer Rechnung tragen können. Deshalb werden die Sozialisten die Arbeitsgesetzgebung dahingehend abändern, dass die verschiedensten Arbeitszeitmodelle zur Anwendung kommen können, handele es sich nun um Jahresarbeitszeit, Gleitzeit oder Wahlarbeitszeit, wie die periodisch neue Festlegung der gewünschten Arbeitszeit. Besonders die Wahlarbeitszeit ermöglicht flexible Übergänge in den Ruhestand oder in die Teilzeitarbeit. Neue, innovative Konzepte wie das „Ruhejahr“ (année sabbatique) werden durch die Legalisierung von Arbeitszeitkonten ermöglicht.
- 5) Die Sozialisten unterstreichen, dass innovative Arbeitszeitmodelle nur dann zusätzliche Arbeitsplätze und grössere Zufriedenheit der Arbeitnehmer schaffen, wenn die Rechte der arbeitenden Menschen gewahrt und Überstunden abgebaut werden. Um eine effiziente diesbezügliche Kontrolle zu gewährleisten, wird die Gewerbeinspektion reformiert und ausgebaut. Die Sozialisten streben ausserdem eine verstärkte Zusammenarbeit von Gewerbeinspektion und national repräsentativen Gewerkschaften an, um den Austausch von Erfahrungen, Anregungen und Vorschlägen im Interesse der Arbeitnehmer zu fördern.

### **3. In Bildung und Weiterbildung investieren**

- 1) Die erfolgreiche Vermittlung von Kompetenzen und Wissen ist heute der wichtigste "Rohstoff" eines Landes. Die Analyse des Arbeitsmarktes zeigt, dass zwei Drittel der eingetragenen Arbeitslosen Qualifikationsdefizite aufweisen. Zudem sehen die luxemburgischen Schulabgänger sich einem erhöhten Konkurrenzdruck aus den benachbarten Grenzgebieten ausgesetzt. In der Berufsausbildung, vor allem aber in der Weiterbildung braucht Luxemburg demnach eine grossangelegte Offensive, damit die Schulabgänger den Qualifikationserfordernissen gerecht werden und die Arbeitnehmer sich fortwährend auf die technische und technologische Entwicklung einstellen können. Im Kapitel "Bildungschancen für alle" zeigen die Sozialisten unter dem Motto "Jedem Schüler eine Qualifikation" neue Wege auf, wie unser Schul- und Weiterbildungswesen den Erfordernissen des angehenden dritten Jahrtausends gerecht werden kann.
- 2) Um die Jugendlichen optimal auf den Arbeitsmarkt vorzubereiten, wollen die Sozialisten eine Bildungspartnerschaft zwischen Staat, Medien und Telekommunikationsbetrieben für den Umgang mit den neuen Technologien in die Wege leiten. Ziel dieses Aktionsprogramms ist die Bereitstellung eines Computers und eines Internet-Anschlusses für alle Schüler.
- 3) Die Förderung der gezielten Kooperation zwischen Schule, Forschungszentren und Wirtschaft wird den Schulabgängern den Übergang von der Schule in den Beruf wesentlich erleichtern.

### **4. Umweltschutz und technologische Innovation schaffen Arbeitsplätze**

- 1) Durch die Gründung und Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen werden viele neue Arbeitsplätze geschaffen. Die Sozialisten werden Existenzgründungen fördern und

Innovationsträger stärken. Grossangelegte Sensibilisierungskampagnen müssen in den Schulen ein neues Bewusstsein entwickeln, damit Unternehmergeist entstehen und der Schritt in die Selbständigkeit als Chance betrachtet werden kann.

- 2) Besonders die Bereiche Innovation, Forschung und moderne Technologien sind in dieser Hinsicht wesentlich, da dort viele gute Arbeitsplätze der Zukunft entstehen. Das gleiche gilt für Umwelttechnologien und erneuerbare Energiesparmassnahmen. Die Sozialisten werden die Initiativen auf diesen Gebieten verstärken und konsequent fördern (siehe auch die Kapitel Wirtschaft, Innovation, Forschung, Energie).
- 3) Damit Luxemburg eine Vorreiterrolle in Sachen Umwelttechnologien spielen kann, werden die Sozialisten die neuen Berufsbilder fördern, welche durch erhöhte Umweltaktivitäten sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich entstehen: Ver- und Entsorger bei Kläranlagen und Abfallbehandlungsfirmen, Umweltberater bei Gemeinden und Betrieben, Energieberater oder auch umweltspezifische Ingenieure und Techniker. Der Gebrauch von Spitzentechnologie (z.B. Solartechnik und Wärmedämmung) schafft auch neue Arbeitsplätze im Handwerksbereich.

## **5. Eine Solidarwirtschaft aufbauen**

- 1) Im Bereich der sozialen Dienstleistungen aber auch in den Bereichen Heimarbeit, Umwelt, Tourismus und Sport besteht ein grosser Bedarf an Arbeitskräften. Die Sozialisten wollen vermehrt in die Bereitstellung derartiger Beschäftigung sowie der dazugehörenden Infrastrukturen investieren.
- 2) Wenn sozialverträgliche Arbeits- und Lohnbedingungen respektiert werden, können neue Partnerschaften zwischen Staat, Gemeinden, sozialen Trägern, Privatwirtschaft und Selbsthilfegruppen im Rahmen der Arbeiten im Nah- und Nachbarschaftsbereich einen alternativen Wirtschaftspfeiler mit echten Zukunftsperspektiven entstehen lassen. Gemäss dem Prinzip "learning by doing" wollen die Sozialisten schwach qualifizierte Arbeitnehmer durch individuell abgestimmte Beschäftigung und Weiterbildung in den Arbeitsprozess integrieren. Das von OGB-L und ASJ ins Leben gerufene Konzept "Beschäftigung für alle" ist als erster konkreter Schritt hin zu einer nationalen Solidarwirtschaft zu begrüssen.
- 3) Zur effizienten und unbürokratischen Verwaltung der Arbeitsplätze im Nah- und Nachbarschaftsbereich wird das Arbeitsamt die administrativen Prozeduren und Formalitäten übernehmen und sich um Lohnabrechnungen, Arbeitspläne und die Verrechnung der Dienstleistungen kümmern.

## **6. Zukunftsfähigkeit durch soziale Stabilität und Gerechtigkeit sichern**

- 1) Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass atypische Arbeitsverhältnisse wie z.B. die Leiharbeit, die Tele- und Heimarbeit sowie die Arbeiten im Nachbarschaftsbereich eine arbeits- und sozialrechtliche Absicherung erfahren.
- 2) Abgesicherte und gut bezahlte Arbeit darf es nicht nur für eine Elite geben. Deshalb soll unter anderem der 20-prozentige Aufschlag des Mindestlohnes für qualifizierte Arbeitnehmer im Gesetz präzisiert werden, damit er ausnahmslos jedem "unqualifizierten" Arbeitnehmer nach 10 Jahren Arbeit zugestanden wird, ob sein Beruf durch ein CATP-Diplom anerkannt wird oder nicht.
- 3) Die Sozialisten wollen die erschwerten Arbeitsbedingungen der Schwerst- und Schichtarbeiter durch ausgleichende Massnahmen wie z.B. zusätzliche Urlaubstage kompensieren.

- 4) Luxemburg hat eine der niedrigsten Beschäftigungsquoten für Frauen in Europa. Eine echte Gleichstellung von Frauen und Männern in Lohn- und Laufbahnfragen und bei den Familienpflichten kann dem luxemburgischen Arbeitsmarkt die Kompetenz vieler Frauen zuführen. Um dies zu ermöglichen, müssen Staat und Gemeinden ebenso wie die Betriebe verstärkt für eine humanere Arbeitswelt sorgen. Dazu gehört im Dialog zwischen den Sozialpartnern ausgehandelte Flexibilität, eine verbesserte Aus- und Weiterbildung aber auch die Bereitstellung von familienfreundlichen Einrichtungen, von Kinderkrippen bis Schulkantinen, welche beiden Elternteilen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.
- 5) Zu einer humanen Arbeitswelt gehört vordringlich die Gleichstellung aller arbeitenden Menschen. Deshalb werden die Sozialisten ein einheitliches Statut im Privatsektor einführen.
- 6) Die Sozialisten setzen auf die betriebliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Angesichts der Tendenz, Betriebe in immer kleinere Einheiten aufzuteilen, werden sie das Gesetz über die Betriebsausschüsse im Dialog mit den Sozialpartnern an die Betriebswirklichkeit anpassen. Anlässlich dieser Reform müssen die Fragen der Verantwortung und Kompetenzen der Personaldelegationen sowie die Einsetzung einer Schiedskommission erörtert werden.
- 7) Im Sinne einer besseren Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand werden die Sozialisten einen gesetzlichen Rahmen für Arbeitnehmeranteile im eigenen Betrieb schaffen.

## **7. Sozialen Dialog und Innovation verzahnen**

- 1) Die Sozialisten bauen auf das von ihnen Mitte der siebziger Jahre eingeführte Modell Luxemburg der institutionalisierten Sozialpartnerschaft. Die Tripartite hat sich als geeignetes Mittel zum Krisenmanagement erwiesen, als Verhandlungsgremium, in dem Regierung, Gewerkschaften und Patronat wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitische Konsensfähigkeit im Interesse unseres Landes unter Beweis gestellt haben.
- 2) Angesichts der derzeitigen Neuorientierung der Gesellschaft und der Wirtschaft in vielen wichtigen Bereichen sind die Sozialisten der Meinung, dass auch in Bezug auf den Sozialdialog ein Qualitätssprung vonnöten ist. Um den Strukturwandel zu bewältigen, braucht Luxemburg ein langfristiges Entwicklungskonzept. Zu diesem Zweck wird ein "Ständiges Forum für Innovation und Zukunftsgestaltung" geschaffen, eine Aufgabe, welche der Wirtschafts- und Sozialrat (WSR) in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Forschungszentren übernehmen könnte.

# V. Nachhaltige Wirtschafts- und Finanzpolitik für den Menschen

## 1. Sozial-ökologische Marktwirtschaft, dem Gemeinnutz verpflichtet

- 1) Die Sozialisten wollen eine innovative Wirtschaftspolitik, die Wohlstand und Arbeit für alle schafft und mit natürlichen Ressourcen schonend umgeht. Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine gut funktionierende sozial-ökologische Marktwirtschaft gibt es keine steigende Lebensqualität, keinen sozialen Fortschritt und keine Vollbeschäftigung. Wachstum ist notwendig, muss aber ökologisch vertretbar bleiben. Sowohl in den Industrie- wie auch in den Entwicklungsländern müssen nachhaltige Entwicklung und Umweltschutz höchste Priorität genießen. Eigentum ist zu schützen, aber Eigentum verpflichtet zu sozialem Engagement und zu seiner Verwendung im Interesse des Gemeinnutzes.
- 2) Sozialistische Wirtschaftspolitik setzt auf qualitatives Wachstum. Ein kleines Land kann sich nicht abschirmen, sondern muss sich der internationalen Konkurrenz stellen und daher kompetitiv bleiben. Wenn wir den Entwicklungsländern wirklich helfen wollen, muss der europäische und damit auch unser Markt offen bleiben für die Produkte dieser Länder. Eine klare Absage an den nationalstaatlichen Protektionismus ist letztlich auch im Interesse der Konsumenten.
- 3) Der Konkurrenz von Billiglohnländern kann ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstaat nicht mit sozialem Abbau sowie der Abschaffung von Indexierung und Mindestlöhnen begegnen, wie liberale Kreise dies propagieren. Für die Sozialisten sind ein hoher Lebensstandard und gute Sozialleistungen nicht unvereinbar mit internationalem Wettbewerb. Eine grössere Produktivität ist möglich, wenn energieintensive Wirtschaftsprozesse durch energieeffiziente abgelöst werden, wenn Arbeitnehmer motiviert und gut ausgebildet sind, wenn Betriebe ständig in Innovation und neue Technologien investieren, immer neue Spitzenprodukte oder bessere Dienstleistungen erbringen.

Der Staat kann dafür entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Bestmögliche Aus- und Weiterbildung sowie modernste Infrastrukturen (Verkehrswege, Kommunikationsnetze, Energie- und Wasserversorgung) sind heute wesentliche Standortfaktoren. Ein vernünftiges steuerliches Umfeld sowie niedrige Lohnnebenkosten erlauben Reallohnsteigerungen ohne Wettbewerbsverlust. Verglichen mit den anderen Mitgliedstaaten der europäischen Union hat Luxemburg hier Vorbildliches geleistet. Die Sozialisten wollen den Faktor Arbeit nicht zusätzlich belasten. Soziale Sicherheit muss zunehmend über die Besteuerung gesundheits- oder umweltschädlicher Produkte finanziert werden.

- 4) Luxemburg hat in den letzten 15 Jahren ein ständiges Wachstum seiner Wirtschaft und damit auch der Arbeitsplätze genossen. Mehr Wohlstand für alle und bessere Sozialleistungen waren die Folge. Die Sozialisten werden ihre erfolgreiche Politik der wirtschaftlichen Diversifizierung fortsetzen. Ein möglichst breiter Fächer an Wirtschaftssektoren ist weniger krisenanfällig und ermöglicht die notwendige Modernisierung unserer wirtschaftlichen Strukturen in einer Welt, die sich im ständigen Wandel befindet.
- 5) Qualitatives Wachstum erfolgt, wenn Betriebe in modernste Technologien investieren. Eine innovative Wirtschaft benötigt eine intelligente Organisation der Arbeit sowie nach Betriebsgrößen und Branchen differenzierte Arbeitszeiten. Hier sind Gewerkschaften und Patronat gefordert, um Flexibilisierung und Arbeitszeitverkürzung unter Mitverantwortung der Arbeitnehmer auszuhandeln. Bei kürzeren und flexiblen Arbeitszeiten kön-

nen kapitalintensive Maschinen und Anlagen länger laufen, ohne dass Menschen länger arbeiten müssen. Arbeitnehmer können im Gegenteil immer mehr Zeitsouveränität gewinnen.

- 6) Zum qualitativen Wachstum gehört auch die Weiterentwicklung des Dienstleistungssektors. Neue Potentiale gibt es in den Bereichen Information und Wissen, dem elektronischen Handel, dem Umweltbereich und dem sozialen Bereich. Neue Energieformen wie die Wärmedämmung von Gebäuden oder die Wiederverwertung von Materialien schaffen zunehmend ressourcenschonende Arbeitsplätze. Innovation, Forschung und die Verbreitung von neuen Technologien tragen immer mehr zu einem Wachstum bei, das schonender auf Mensch und Natur wirkt.
- 7) Die Sozialisten haben die Bedeutung der sogenannten Industriebrachen, d.h. der freigegebenen ehemaligen Industrieflächen der ARBED für die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes klar erkannt. Sie werden sich dafür einsetzen, dass diese Terrains für Industrie und Handel, aber auch für Wohnungsbau und Kultur nutzbar gemacht werden können. Im Hinblick auf die Dezentralisierung und Diversifizierung unserer Wirtschaftspolitik müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit die zukünftige Nutzung der Industriebrachen als eine der grossen Herausforderungen für unser Land zusammen mit den betroffenen Gemeinden und Interessenvertretern aus Industrie und Wirtschaft sorgfältig geplant und umgesetzt werden kann.

## **2. Die Kaufkraft erhalten und stärken**

- 1) Die Sozialisten wollen die Kaufkraft der Arbeitnehmer erhalten und stärken, nicht zuletzt im höchstgelegenen Interesse der Wirtschaft. Deshalb werden die Sozialisten die hierzu geschaffenen Mechanismen weiterhin verteidigen.
- 2) Vielen Luxemburgern ist der zu Beginn der 80er Jahre mit der Abschaffung der Indexanbindung der Einkommen betriebene Sozialabbau der CSV/DP-Regierung noch in Erinnerung. Dass die luxemburgischen Arbeitnehmer heute als einzige innerhalb der europäischen Union von einer automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter sowie der Renten und Pensionen an die Preisentwicklung profitieren können, ist allein das Verdienst der Sozialisten, welche die Indexbindung 1984 wieder eingeführt haben. Mit den Sozialisten wird diese Bindung auch in der kommenden Legislaturperiode beibehalten. Bei niedriger Inflation erhält der Index die Kaufkraft der Arbeitnehmer und den sozialen Frieden, was sich wiederum positiv auf den Wirtschafts- und Investitionsstandort Luxemburg auswirkt.
- 3) Nicht allein die Indexbindung ist wichtig zum Erhalt der Kaufkraft. Auch der soziale Mindestlohn und dessen automatische Anpassung an die allgemeine Entwicklung der Löhne und Gehälter tragen massgeblich zum Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bei. Diese Errungenschaften sichern gleichzeitig den Umsatz von Handel und Handwerk und helfen somit, Arbeitsplätze zu bewahren.

## **3. Innovation und Modernisierung fördern**

- 1) Innovation braucht Akzeptanz durch die Gesellschaft. Weder blinde Fortschrittsgläubigkeit, noch ängstliche Fortschrittsfeindlichkeit sind taugliche Ratgeber auf dem Weg in die Zukunft. Die Sozialisten stehen grundsätzlich positiv zu Wissenschaft und Forschung. Die Informationsgesellschaft, die Bio- und Gentechnologien, die moderne Chemie, die Solarenergie und andere erneuerbare Energiequellen sowie ressourcenarme und energieeffiziente Prozesse werden in den nächsten Jahrzehnten die Welt revolutionieren.

Modernisierung durch Forschung und Technologie wird von den Menschen nur als Chance erkannt, wenn Fortschritt und Modernisierung ihnen nutzen. Aufgabe des Staates bleibt es, Forschung und Innovation maximal zu fördern, aber auch, z.B. bei der Gentechnologie, Risiken für Gesundheit, Umwelt und Menschenwürde vorzubeugen. Strenge Vorsorge- und Haftungsregeln sind deshalb unverzichtbar.

- 2) Die Sozialisten wollen die Chancen der Informationsgesellschaft nutzen. Sie werden in den Schulen und bei der Weiterbildung die Ausbildung für moderne Informations- und Kommunikationstechnologien verstärken. Dank dieser Technologien wird es möglich sein, allen Menschen einen breiteren Zugang zu Wissen und Information zu bieten. Die Informations- und Kommunikationstechnologien eröffnen neue Möglichkeiten für zukunftssichere Arbeitsplätze, für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für den Schutz der Umwelt. Verwaltungswege können vereinfacht und Bürokratie abgebaut werden. Die neuen Technologien und der Umgang mit den neuen Medien werden den mündigen Bürger stärken.

#### **4. In Innovation und Forschung investieren**

- 1) Sozialistische Minister haben die Grundlage für eine moderne Forschungspolitik in Luxemburg gelegt. Drei "Centres de Recherche publics" sind entstanden. Dank der Reform des wirtschaftlichen Rahmengesetzes investieren immer mehr Betriebe in Forschungs- und Entwicklungsprogramme. Der nationale Technologiepark "Technoport Schlassgoart" in Esch/Alzette wird verstärkt gefördert. In Zusammenarbeit mit "Business- und Innovationszentren" der Grossregion soll ein Netz an Gründerfirmen entstehen, die besonders im Bereich der neuen Technologien für eine weitere wirtschaftliche Diversifizierung sorgen sollen. In diesem Rahmen stellen spezifische Förderprogramme für Klein- und Mittelbetriebe in den Bereichen Innovation und Forschung eine Priorität für die Sozialisten dar.
- 2) Die öffentlichen Mittel zugunsten der Innovation und der Forschung sind zu verstärken. Dafür wird ein Fonds für Innovation und Forschung eingerichtet, der jedoch nicht ausschliesslich für wirtschaftsorientierte Forschung genutzt wird. Auch die Sozial- und Grundlagenforschung muss in Zusammenarbeit mit den öffentlichen Forschungszentren verstärkt werden. Für Forschung im kulturellen und gesellschaftspolitischen Bereich müssen dem Kulturfonds entsprechende Aufgaben und Mittel zugeordnet werden. Die Sozialisten werden das Gesetz über den Kulturfonds dementsprechend abändern.

#### **5. Fairer Wettbewerb im Interesse von Konsumenten, Handel und Handwerk**

- 1) Funktionierende Märkte und fairer Wettbewerb führen zu einem effizienten und preiswerten Angebot von Waren und Dienstleistungen. Die Sozialisten werden deshalb das Konkurrenzrecht reformieren um Preiskartelle zu bekämpfen und bei Betriebsfusionen monopolartige Situationen und Verdrängungswettbewerb zu verhindern. Zu diesem Zweck wird das Preisamt beim Wirtschaftsministerium in ein "Amt für Konkurrenz und Konsumentenschutz" umgewandelt.

Die Sozialisten werden inländische Handwerksbetriebe vor unlauterer Konkurrenz aus dem Ausland bewahren. Um zu gewährleisten, dass ausländische Betriebe, die in Luxemburg aktiv werden, sich den luxemburgischen Gesetzen unterwerfen und die jeweiligen, kollektivvertraglich geltenden Bestimmungen einhalten, werden verstärkt Kontrollen durchgeführt.

Durch die Gesetzgebung über den elektronischen Handel sowie eine Reform der Gesetzgebung über unfaire Handelspraktiken werden die Konsumenten besser vor betrügerischen Geschäftspraktiken geschützt, die durch neue Handelsformen (Tele-Kauf, Internet-Handel usw.) entstehen können. Dem Schutz personenbezogener Daten und geisti-

gen Eigentums kommt grösste Bedeutung zu. Auch Handel und Handwerk sind vor unlauterem Wettbewerb (Schwarzarbeit, Preisdumping, Markenschwindel usw.) zu schützen.

- 2) Zu einem aktiven Konsumentenschutz gehört auch eine bessere Überwachung der Produkte, die auf dem Markt angeboten werden. Die BSE-Krise hat gezeigt, dass besonders bei Nahrungsmitteln eine transparente und zuverlässige Information über Ursprung, Herstellung, Zubereitung bis zur Vermarktung (gewissermassen "vom Bauernhof bis zum Tisch") gewährleistet werden muss. Eine solche Transparenz ist nicht nur im Interesse des Konsumenten, sondern auch im Interesse der Bauern und der übrigen Nahrungsmittelhersteller.

Die Vermarktung einheimischer Produkte mittels "Nationalmarken" und klarer Herkunftsbezeichnung fördert das Vertrauen der Konsumenten und sichert die Überlebenschancen der luxemburgischen Agrar- und Lebensmittelwirtschaft. In diesem Zusammenhang werden die Sozialisten eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Konkurrenz und Konsumentenschutz, der Veterinärinspektion und der Gesundheitsinspektion herbeiführen und einen nationalen Koordinierungsrat schaffen, in den auch Vertreter der Konsumenten sowie der zuständigen Berufsorganisationen berufen werden.

- 3) Die Sozialisten befürworten eine verstärkte Überprüfung gentechnologisch veränderter Produkte. Hier gilt der Vorrang des Schutzes von Mensch und Umwelt. Die nationalen und europäischen Zuständigkeiten für die Genehmigung und die Vermarktung dieser Produkte müssen klar definiert werden. Besonders die Auswirkung transgener Pflanzen bedarf noch wissenschaftlicher Studien, welche im Rahmen des internationalen Bio-Sicherheitsprotokolls in Betracht gezogen werden sollen. Auf jeden Fall werden die Sozialisten durch entsprechende Kennzeichnungen sicherstellen, dass die Verbraucher gentechnisch veränderte Produkte sofort erkennen und die freie Wahl gewährleistet bleibt.
- 4) Dank der Reformen, die sozialistische Minister in Sachen Niederlassungsrecht und Wirtschaftsförderung durchgesetzt haben, hat sich die Zahl der Industriebetriebe, aber vor allem die Zahl der Handels- und Handwerksbetriebe stark gesteigert. 1984 gab es hierzulande 13.000 Betriebe, 1998 waren es deren 19.000.

Die Sozialisten wollen den Dynamismus mittelständiger Betriebe fördern. Sie werden die Eigenkapitalbildung der Klein- und Mittelbetriebe steuerlich begünstigen. Die SNCI wird angehalten, verstärkt bei Betriebsgründungen sowie bei der Übernahme von Betrieben mit der Bereitstellung von Risiko- und Startkapital zu helfen.

- 5) Die von den Sozialisten gewünschte Dynamisierung der Betriebsgründungen, vornehmlich in den Bereichen Information und Kommunikation, Umwelttechnologien, Biotechnologien und ähnlichen Wirtschaftssektoren der Zukunft darf nicht zu abenteuerlichen Firmenkonstruktionen führen, deren Zusammenbruch auf Kosten der Arbeitnehmer und Lieferanten vorprogrammiert wird. Um betrügerischen Kettenkonkursen vorzubeugen, wollen die Sozialisten durchsetzen, dass das Konkursrecht reformiert wird und eine verbesserte Überwachung des Insolvenzrisikos erfolgt. Der Eigentumsvorbehalt wird eingeführt.

## **6. Dynamisierung des Finanzplatzes**

- 1) Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass der Luxemburger Finanzplatz angesichts der neuen Erfordernisse und Herausforderungen konkurrenzfähig bleibt. Im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der tragenden Säulen unseres Finanzplatzes, wie z.B. die Kredit- und Fondsgeschäfte, wird das legislative und fiskale Umfeld auch weiterhin regelmässig

überprüft und gegebenenfalls neu gestaltet. Darüber hinaus gilt ein besonderes Augenmerk dem Ausbau der Kompetenz der Bankbeschäftigten sowie der Einführung und dem Vertrieb neuer und innovativer Finanzprodukte z.B. im Euro- und Pensionsfonds-Geschäft oder auch im Bereich des "Electronic Banking". Um eine grössere Diversifizierung des Finanzplatzes zu erreichen, sind die Sozialisten bereit, neue Entwicklungen auf dem Finanzplatz Luxemburg auch gesetzgeberisch innovativ zu begleiten.

Durch eine strenge staatliche Aufsicht über die Banken, Versicherungen und Wertpapiermärkte werden die Sozialisten gleichzeitig für mehr Sicherheit und Berechenbarkeit am luxemburgischen Finanzplatz sorgen.

- 2) Die Sozialisten wollen den luxemburgischen Börsenmarkt liquider gestalten. Staatliche Beteiligungen an Kapitalgesellschaften werden in einem öffentlichen Investitionsfonds gebündelt, der bei der SNCI angesiedelt wird. Dieser Fonds kann an der Börse zu handelnde Beteiligungsscheine ausgeben, die es dem Bürger erlauben, seine Ersparnisse sicher zu investieren, dem Staat aber sein Mitspracherecht in Gesellschaften wie ARBED, CEGEDEL, SES, SOTEG, SEO, LUXAIR, CARGOLUX, usw. lässt. Die zusätzlichen Mittel werden von der SNCI für weitere Beteiligungen und Neugründungen genutzt.

## **7. Landwirtschaft und Weinbau in ihren Marktstrukturen stärken**

- 1) Die von Landwirtschaft und Weinbau geschaffenen Leistungen und Werte stellen wichtige Elemente unseres wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens dar. Die Förderung des Bauern- und Winzerstandes in seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rolle als Landschaftspfleger, Kulturträger, Produzent von qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln und Garant einer artgerechten Tierhaltung wird vorangetrieben.
- 2) Um dem Konkurrenzdruck aus dem Ausland begegnen zu können, müssen die angebotenen Produkte qualitativ hochwertig und die Produktionsmethoden effizient sein. Marktstrukturen und Verkaufsstrategien müssen zwar vorrangig den inländischen Markt abdecken, darüber hinaus aber auch die Tür zu Auslandsmärkten öffnen. Luxemburger Qualitätsprodukte müssen auch im Saar-Lor-Lux-Raum sowie in den nahen Ballungsgebieten eine stärkere Markenpräsenz erhalten.

Die Sozialisten werden der Entwicklung und dem Ausbau von Marktstrategien in ihrem gesamtwirtschaftlichen Konzept Rechnung tragen und zusammen mit der Landwirtschaftskammer eine Werbekampagne in die Wege leiten, die das Vertrauen der Konsumenten in die Luxemburger Produktpalette stärkt.

Die verschiedenen Nationalmarken müssen in ihrer doppelten Funktion als Qualitäts- und Kontrollzertifikate einen höheren Stellenwert erhalten.

- 3) Die Sozialisten sehen besonders in der extensiven Landwirtschaft und im biologischen Weinbau eine grosse Chance zur Erschliessung weiterer Märkte. Sie wollen der effizienten Vermarktung regionaler Produkte den Vorrang geben und deshalb Initiativen unterstützen, die durch eine Regionalisierung der Produkte umweltschonende (kürzere Wege zwischen Produzent und Endverbraucher) und extensive, auf eine effiziente Nutzung der Anbaufläche ausgerichtete Bewirtschaftung betreiben.
- 4) Produktionsverluste sowie Arbeiten, welche im Interesse der menschlichen und der natürlichen Umwelt erfolgen, geben Anrecht auf Entschädigung. Die Sozialisten verpflichten sich, die nicht auf die Produktion von Nahrungsmitteln ausgerichteten Leistungen klar und umfassend zu definieren, um den Landwirten und Winzern eine angemessene Aufwandsentschädigung zukommen zu lassen. Der Förderung von alternativen Produkten

(Biodiesel, nachwachsenden Rohstoffen, Medizinalpflanzen) muss besondere Beachtung geschenkt werden.

- 5) Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass Luxemburger Qualitätsprodukte als Ergebnisse eines integrierten Land- und Weinanbaus stärker in die Strategien des Luxemburger Tourismussektors und des Gastronomiebereiches eingebunden werden.

## **8. Infrastrukturpolitik im Dienste von Mensch und Wirtschaft**

- 1) Die Sozialisten wollen in der Bautenpolitik die Priorität auf den Ausbau der schulischen, sanitären, sozialen und kulturellen Infrastrukturen legen. Durch die Realisierung des Spitalplans sowie die Förderung kommunaler und privater Initiativen im Senioren- und Pflegebereich wie auch bei Kindertagesstätten soll der Nachholbedarf auf diesen Gebieten in wenigen Jahren ausgemerzt sein. Die nationale Wohnungsbaugesellschaft wird angehalten, ihre Programme stärker auf die Bedürfnisse einkommensschwacher Familien auszurichten. Der Ausbau all dieser Infrastrukturen ist wesentlich für die Chancengleichheit und die Lebensqualität aller Mitbürger.
- 2) Bei der Bautenpolitik muss es eine Selbstverständlichkeit sein, dass alle Neubauten behindertengerecht gestaltet werden. Der Einsatz von wiederverwertbaren und umweltschonenden Materialien muss ebenso selbstverständlich sein, wie eine optimale Wärmedämmung und Energienutzung. Die Mittel des zu schaffenden Energiefonds müssen so aufgestockt werden, dass eine umweltgerechte Sanierung der Altbauten schnell umgesetzt wird. Ein "Tausend-Dächer-Programm" zwecks Nutzung der Sonnenenergie wird in der nächsten Legislaturperiode auch der Solarenergie Auftrieb verleihen.
- 3) Der Bausektor ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaft. Das luxemburgische Bauhandwerk und die einheimischen Baubetriebe müssen auf eine kontinuierliche Investitionspolitik von Staat und Gemeinden zählen können, um sich innovativ auf den internationalen Wettbewerb einzustellen. Dank der hohen Investitionsquote des Staates konnte die Wettbewerbsfähigkeit dieses Wirtschaftsbereichs verbessert werden. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass die öffentliche Hand weiterhin eine konsequente Sanierungs- und Infrastrukturpolitik betreibt, die für ein hohes Beschäftigungsniveau in diesem Sektor sorgt.

## **9. Für eine gerechte und moderne Steuerpolitik**

- 1) Die Sozialisten werden die Steuerpflichtigen weiter entlasten. Sofern die Entwicklung der Staatseinnahmen es erlaubt, treten sie bei der Einkommensbesteuerung für eine allgemeine Herabsetzung der Steuersätze über den gesamten Steuertarif ein. Im Sinne einer grösseren Transparenz und tatsächlicher Steuergerechtigkeit werden die bestehenden absetzbaren Pauschalbeträge nicht ausgedehnt.

Die Steuertabelle wird periodisch an die Inflationsentwicklung angepasst.

- 2) Familienpolitik soll nicht über die Steuern geregelt werden. Die Steuerermässigung für Kinder wird deshalb weiter stufenweise verringert und durch eine entsprechende Erhöhung des Kindergeldes ersetzt. Dieser Vorgang soll bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode vollständig abgeschlossen sein. Die Absetzbarkeit der Alimentenbeiträge für Kinder, die nicht im eigenen Haushalt leben, wird weiterhin gewährt bleiben.

Die Sozialisten werden eine Optionsmöglichkeit für die Individualbesteuerung zusammenveranlagter (verheirateter) Personen ausarbeiten. Ausserdem werden sie dafür sorgen, dass Waisenrenten nicht mehr besteuert werden.

- 3) Der Einstieg in eine ökologische Steuerreform ist für die Sozialisten über ein neues Konzept zu verwirklichen, welches sowohl umweltpolitische als auch soziale und betriebswirtschaftliche Kriterien berücksichtigt. Eine stärkere Besteuerung von umwelt- und gesundheitsschädlichen Produkten muss sozialverträglich und wirtschaftlich vertretbar bleiben. Das vom Mouvement Ecologique erstellte diesbezügliche Arbeitspapier wird als Anregung für eine derartige Diskussion dienen.

Mehreinnahmen aus einer derart angelegten ökologischen Steuerreform sollen dazu dienen, unser System der Sozialen Sicherheit zu entlasten, ohne den aktuellen, auf dem Prinzip der nationalen Solidarität fussenden Finanzierungsmodus in Frage zu stellen, sowie ökologisch innovative Projekte und Technologien zu fördern

- 4) In Bezug auf die indirekten Steuern werden die Sozialisten sich in der europäischen Union für ein möglichst niedriges allgemeines Mehrwertsteuerniveau einsetzen und die niedrigeren Mehrwertsteuersätze auf den lebenswichtigen Gütern verteidigen. Luxemburg wird auch weiterhin über die niedrigsten Mehrwertsteuersätze innerhalb der europäischen Union verfügen.
- 5) Die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe soll durch eine angemessene Steuerpolitik abgesichert werden. Damit die Betriebe ihre Gewinne für neue Investitionen bereitstellen, werden die Sozialisten die Besteuerung nicht-ausgeschütteter Gewinne von 30 auf 25 Prozent senken. Nach der Anpassung der Gewerbesteuer im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplans wollen die Sozialisten die Besteuerungsbasis der Gewerbesteuer an die der Kollektivitätssteuer heranzuführen. Diese Massnahme wird einkommensneutral gegenüber den Gemeindefinanzen vollzogen werden.
- 6) Die resolute Bekämpfung der Steuerhinterziehung ist eine wesentliche Voraussetzung, um mehr Steuergerechtigkeit zu erlangen. Die Sozialisten werden sich deshalb für die Modernisierung der Steuerverwaltungen einsetzen, unter anderem mittels einem konsequenten Ausbau der informatischen Infrastruktur, einer besseren Ausnutzung der bestehenden Informationen, einer engeren Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungen sowie einer besseren Aus- und Weiterbildung der Steuerbeamten.
- 7) Die Sozialisten bieten den Steuerpflichtigen die Möglichkeit, bei den Steuerverwaltungen Steuerschulden gegen Steuerguthaben aufzurechnen oder im Falle einer Rückzahlung ein Zinsguthaben eingeräumt zu bekommen.

# VI. Umweltschutz und ökologische Innovation

## 1. Für eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft

- 1) Oberstes Ziel der Sozialisten bleibt die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Sie bekennen sich zur Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen. Es geht darum, dem Qualitätssprung von der sozialen Marktwirtschaft zur ökologisch verträglichen, sozialen Marktwirtschaft neue Dimensionen zu verleihen. In diesem Sinne wollen sie sich auf den Weg einer nationalen Agenda 21 begeben und den Prozess der lokalen Agenda 21 in allen Gemeinden unterstützen und weitertreiben.
- 2) Konstruktiver Umweltschutz ist nur im Einklang mit dem Bürger zu gewährleisten. Die Sozialisten setzen auf das Zusammenspiel von Beratung, gesetzlich verankerten Umweltstandards und der Förderung nachhaltiger Entwicklungsziele. Deshalb begünstigen sie freiwilliges, umweltschonendes Verhalten sowohl seitens der Betriebe als auch der privaten Haushalte.
- 3) Die Sozialisten setzen sich für eine offensive Förderung derjenigen Betriebe ein, die energiearme, ressourcensparende und umweltschonende Technologien anwenden. Diese soll im Einklang stehen mit einer Entlastung des arbeitsintensiven Sektors. Ökologische Modernisierung heisst Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe und damit auch Arbeitsplatzsicherung.

## 2. Für eine moderne Raumplanung zur Integration von Ökologie und Ökonomie

- 1) Für die Sozialisten spielt die Raumplanung bei der Umsetzung des Konzepts der Nachhaltigkeit eine wesentliche Rolle. Sie ermöglicht einen Ausgleich zwischen nationalen, regionalen, lokalen und grenzüberschreitenden Interessen. Ausserdem strebt sie eine Überwindung der übermässigen Zentralisierung, der Zersiedlung der Landschaften und der regionalen Ungleichgewichte an. Die Raumplanung erlaubt eine bessere Vernetzung von Ökonomie und Ökologie, bei welcher der Mensch im Mittelpunkt zu stehen hat.
- 2) Die Sozialisten unterstützen ausdrücklich eine intensivere regionale Zusammenarbeit. Die Region stellt den idealen, weil überschaubaren Raum dar. Hier können sich nationale Politik und Gemeindeplanung verbinden und zu einem kohärenten Ganzen zusammenfügen lassen. Die regionalen Eigenkräfte und brachliegenden Potentiale können durch interkommunale Zusammenarbeit geweckt werden. So werden die Rahmenbedingungen für einen sparsamen Umgang mit dem Boden (Bauland) und den räumlichen Anforderungen der Wirtschaft geschaffen werden.

Die Sozialisten werden die nötigen finanziellen Anreize für eine erfolgreiche Regionalplanung schaffen. Um allen Regionen die gleichen Lebensbedingungen zu ermöglichen, treten sie für die Schaffung eines "Fonds für regionale Entwicklung" ein. Die Speisung dieses Fonds obliegt sowohl den Gemeinden als auch dem Staat, wobei der Verteilungsmechanismus den Grundsätzen der Solidarität und der Gerechtigkeit zwischen reichen und ärmeren Regionen respektive Gemeinden entsprechen muss. Regionalpolitisch relevante Projekte sollen bevorzugt bezuschusst werden. Ausserdem müssen ver-

bindliche Kompetenzbereiche definiert und nationale Zuständigkeiten neu diskutiert werden.

Die interkommunale Abstimmung und Zusammenarbeit wird in den Bereichen der Gewerbegebietsausweisung, der Bereitstellung von Bauland zu Wohnungszwecken, der Ressourcensicherung, aber auch der Ver- und Entsorgungsanlagen und des öffentlichen Transportangebots intensiviert.

- 3) Die in naher Zukunft zur Verfügung stehenden Industriebrachen im Süden des Landes bieten für den Staat und die Gemeinden eine gute Gelegenheit, eine kohärente Raum- und Regionalplanung zu verwirklichen, die den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung entspricht. Einige Hundert Hektar alter Industrieflächen bieten eine Vielzahl von Nutzungsmöglichkeiten. Die Sozialisten werden tragfähige Konzepte entwickeln, um Wirtschaft, Kultur, Freizeit und Wohnen auf diesen Flächen miteinander zu verbinden.
- 4) Hohe Immobilienpreise und erhöhter Individualverkehr haben Abwanderungstendenzen in den Städten und die Zersiedlung an den Stadträndern begünstigt. Kommunale Raumplanung ist deshalb ebenso wichtig wie nationale Raumplanung. Die Sozialisten werden eine engere Koordination zwischen nationaler und kommunaler Raumplanung herbeiführen. Sie wollen eine progressive Besteuerung von Baulücken und leerstehenden sowie dem Verfall überlassenen Wohnungen zur Bekämpfung der Spekulation einführen und eine für Wohnzwecke neutrale Reform der Grundbesteuerung umsetzen, damit diese der jeweiligen Nutzungsart angepasst wird. Die eingeleiteten Massnahmen zur bevorzugten Unterstützung der Altbausanierung werden ausgebaut.

### **3. Für offensiven, zielgerichteten Naturschutz**

- 1) Seit der Konferenz von Rio wird Naturschutz vor allem auch als Artenschutz verstanden. Der Erhalt der Vielfalt an Pflanzen und Tieren ist auch für den Menschen von lebenswichtiger Bedeutung. Die Wiederherstellung der Lebensräume vieler Pflanzen- und Tierarten verlangt Bewirtschaftungsmassnahmen durch den Menschen. Dazu bedarf es einer Integration der sozialen und kulturellen sowie der wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in die Naturschutzprojekte.
- 2) Die Sozialisten werden die langfristige Ausrichtung der Naturschutzpolitik im Rahmen des Leitprogramms der Landesplanung und im Aktionsplan zur Nachhaltigkeit neu definieren und eine Neuordnung der Kompetenzen im Naturschutz in die Wege leiten. Zu Anfang der nächsten Legislaturperiode soll diese Thematik im Rahmen einer öffentlichen Orientierungsdebatte im Parlament diskutiert werden.

Die Sozialisten befürworten eine Zusammenführung von Umwelt- und Forstbehörden und werden eine organisatorische Stärkung der Naturschutzdienste herbeiführen. Im Zusammenwirken mit den Zielen der Landesplanungsbehörden kann so Naturschutz als ganzheitliche Vorgehensweise gewährleistet werden. Um eine wirklich ressortübergreifende Naturschutzpolitik zu erreichen, müssen aber auch Wirtschafts-, Agrikultur- und Transportministerium verstärkt in die Planungs- und Umsetzungsphase eingebunden werden.

- 3) Die Sozialisten werden sich dafür einsetzen, dass die für den Naturschutz notwendigen finanziellen Mittel aufgebracht werden. Dies gilt nicht nur für die Ausweisung von Naturschutzgebieten und für Renaturierungsmassnahmen, sondern auch in Bezug auf die Ausgleichszahlungen für extensive, ressourcenschonende Bewirtschaftung in der Landwirtschaft und im traditionellen Weinbau.

Deshalb wollen die Sozialisten für die kommende Legislaturperiode einen Naturschutzleitplan vorlegen, welcher unter anderem die Anzahl der neuzuschaffenden biologischen Stationen beinhaltet, Schutzprogramme für verschiedene Arten und Biotope in Zusam-

menarbeit mit den Gemeinden festlegt, einen "plan de gestion" für jedes Naturschutzgebiet definiert und die Bildung weiterer Naturschutzsyndikate anstrebt.

- 4) Die Sozialisten treten für weitere Ausweisungen von Naturschutzzonen und Landschaftsschutzgebieten im Konsens mit den lokalen Autoritäten ein. Ausserdem gilt es, durch vertragliche Vereinbarungen eine naturnahe Pflege der im europäischen Natura-2000-Netz ausgewiesenen Gebiete durchzusetzen. Auf lokaler und regionaler Ebene werden die Sozialisten sich für den Bau von "maisons d'accueil" einsetzen. Auf nationaler Ebene wird ein "Haus von der Umwelt" eingerichtet. Diese übernehmen eine wichtige Rolle im Sensibilisierungsbereich. Parallel hierzu werden die Sozialisten die Einrichtung von Naturlehrpfaden weiterhin vorantreiben.

"Sanfte" Freizeit- und Tourismusaktivitäten in der unmittelbaren Umgebung von ausgewiesenen Naturschutzgebieten wirken sich vorteilhaft auf das Naturschutzempfinden aus. Die Sozialisten werden diese Aktivitäten ebenso fördern wie den Verkauf von Produkten aus dem biologischen Anbau und aus der lokalen Handwerkerschaft.

- 5) Naturparks verstärken die Chancen einer nachhaltig ausgerichteten Entwicklung. Die bereits verwirklichten Naturparks haben aufgezeigt, dass ein effizientes, harmonisches Zusammenwirken von Landwirtschaft, Naturschutz, Landesplanung und Freizeitaktivitäten möglich ist. Neben den geschaffenen Naturparks "Obersauer" und "Ourtal" werden die Sozialisten einen grenzüberschreitenden Naturpark in der Dreiländerecke im Schengener Raum einrichten.
- 6) Die Sozialisten werden den Weg der ganzheitlichen Landwirtschaftspolitik fortsetzen und staatliche Mittel gezielt zum Schutz von natürlichen Lebensräumen wie Waldhainen, Feuchtgebieten und Trockenwiesen, zur Förderung des biologischen Landbaus sowie des integrierten Weinbaus und zur architektonischen Anpassung von landwirtschaftlichen Zweckbauten an den ländlichen Raum einsetzen.
- 7) Naturschutz muss für die Bürger und mit dem Bürger gestaltet werden. Die Sozialisten werden deshalb schon in der Planungsphase von Naturschutzgebieten und Naturparks eine Diskussions- und Dialogplattform zwischen der Umweltbehörde, den betroffenen Gemeindeverwaltungen, den Eignern, den Bewohnern der umliegenden Gebiete und den Umweltschutzorganisationen schaffen.

Richtig gestalteter Naturschutz muss ein Instrument lokaler und regionaler Entwicklung darstellen. Durch die Umsetzung der kommunalen Grünpläne wird der Gemeindesektor zu einem wichtigen Partner in Sachen Naturschutz. Die in den Grünplänen definierten Ziele werden durch eine verstärkte Einbindung in die kommunalen Bebauungspläne aufgewertet.

- 8) Die Sozialisten wollen eine nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes durch das Ausarbeiten von verbindlichen Verwaltungsrichtlinien gewährleisten. Zu diesem Zweck sollen die vorgesehenen zehnjährigen Waldbewirtschaftungspläne konsequent ausgearbeitet und die dafür notwendige personelle Aufstockung in der Naturschutzbehörde unverzüglich vorgenommen werden.
- 9) Naturschutz ist auch Tierschutz. Die Sozialisten werden sich auf europäischer Ebene für einen besseren Tierschutz einsetzen, was die internationalen Viehtransporte und den illegalen Handel mit geschützten Tierarten angeht. Das Tierschutzgesetz von 1983 wird in Zusammenarbeit mit den Tierschutzvereinen überarbeitet.
- 10) Die Sozialisten wollen die Luftverschmutzung durch den Automobilverkehr bekämpfen. Da moderne Wagen, vor allem durch die Katalysator-Technik aber auch durch die Minderung des Benzin- oder Dieserverbrauchs, weniger umweltbelastend sind, gilt es vornehmlich ältere Fahrzeuge aus dem Verkehr zu ziehen. Wagen, die älter sind als 7 Jahre, stellen rund 30 Prozent des Fuhrparks dar, verursachen aber 80 Prozent der Fahr-

zeugemissionen. Die Sozialisten werden deshalb den Verkauf von verbleitem Benzin einstellen lassen. Wer seinen älteren Wagen verschrotten lässt, erhält vom Staat eine Prämie.

#### **4. Für unbürokratisches, aber wirksames Umweltrecht**

- 1) Die Sozialisten setzen sich für den Ausbau harmonisierter Umweltvorschriften auf internationaler und vor allem auf europäischer Ebene ein. Die internationalen Verpflichtungen entbinden uns jedoch nicht unserer nationalen Verantwortung. Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips stehen wir weiterhin für ein unbürokratisches, aber wirksames Umweltrecht, welches ökologische, soziale und wirtschaftliche Gesichtspunkte in Einklang bringt.
- 2) Die Sozialisten werden in der kommenden Legislaturperiode dafür sorgen, dass die anzuwendenden Umweltnormen transparent und nachvollziehbar sind. Das Kommodo-Inkommodo-Gesetz bleibt das wichtigste Umweltgesetz überhaupt. Die Sozialisten bekennen sich zur Unantastbarkeit des Einspruchsrechts der Bürger und des Klagerechts der Umweltorganisationen. Um gleichzeitig potentiellen Investoren entgegenzukommen, wird durch vereinfachte Prozeduren die Transparenz erhöht und durch verbesserte Beratungsdienste den Antragstellern Hilfestellung geleistet.

Gesetzliche Auflagen müssen kontrollierbar sein. Die Sozialisten wollen die zuständigen staatlichen Dienststellen mit zusätzlichen Mitteln ausstatten, um die Einhaltung der Kommodo-Inkommodo-Bestimmungen im besonderen und der Umweltgesetzgebung im allgemeinen zu gewährleisten. Die Umweltpolizei wird erweitert, ihre Kompetenzen werden präziser umrissen.

#### **5. Priorität für den Wasserschutz**

- 1) Die Sozialisten werden die Wassergesetzgebung vereinfachen und transparenter gestalten. Im Sinne einer integrierten Wasserschutz- und Wasserwirtschaftspolitik befürworten die Sozialisten die Schaffung eines nationalen Wasserwirtschaftsamtes, welches dem Umweltministerium untersteht.
- 2) Die Politik der Fluss- und Bachbegradigungen hat zum Teil verheerende Folgen gehabt. Die Sozialisten werden die Renaturierung unserer Flüsse und Bäche konsequent vorantreiben und dabei ein besonderes Augenmerk auf die Bereitstellung von genügend Laichplätzen für die einheimischen Fischarten legen. Diese Massnahmen werden auch zur Entschärfung der Hochwasserproblematik beitragen.
- 3) Keine Abwässer dürfen mehr ungeklärt in die Flüsse und Bäche gelangen. Die Sozialisten schliessen das ehrgeizige nationale Kläranlagenprogramm bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode ab. Sämtliche Ortschaften sind an eine moderne biologische Kläranlage anzuschliessen. Grössere Anlagen werden mit einer dritten Klärstufe ausgerüstet.
- 4) Die Absicherung unserer Trinkwasserversorgung ist ein nationales Anliegen, das weiterhin dezentral, über die regionalen, von den Gemeinden getragenen Wassersyndikate gewährleistet werden soll. Um diese Aufgabe zu bewältigen treten die Sozialisten für die Ausweisung weiterer kommunaler und nationaler Quellenschutzgebiete ein. Um die Wasserqualität des Stausees in Esch/Sauer abzusichern, wird ein grosser Abwasserkollektor um den Stausee verlegt. Ausserdem werden die Sozialisten den Landwirten, insbesondere denjenigen, welche im Einzugsgebiet des Stausees biologischen Landbau betreiben und dabei Einkommensverluste hinnehmen müssen, staatliche Ausgleichszahlungen zukommen lassen.

## **6. Weiter mit der Vermeidungs- und Reduzierungsstrategie in der Abfallpolitik**

- 1) Oberstes Gebot in der Abfallwirtschaft bleibt die Vermeidung. Der beste Abfall ist der, der erst gar nicht entsteht. Mit den Sozialisten wird die Abfallwirtschaft über einen nationalen Abfallwirtschaftsplan eine neue Orientierung erfahren.
- 2) In der kommenden Legislaturperiode werden sämtliche Ortschaften an die Bio-Kompostierung und an die Wertstoffsammlungen angeschlossen. Der Staat wird den Gemeinden beim Aufbau einer, den jeweiligen kommunalen Gegebenheiten angepassten Abfallvermeidungsstrategie behilflich sein.
- 3) Beim Einsatz von umweltschonenden Materialien und Stoffen muss die Vorreiterrolle der öffentlichen Träger klarer und konsequenter zum Tragen kommen. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass vor allem Staat und Gemeinden in ihren Bau- und Renovierungsaktivitäten umweltschonenden und dauerhaften Produkten zum Durchbruch verhelfen.
- 4) Die Sozialisten werden zusammen mit den kommunalen Abfallverbänden die geographischen Verhältnisse im Kleinstaat Luxemburg nutzen um nationale Synergien zwischen Abfallverbrennung und Abfalldeponien herbeizuführen. Die Entsorgungspolitik für Sonder- und Industriemüll wird durch eine enge, vertraglich abgesicherte Zusammenarbeit innerhalb der Grossregion auf sicheren Fundamenten aufgebaut. Abfallexporte und -importe, sei es zur Verwertung oder zur Entsorgung, sind strengen Umweltschutzkontrollen zu unterwerfen. Zu diesem Zweck werden die Sozialisten mit unseren Nachbarländern Verhandlungen über zwischenstaatliche Abkommen führen.
- 5) Neben der Kompostierung und der Verbrennung stellt die Verbringung von Klärschlamm auf landwirtschaftlichen Böden auch in Zukunft einen wichtigen Verwertungsweg dar. Die Sozialisten befürworten die Schaffung eines Garantiefonds für Klärschlamm im Interesse der Landwirtschaft.

## **7. Alternative Energien fördern**

- 1) Luxemburg hat sich im Rahmen von internationalen Abkommen dazu verpflichtet, die Kohlendioxid-Emissionen stark zu reduzieren. Die Sozialisten werden diese Anstrengungen unterstützen und die eingegangenen Verpflichtungen erfüllen. Sie treten deshalb für die weitere Förderung von alternativen Energien und effizienten Wirtschaftsprozessen ein, nicht zuletzt mit dem Ziel, unseren Energieverbrauch unabhängiger vom Ausland zu gestalten. Vor allem im Energiebereich kann durch eine zielgerichtete Preispolitik erneuerbaren Energien zum wirtschaftlichen Durchbruch verholfen werden. Solarenergie, Wind- und Wasserkraft, Verwertung von Biomasse, aber auch Einsparungen durch Isolierungsmassnahmen und Einsatz wenig energieintensiver Geräte, werden durch gezielte Subventionierung attraktiv und konkurrenzfähig gemacht.
- 2) Die Sozialisten begrüßen das Gas-Dampf-Turbinen-Projekt im Süden des Landes. Um den Wirkungsgrad dieser Anlage zu erhöhen, befürworten sie eine grösstmögliche Nutzung der Abwärme dieser Anlage, unter anderem durch die Belieferung von Betrieben, die Prozesswärme benötigen oder im Bereich der Recyclingindustrie aktiv sind.  
  
Die Wärme-Kraft-Kopplungs-Technologie (Cogenerations-Anlagen) wird ausgebaut. Durch eine bessere Preisleistung für den ins Netz eingespeisten Strom zugunsten der Betreiber können alternative Energien konkurrenzfähig werden.

## **8. Vorrang für den öffentlichen Transport**

- 1) Die Sozialisten werden das öffentliche Transportangebot maximal ausbauen. Sie haben in den letzten 15 Jahren dafür gesorgt, dass das luxemburgische Eisenbahnnetz moder-

nisiert und das Angebot an Zügen stark gestiegen ist. Auch das öffentliche Busangebot wurde mehr als verdoppelt. Eine attraktive Tarifpolitik (Jumbo-Abonnement für Jugendliche, Öko-Abonnement für Arbeitnehmer, Seniorentarife usw.) hat dem öffentlichen Transport neue Benutzer zugeführt.

- 2) Jetzt ist ein Qualitätssprung notwendig. Das Bus-Tram-Bunn-Konzept (BTB) findet deshalb die uneingeschränkte Zustimmung der Sozialisten. Zumals das BTB-Konzept auf schon bestehende Schieneninfrastruktur zurückgreifen und diese besser auslasten kann.

Durch eine optimale Abstimmung von Zug, Bus und der zu verwirklichenden Tram, unter Einbeziehung von Auffangparkings bei Bahnhöfen, vor Ballungsgebieten sowie im grenznahen Raum (Park and Rail, Park and Ride), wird der öffentliche Verkehr aufgewertet. Ergänzend wirkt die Strassenbaupolitik, die den Transit- und Regionalverkehr auf Umgehungsstrassen an den Ballungszentren vorbeiführt und durch Verkehrsberuhigungsmassnahmen in den Ortschaften den Ziel- und Quellverkehr erheblich reduziert.

Die definitive Planung und Ausführung des Tram-Konzeptes muss im Dialog mit den Bürgern und den Verantwortlichen der Stadt Luxemburg erfolgen, die sich nicht aus ihrer politischen Verantwortung stehlen können.

- 3) Die Realisierung des BTB-Konzeptes wird die Eisenbahn als nationale Transportgesellschaft stärken. Nach Jahren der Umstrukturierung werden die CFL ihrer Aufgabe als moderne Transportgesellschaft sowohl für den öffentlichen Transport als auch für den Güterfernverkehr besser gerecht. Der Ausbau des Bettemberger Containerterminals wird es der Eisenbahn ermöglichen, eine echte Alternative zum Strassentransport anzubieten.

Eine bessere Abstimmung und Integration des öffentlichen Transportangebotes ist vonnöten. Nicht nur in und um die Hauptstadt, auch im ganzen Land. So ist der Vorschlag der FNCTTFEL, eine neue Zugstrecke direkt von Esch über Foetz und Leudelingen nach Luxemburg zu schaffen, ernsthaft zu untersuchen. Auch die früheren ARBED-internen Zuglinien müssen im Süden des Landes in das öffentliche Transportangebot eingegliedert werden. Die Sozialisten werden die Attraktivität der Streckenführung in verschiedenen Regionen erhöhen indem bestehende Strecken zusammengeschlossen oder umgeleitet werden. Dies ermöglicht es dem Kunden, direkter und somit schneller ans Ziel zu gelangen.

Der Luxemburger Flughafen muss im Rahmen des BTB-Konzeptes an das Schienennetz angeschlossen werden. Dies wird zu einer gewissen Entlastung des Strassennetzes führen.

Die Sozialisten werden die Anbindung Luxemburgs an das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz durchsetzen. Der Vertrag mit Frankreich über die TGV-Anbindung Luxemburg-Paris und Luxemburg-Strasbourg wird umgesetzt. Die Sozialisten werden sich auch für bessere Zugverbindungen mit Deutschland und Belgien einsetzen, wobei der Ausbau der Europalinie Brüssel-Luxemburg-Strasbourg Vorrang genießt.

## **9. Ausbau des Fahrrad-Wege-Netzes**

- 1) Sozialistische Bautenminister haben dafür gesorgt, dass in den letzten Jahren rund 300 km Fahrradpisten entstanden sind. Das Parlament hat vor kurzem das nationale Fahrrad-Wege-Netz gebilligt, das die Grundlage für ein 800 km langes, zusammenhängendes Fahrrad-Wege-System schafft.
- 2) Diese Fahrradwege dienen zur Zeit vornehmlich der Freizeitgestaltung und dem sanften Tourismus. Aufgabe der Gemeinden wird es sein, ihr lokales Fahrrad-Wege-Netz an das nationale Netz anzuschliessen, damit zunehmend der Nutzung des Fahrrades für Berufs- und Schulverkehr Vorschub geleistet wird. Zu diesem Zweck ist zu überlegen, wie durch

die Bereitstellung entsprechender Infrastrukturen (überdeckte Velo-Stellplätze bei Schulen, Bahnhöfen und Betrieben), dem Anhängen von Velo-Beförderungswaggons an Personenzüge sowie dem Ausbau des Velo-Verleihs die Fahrradnutzung für Transportzwecke gefördert werden könnte.

## **10. Der Ausbau des Flughafens: Wirtschaftsinteresse im Verbund mit Lebensqualität**

- 1) Der Flughafen "Findel" ist für unser Land als leistungsstarker Personen- und Frachtflughafen von grosser wirtschaftlicher Bedeutung. Durch das stete Wachstum des Personen- und Frachtverkehrs wurde der Ausbau und die Modernisierung der Flughafeninfrastrukturen im Juni 1996 vom Parlament beschlossen. Dies im Interesse Luxemburgs als europäische Hauptstadt, Finanz- und Wirtschaftszentrum, aber auch im Interesse seiner Einwohner.
- 2) Um die ansteigende Flughafenaktivität mit der Lebensqualität von Tausenden Anrainern in Einklang zu bringen, wurde von der sozialistischen Transportministerin ein grossherzogliches Reglement zur Nutzung des Flughafens ausgearbeitet, das den Flugverkehr reglementiert.

Die Sozialisten werden sich auch in Zukunft für den Erhalt der Lebensqualität der Flughafenanrainer einsetzen.

B.  
Chancengleichheit  
und  
Partnerschaft in  
der Gesellschaft



## 1. Echte Gleichstellung der Frauen

- 1) In der letzten Legislaturperiode haben die Sozialisten sich für die verfassungsrechtliche Verankerung des Prinzips der Gleichheit zwischen Mann und Frau eingesetzt. Die Sozialisten wollen alle nötigen Schritte unternehmen, damit eine reelle Gleichstellung (égalité de fait) der Frauen in unserer Gesellschaft in allen Bereichen möglichst schnell erfolgen wird. Deshalb setzen sie sich dafür ein, dass während der nächsten Legislaturperiode ein "Nationaler Aktionsplan für die Gleichstellung von Mann und Frau" erstellt wird. Seine Umsetzung muss ressortübergreifend und vermittels einem realistischen und verbindlichen Zeitplan erfolgen.
- 2) Frauen müssen stärker im wirtschaftlichen Leben unseres Landes Fuss fassen. Dazu werden die Weiterbildungsmassnahmen speziell für Frauen gefördert. Um die Erwerbstätigkeit der Frauen zu erhöhen, werden die im Rahmen des nationalen Beschäftigungsplans geschaffenen finanziellen Anreize für die Unternehmen ausgebaut. Desweiteren werden die Sozialisten den Frauen den Zugang zu Unternehmensgründungen erleichtern.

Bildung und Berufsausbildung sind unerlässliche Vorbedingungen für ein Bestehen im Berufsleben. Das gilt verstärkt noch für den Wiedereinstieg in den Beruf nach einer längeren (oft familienbedingten) Unterbrechung der Berufstätigkeit. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass jenen Frauen, die in den Beruf zurückkehren wollen, über eine adäquate und erfolgversprechende Ausbildung zu einem qualifizierten Arbeitsplatz verholten wird. Die Berufsunterbrechungs- und Ausbildungszeit wird diesen Frauen bei ihrer Rentenversicherungslaufbahn mit bis zu fünf Beitragsjahren angerechnet.

Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass lokale und regionale Initiativen, die mit Hilfe von europäischen Fördermitteln zur Verbesserung der beruflichen Situation der Frau respektive ihrer Wiedereingliederung in den Beruf beitragen, nach Ablauf dieser zeitlich begrenzten Unterstützung weiterhin vom Luxemburger Staat gefördert werden. Dies gilt ebenfalls für Pilotprojekte im schulischen Bereich, die das Rollenverständnis zwischen Jungen und Mädchen im Sinne einer Erziehung zur Gleichberechtigung positiv beeinflussen.

- 3) Das eigene Einkommen muss auch bei der Besteuerung berücksichtigt werden. Die Sozialisten werden für verheiratete Paare ein Besteuerungssystem schaffen, das wahlweise auf dem Prinzip der Individualbesteuerung beruht.
- 4) Die Sozialisten respektieren die freie Wahl der Frauen in bezug auf die Berufstätigkeit. Der Staat hat die Verpflichtung, Müttern, die nur in der Familie arbeiten, im Rentenbereich die gleiche Unterstützung wie erwerbstätigen Frauen zukommen zu lassen. Durch die Einführung der sogenannten Erziehungs-, Baby- und Pflegejahre können Frauen, die über kein eigenes Einkommen verfügen, nunmehr eigene Versicherungsrechte erwerben. Die Sozialisten befürworten eine Ausdehnung der Babyjahre von derzeit zwei auf vier Jahre pro Kind sowie die Anrechnung der Babyjahre für diejenigen Kinder, die vor 1988 geboren sind. Zu diesem Zweck wollen sie die Finanzierung der Babyjahre überdenken: so könnten z.B. die staatlichen Beiträge zur Pensionsversicherung erst beim Pensionseintritt der betroffenen Frauen eingezahlt werden. Die Sozialisten wollen auf diesem Weg dafür sorgen, dass alle Frauen und Männer sich schrittweise eigene Rentenbeitragslaufbahnen aufbauen können.
- 5) Kinder verheirateter Eltern bekommen automatisch den Familiennamen des Vaters. Im Sinne einer tatsächlichen Gleichberechtigung der Frauen und entsprechend den Bestimmungen der UNO-Kinderrechts-Konvention sollen die Kinder verheirateter Eltern ebenfalls den Familiennamen der Mutter erhalten können.

## **2. Politik im Dienst der Familie**

- 1) Die Sozialisten werden der Familie als kleinste Einheit menschlichen Zusammenlebens in unserer Gesellschaft auch weiterhin eine besondere Beachtung schenken. Familie findet statt, wenn mindestens zwei Menschen zusammenleben, mit oder ohne Trauschein, Alleinerzieher mit Kind usw. Die Sozialisten wollen mit konkreten Massnahmen und Hilfestellungen den veränderten Lebensformen und Lebensumständen von Familien Rechnung tragen.
- 2) Die Familienpolitik ist ein Grundpfeiler der Sozialpolitik. Hinsichtlich einer sozialgerechten Umverteilung werden die Sozialisten sich für eine stufenweise Erhöhung des Kindergeldes bei gleichzeitigem Abbau des Steuerfreibetrags für Kinder einsetzen. Diese Massnahme wird insbesondere Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen finanziell entlasten.
- 3) Die Sozialisten werden bei der Ausrichtung ihrer Familienpolitik den veränderten Gegebenheiten der Arbeitswelt Rechnung tragen. Um Berufsleben und Kindererziehung besser aufeinander abzustimmen, werden die Sozialisten dafür Sorge tragen, dass der Staat auch in diesem Bereich verstärkt Verantwortung übernimmt und das Angebot an Kinderkrippen vergrössert. Bei der Schaffung neuer Kindertagesstätten ist insbesondere auf sozialverträgliche Preise und eine angemessene regionale Gewichtung zu achten, damit strukturell schwächere Gegenden nicht benachteiligt werden. Ein nationaler Bedürfnisplan wird erstellt.

Auch im schulischen Bereich muss der beidseitigen Berufstätigkeit der Eltern Rechnung getragen werden. Die Sozialisten werden deshalb Ganztagschulen einführen. Schulkantinen sollen landesweit an den Primär- und Sekundarschulen eingerichtet werden, damit die Schüler während der Mittagspausen unter schulischer Obhut stehen. Parallel hierzu ist die Hausaufgabenhilfe auszubauen.

- 4) Die Sozialisten werden den Geburtsurlaub für Väter von derzeit zwei auf vier Tage anheben. Die zwei zusätzlichen Urlaubstage müssen in Anspruch genommen werden, wenn Mutter und Kind die Entbindungsstation verlassen.
- 5) Die Sozialisten werden das Sorge- und Besuchsrecht neu regeln. Bei einer Trennung soll im Rahmen des Möglichen beiden Elternteilen das Sorgerecht zugesprochen werden können. Auch muss jedes Kind geschiedener oder getrennt lebender Eltern ein Recht darauf haben, den anderen Elternteil zu besuchen.
- 6) In der Familie werden die Opfer bei Gewaltanwendung oft doppelt bestraft. Während misshandelte Kinder und Frauen aus dem familiären Umfeld entfernt und bei einer Pflegefamilie oder in einem Heim untergebracht werden, kann der Täter zu Hause weiterleben. Die Sozialisten werden deshalb ein Gesetz gegen die Gewalt in der Familie verabschieden, welches es ermöglicht, den Täter von seinem familiären Umfeld fernzuhalten und zu entfernen.

Desweiteren muss man sich um einen verbesserten Schutz der Opfer bemühen. Die Sozialisten fördern eine systematische Betreuung durch Fachpersonal von Opfern und Tätern und werden Therapieplätze für Gewalttäter schaffen, da eine Haftstrafe ohne Therapie sinnlos ist.

- 7) Eine genaue Kenntnis der Rechte und Pflichten aller Familienmitglieder kann Familienkonflikten vorbeugen. Die Sozialisten werden daher dafür sorgen, dass allen werdenden Eltern eine gezielte Vorbereitung auf ihre Rolle als Erzieher angeboten wird.

### **3. Anderen Lebensgemeinschaften Rechnung tragen**

- 1) Eine fortschrittliche Familienpolitik muss auch auf die gesellschaftliche Integration von Formen des Zusammenlebens ausgerichtet sein, die nicht dem aktuell vorherrschenden Welt- und Familienbild entsprechen. Familien ohne Trauschein sind längst keine Einzelfälle mehr. Verfassungs-, steuer-, zivil- und erbschaftsrechtlich werden sie jedoch nicht als Familien anerkannt. Die Sozialisten werden dafür Sorge tragen, dass diese neuen Lebensgemeinschaften rechtlich anerkannt werden. Dazu gehören auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Wer, aus welchen Gründen auch immer, die Institution Ehe nicht für sich beanspruchen kann oder will, wird die Möglichkeit erhalten, einen Lebensgemeinschaftsvertrag abzuschliessen.
- 2) Dieser Lebensgemeinschaftsvertrag wird beide Partner mit zivilen, steuerlichen und sozialen Rechten und Pflichten ausstatten. Die vertraglich geregelte Partnerschaft soll generell auf dem Prinzip der Gütertrennung beruhen, nicht zuletzt auch als Ausdruck der Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der beiden Partner.

### **4. Ein neuer Kontrakt mit der älteren Generation**

- 1) Unsere Lebenserwartung ist gewachsen, der Anteil der älteren Generation an der Gesamtbevölkerung steigt konstant. Die Sozialisten sind der Meinung, dass sich ein neuer Kontrakt mit der älteren Generation aufdrängt.
- 2) Die Sozialisten sorgen dafür, dass die Ruhestandsregelungen flexibler gestaltet werden. Wer länger arbeiten will, soll die Möglichkeit dazu bekommen. Wer früher in Pension will, soll dies dürfen, wenn er mit einer entsprechend niedrigeren Rente zufrieden ist. In diesem Sinne werden die Sozialisten auch die Teilzeitarbeit ab dem 55. Lebensjahr konsequent fördern.
- 3) Mit dem Eintritt in den Ruhestand scheiden die wenigsten Menschen aus dem "aktiven" Leben aus. Im Gegenteil, gerade zu diesem Zeitpunkt kommt der Freizeitgestaltung eine besondere Bedeutung zu. Die Sozialisten wollen den Bedürfnissen der älteren Menschen nach sinnvoller Lebensgestaltung mit der Bereitstellung von attraktiven Angeboten entgegenkommen. Insbesondere in den Bereichen Altersport und Weiterbildung liegen noch viele Potentiale brach. Die Sozialisten werden deshalb eine "Universität des dritten Alters" schaffen.
- 4) Arbeit und Ehrenamt sind wichtige Bestandteile der sozialen Identität. Die moderne Arbeitsgesellschaft und der demographische Wandel schaffen zusätzliche Herausforderungen und Chancen für den ehrenamtlichen Einsatz. Die Sozialisten werden allgemein die Ausübung des Benevolats und besonders nach Eintritt in den Ruhestand konsequent fördern. Die Sozialisten stellen den Organisationen, die sich ehrenamtlich für die Belange der älteren Menschen einsetzen, die notwendigen finanziellen Mittel bereit.
- 5) Die Sozialisten haben in der letzten Legislaturperiode mit der Einführung der Pflegeversicherung eine grosse Sozialreform verwirklicht, die jedem Menschen ein Recht auf Pflege garantiert. Die Sozialisten werden die zum "maintien à domicile" nötigen Strukturen und Dienstleistungen ausbauen und zusätzliche Pflegebetten bereitstellen.

Die Sozialisten werden die "foyers de jour pour personnes âgées" flächendeckend ausbauen und setzen sich für die konsequente Förderung von Zwischenstrukturen wie betreuten Seniorenwohnungen ein. Älteren Menschen, besonders alleinstehenden, die noch rüstig sind, bieten diese Strukturen eine gute Alternative zum Altersheim oder zum grossen Eigenheim und können sogar von den Betroffenen selbst verwaltet werden. Ein weiterer Vorteil dieser Zwischenstrukturen besteht darin, dass die hierdurch frei werdenden Wohnungen von jungen Familien genutzt werden können.

## **5. Die Armut bekämpfen**

- 1) Trotz des allgemein hohen Lebensstandards in Luxemburg gibt es immer wieder Menschen, die in materielle Not geraten. Langzeitarbeitslosigkeit, Überverschuldung und Wohnungsverlust sind die häufigsten Gründe, die zu Verarmung führen. Durch Überverschuldung werden auch besserverdienende Haushalte an die Armutsgrenze gedrängt.
- 2) Das 1986 von den Sozialisten eingeführte garantierte Mindesteinkommen (RMG) verhindert, dass Menschen, die sich in einer materiell aussichtslosen Lebenslage befinden, in die Armut abgleiten. Durch ein kürzlich verabschiedetes Gesetz wurden die RMG-Bestimmungen an die heutigen gesellschaftlichen Anforderungen angepasst.
- 3) Das garantierte Mindesteinkommen lindert die sich aus der Armut ergebende Not. Parallel hierzu gilt es, die Armut in ihren Ansätzen zu bekämpfen, das heisst auf allen gesellschaftlichen Ebenen Chancengleichheit herzustellen.

Chancengleichheit beginnt in den Schulen. Eine solide Grundausbildung und lebenslange Weiterbildung werden künftig mehr denn je die Schlüssel zu einem erfolgreichen Berufsleben und materiellem Wohlstand darstellen. 1994 verfügten über ein Drittel aller Männer und Frauen in Luxemburg nur über einen Grundschulabschluss. Für die Sozialisten geniesst die Investition in Aus- und Weiterbildung deshalb erste Priorität.

Durch eine Ausweitung des Angebots an Plätzen in Kinderkrippen soll überdies jeder Familie die Möglichkeit geboten werden, ihr Familieneinkommen durch die beidseitige Berufstätigkeit der Eltern zu verbessern.

- 4) Überverschuldete Haushalte werden mit den Sozialisten eine zweite Chance bekommen. Ähnlich wie den Privatunternehmen wird solchen Haushalten unter bestimmten Bedingungen die Möglichkeit geboten, ein Insolvenzverfahren zu beantragen. Damit sie ihr Leben wieder neu planen und in den Griff bekommen können.
- 5) Besonders in einkommensschwachen Haushalten verschlingt die Wohnungsmiete oftmals über die Hälfte des Familieneinkommens. Bei Zahlungsunfähigkeit der Miete ist der Wohnungsverlust die unausweichliche Folge. Deshalb werden die Sozialisten neue Wege bei der Schaffung preisgünstigen Wohnraums beschreiten.
- 6) Die Sozialisten werden das Angebot an Aufenthalts- und Schlafräumen sowie sinnvollen Beschäftigungsinitiativen für obdachlose Mitbürger den Bedürfnissen entsprechend ausweiten. Insbesondere im Winter muss dafür Sorge getragen werden, dass jeder Obdachlose Unterkunft findet.

## **6. Wir brauchen bezahlbare Wohnungen**

- 1) Die Sozialisten werden neue Wege in der Wohnungspolitik beschreiten. In Luxemburg sind wir mit einer Vielzahl von leerstehenden Wohnungen einerseits und fehlenden, bezahlbaren Wohnungen andererseits konfrontiert. So ist es nicht länger tragbar, dass aus spekulativen Gründen privater Unternehmen ganze Häuserzeilen dem Verfall preisgegeben sind. Die Sozialisten wollen deshalb ein Inventar der leerstehenden Wohnungen in allen Gemeinden durchführen. Damit für die Besitzer ein Anreiz zur Vermietung solcher leerstehender Wohnungen geschaffen wird, wollen die Sozialisten beim "Fonds de Logement" eine Vermittlungsinstanz schaffen, die sich um die Vermietung kümmert. Diese übernimmt auf Wunsch der Besitzer auch die notwendigen Instandsetzungen und regelt die Kontrakte mit Mietern. Private Wohnungsbesitzer können somit auf ein gesichertes Einkommen zählen, während zusätzlicher Wohnraum nutzbar gemacht wird.
- 2) Die Sozialisten verpflichten sich, zukünftige Siedlungsprojekte stärkeren Auflagen zu unterziehen. Es reicht nicht aus, einzig und allein Wohnkomplexe zu errichten. Denn nur

durch die gleichzeitige Bereitstellung von sozialen Infrastrukturen wie Schulen, Spielplätzen und Kindertagesstätten stellt sich die gewünschte Lebensqualität ein.

- 3) Um allen Bürgern den Erwerb eines Eigenheims zu erleichtern, werden die Sozialisten die Möglichkeit des Mietkaufs schaffen und progressive Rückzahlungsraten bei Wohnungsbaukrediten ermöglichen.
- 4) Durch ihre Wohnungspolitik können Regierung und Gemeinden Stadtentwicklung und Stadterneuerung ankurbeln. Gemeinden sollen gemeindeeigenes Baugelände selbst erschliessen oder zu sozialgünstigen Bedingungen zur Verfügung stellen.
- 5) Die nationale Wohnungsbaugesellschaft wird angehalten, ihre Programme stärker auf die Bedürfnisse einkommensschwacher Familien auszurichten.

## **7. Gleiche Rechte für behinderte Menschen**

- 1) Die Sozialisten werden den benachteiligten Mitmenschen in unserer Gesellschaft gleiche Chancen einräumen und sich im Geiste der Solidarität für ihre Integration und die Akzeptanz des "Andersseins" einsetzen.
- 2) Das Selbstbestimmungsrecht der behinderten Personen muss als elementare Voraussetzung menschenwürdigen Lebens stärker in den Vordergrund rücken. Im Rahmen des Machbaren darf keinem behinderten Mitbürger das Recht genommen werden, für sich selbst zu entscheiden.
- 3) Die Sozialisten haben sich für die Aufnahme einer "Nicht-Diskriminierungsklausel" in unsere Verfassung eingesetzt. Diese verfassungsrechtliche Abänderung wird die Gleichstellung und Integration behinderter Menschen deutlich vorantreiben.
- 4) Damit behinderte Menschen in gleichem Masse wie Nichtbehinderte am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, werden die Sozialisten dafür sorgen, dass zumindest alle öffentlichen Einrichtungen und Gebäude auch für Behinderte zugänglich sind. Zu diesem Zweck werden minimale Baunormen im öffentlichen und privaten Baugewerbe festgelegt. Ausserdem werden alle öffentlichen Transportmittel den Bedürfnissen behinderter Personen angepasst werden.
- 5) Die Sozialisten werden sich konsequent für den Ausbau der medizinischen, pflegerischen, psychologischen und sozialen Betreuung behinderter Personen und ihrer Familien einsetzen. Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde hier bereits viel geleistet. Um den Eltern behinderter Kinder frühestmöglich eine den Bedürfnissen angepasste Hilfestellung anbieten zu können, werden die Früherkennungsdienste sowie Informationszentren ausgebaut und aufeinander abgestimmt. Dies ermöglicht eine kontinuierliche Begleitung der Familienmitglieder.
- 6) Die Sozialisten werden behinderte Kinder und Jugendliche so weit wie möglich ins allgemeine Schulwesen integrieren. Eine befriedigende Integration behinderter Kinder erreicht man über individuell anzuwendende Konzepte, an deren Ausarbeitung sich sowohl Experten als auch das Schulpersonal und die Eltern beteiligen sollen. Die Eltern behinderter Kinder werden bereits vor dem schulpflichtigen Alter an die entsprechenden Beratungs- und Hilfsdienste weitergeleitet, damit die notwendigen Betreuungsmassnahmen frühzeitig greifen können.

Die auf behinderte Menschen ausgerichtete Aus- und Weiterbildung von Schul- und Betreuungspersonal muss gefördert werden. Zusätzliches, geschultes Betreuungspersonal darf nicht nur auf Pilotebene, sondern muss in allen Klassen mit behinderten Kindern vorgesehen werden.

- 7) Die Sozialisten wollen die Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt fördern. Hier gilt es, die im Behindertenförderungsgesetz beschlossenen Massnahmen conse-

quent auszuführen. Die vorgesehenen Quoten müssen eingehalten, die finanziellen Sanktionen im Falle eines Verstosses angewandt werden. Das Prinzip "gleiche Arbeit - gleicher Lohn" muss für alle Arbeitnehmer - auch und gerade für die behinderten - volle Geltung entfalten.

Jeder arbeitsunfähige Behinderte hat ein Recht auf ein garantiertes Mindesteinkommen. Die Sozialisten werden zu diesem Zweck die derzeit geltenden und oftmals je nach Art der Behinderung sehr verschiedenartigen Regelungen harmonisieren.

- 8) Da die Freizeitbeschäftigung eine wichtige Komponente der gesellschaftlichen Integration darstellt, werden die Sozialisten die aktive Teilnahme behinderter Menschen an sportlichen und kulturellen Aktivitäten stärker fördern.

## **8. Recht auf Gewissensfreiheit und einen religiös neutralen Staat**

- 1) Luxemburg verzeichnet mit einem Drittel der Einwohner den höchsten Ausländeranteil innerhalb der europäischen Union. Der durch die Einwanderer bedingte Reichtum an Kulturen bringt auch eine Vielfalt an Religionen mit sich. Die Sozialisten wollen dieser Tatsache Rechnung tragen, indem sie allen Religionen und ihren Angehörigen sowie auch den Nichtgläubigen den gleichen Respekt zukommen lassen.
- 2) Artikel 19 der Verfassung garantiert die Religionsfreiheit, deren öffentliche Ausübung sowie die freie religiöse Meinungsäußerung, soweit das Gesetz sie erlaubt. Das Recht auf Religionsfreiheit aller setzt den laizistischen, religionsneutralen Staat voraus, der diese Rechte ohne jede Vorurteile oder Bevormundungen gewährleistet.
- 3) Der laizistische Staat, d.h. der Staat der sich in Sachen Religionen und Überzeugungen Neutralität auferlegt, bleibt das erklärte Ziel der Sozialisten. Dazu sind sie auch bereit, Artikel 106 der Verfassung, der besagt, dass die Gehälter und Renten des Klerus vom Staat getragen werden, abzuändern.

In der derzeitigen Übergangsphase zu mehr Laizität im Staat haben die Sozialisten mit dem Abschluss der Konventionen zwischen Staat und Kirchen ein Mehr an Transparenz sowie eine Begrenzung der staatlichen Geldmittel herbeigeführt. Zwei Schritte sind darüber hinaus machbar:

- ♦ eine Offenlegung der Besitzstände der kirchlichen Einrichtungen, denen staatliche Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- ♦ das Schaffen von Transparenz und Klarheit in den Beziehungen zwischen Kirchenfabriken und Gemeinden.

## **9. Für eine multikulturelle Gesellschaft**

- 1) Die Sozialisten wollen das Zusammenleben von Menschen aller Nationen, Weltanschauungen und Kulturen in Luxemburg maximal fördern. Für das gesellschaftliche und kulturelle Leben ist die Präsenz von Mitbürgern aus über 140 Nationen eine Bereicherung. Ohne die Ausländer wäre der wirtschaftliche Erfolg und damit der hohe Lebensstandard des Landes unmöglich.
- 2) Die Sozialisten wollen den ausländischen Mitbürgern eine gewollte Integration erleichtern. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang eine Erziehungspolitik, die ausländische Kinder nicht ausgrenzt, sondern Chancengleichheit für alle schafft. Die Sozialisten wollen deshalb bei der Reform der Erziehungspolitik dem Faktor Ausländeranteil in unserem Schulsystem eine vordringliche Aufmerksamkeit widmen.
- 3) Die Sozialisten machen keinen Unterschied zwischen Bürgern der europäischen Union und anderen Ausländern. Als einzige grosse politische Partei haben die Sozialisten kon-

sequent für das Wahlrecht der Europäer bei den Kommunal- wie den Europawahlen gekämpft. Die derzeitige Gesetzgebung ist noch zu zaghaft und sollte vereinfacht werden, sowohl was das aktive wie das passive Wahlrecht, aber auch die Dauer der Residenz-erfordernis anbelangt. Auch Mitbürger, die nicht aus EU-Mitgliedstaaten herkommen, müssen das Wahlrecht in den Kommunen bekommen. Ausländerkommissionen sollen in jeder Gemeinde funktionieren.

- 4) Um eine bessere Integration der in Luxemburg lebenden Ausländer zu ermöglichen, wird die Gesetzgebung zum Erlangen der luxemburgischen Nationalität reformiert. Die erforderliche Aufenthaltsdauer wird von 10 auf 5 Jahre reduziert. Der Unkostenbeitrag zum Erlangen der luxemburgischen Nationalität wird spürbar herabgesetzt.

Die Sozialisten wollen es ermöglichen, dass man die luxemburgische Nationalität erlangen kann, ohne automatisch die Ursprungsnationalität aufgeben zu müssen. Dies ist heute in vielen europäischen Staaten möglich und wird durch eine entsprechende Konvention des Europarats geregelt. Eine solche Reform würde es auch im Ausland lebenden ehemaligen Luxemburgern erlauben, ihre luxemburgische Nationalität wiederzuerlangen.

- 5) Für die Sozialisten darf es keine sozial- oder arbeitsrechtliche Diskriminierungen ausländischer Arbeitnehmer -ob Grenzgänger oder Gastarbeiter- geben. In Berufskammern, gemischten Betriebsräten oder Betriebsausschüssen muss die Zusammenarbeit optimal organisiert werden. Alle Arbeitsplätze, die keine hoheitsrechtliche Funktion haben, müssen auch ausländischen Frauen und Männern gleichberechtigt offenstehen.
- 6) Die Sozialisten wollen Flüchtlingen bestmögliche Auffang- und Eingliederungsbedingungen bieten. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben bewiesen, dass der Aufbau eines Netzes an permanenten Strukturen für Flüchtlinge notwendig ist, vor allem was die soziale und therapeutische Betreuung, insbesondere der Kinder anbelangt. Die Sozialisten sind für eine gerechtere Verteilung der Asylsuchenden in Luxemburg. Jede Gemeinde soll sich, ihren Verhältnissen angemessen, solidarisch an der Bewältigung von Flüchtlingswellen beteiligen. Der Staat wird dementsprechende lokale Initiativen finanziell unterstützen.
- 7) Wer verfolgt wird, hat Anspruch auf Asyl. Die Sozialisten stellen jedoch fest, dass nicht jeder, der sein Land aus berechtigten Gründen verlassen hat, sprich weil seine körperliche und/oder psychische Integrität nicht mehr gewährleistet war, unter die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention fällt. Die Sozialisten werden daher ein ergänzendes zweites Flüchtlingsstatut, ein „humanitäres Flüchtlingsstatut“ schaffen, das Asylbewerbern, die die Genfer Kriterien nicht erfüllen, auf begrenzte Dauer eine Lösung in unserem Land bietet.

Damit in Luxemburg lebende Flüchtlinge schnellstmöglich darüber informiert werden, ob sie Anspruch auf Asyl haben oder nicht, müssen Flüchtlingsanträge zügiger bearbeitet werden. Deshalb ist es erforderlich, die zuständigen Verwaltungen mit zusätzlichem Personal auszustatten.

- 8) Unser Land kann nicht alle Flüchtlinge aufnehmen. Illegale Einwanderer müssen menschenwürdig behandelt werden, können aber nicht automatisch eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhalten. Eventuelle Regularisierungen müssen aufgrund transparenter Kriterien erfolgen. Durch gezielte Hilfsmassnahmen, vor allem aber durch Entwicklungshilfe in krisengeschüttelten Ländern muss Luxemburg dazu beitragen, dass Flüchtlinge in ihrem Ursprungsland ein menschenwürdiges Leben führen können.



C.

In Sicherheit leben

-

Ein Staat im  
Dienste des  
Bürgers



# I. Eine zuverlässige Sozial- und Gesundheitspolitik

## 1. Renten und Pensionen langfristig absichern

- 1) Die in Luxemburg erbrachten Leistungen sind im internationalen Vergleich exemplarisch. Die Sozialisten haben sich während ihrer 15jährigen Regierungsbeteiligung konsequent für die Verbesserung der Leistungen im privaten Sektor eingesetzt. Seit 1985 haben grundlegende Rentenreformen, die systematische Anpassung der Renten an die Lohnentwicklung (ajustement) und die Beibehaltung der automatischen Indexbindung die Renten um durchschnittlich 68 Prozent steigen lassen.
- 2) Damit diese Errungenschaften den Bürgern erhalten bleiben, sprechen die Sozialisten sich für die Beibehaltung des aktuellen Rentensystems aus. Dieses beruht auf dem Umlageverfahren, d.h. die aktive Bevölkerung kommt für die Renten der Pensionierten auf. Unser Rentenwesen steht für lang bewährte Prinzipien der Rentenpolitik, wie Solidarität, angemessene Abstufung der Leistungen und sozialgerechte Umverteilung.

Um das hohe Leistungsniveau des beitragspflichtigen Rentensystems langfristig zu sichern, werden die Sozialisten den gesetzlich vorgesehenen Mindestbetrag an Rücklagen der staatlichen Rentenkassen anheben. Eventuell auftretende Engpässe können so ohne Erhöhung der Beiträge oder Abbau der Leistungen abgedeckt werden. Dieses sogenannte System der "répartition provisionnée" ermöglicht eine effiziente und langfristige Konsolidierung der Pensionskassen. Die Sozialisten werden für eine bessere und ertragreichere Verwaltung der Rücklagen sorgen.

- 3) Das beitragspflichtige Rentenwesen wird heute schon bei vielen Versicherten durch zwei weitere Säulen ergänzt: die betrieblichen und privaten Zusatzversicherungen. Damit künftig die versprochenen Leistungen aus betrieblichen und privaten Zusatzversicherungen auch garantiert sind, werden die Sozialisten die vorgesehenen Rahmengesetze, die sowohl den Betrieben als auch den privaten Versicherungsgesellschaften und Pensionsfonds die hierzu nötigen Sicherheiten abverlangen, schnellstmöglich verabschieden.
- 4) Die Sozialisten haben durch die Einführung der sogenannten Baby- und Pflegejahre dafür gesorgt, dass Frauen, die der Familie wegen auf Erwerbstätigkeit verzichten, keine Abstriche bei der Rentenversicherung hinnehmen müssen. In der nächsten Legislaturperiode wird dieses Konzept der Ersatzzeiten ausgebaut. So bekommen Frauen, die nach einer längeren Unterbrechung der Berufstätigkeit Ausbildungskurse für den Wiedereinstieg ins Berufsleben belegen, bis zu fünf Versicherungsjahre bei ihrer Rentenbeitragslaufbahn angerechnet.

Um Härtefälle bei Scheidungen zu verhindern, stehen die Sozialisten zum gesetzlichen Rentensplitting.

- 5) Die Sozialisten bestehen nach wie vor auf Rentengerechtigkeit. Deshalb wollen sie über diese fundamentalen Verbesserungen hinaus die Rentenleistungen anheben, ohne die mittel- und langfristige Finanzierbarkeit des Rentenwesens zu gefährden.

## **2. Die Krankenkassenleistungen verbessern**

- 1) Die Leistungen der luxemburgischen Krankenkassen brauchen den internationalen Vergleich nicht zu scheuen. Das Verhältnis zwischen Beitragshöhe und Leistungsniveau ist einmalig in Europa. Die durchgeführte Krankenkassenreform hat sich bewährt. Es hat sich gezeigt, dass die vorgenommene Umstrukturierung im Interesse der Versicherten war. Nun geht es darum, Mechanismen zur Qualitätssicherung im Gesundheitswesen zu fördern.

Die Sozialisten werden auch weiterhin die für Erwerbstätige geltende gesetzliche Krankenversicherungspflicht verteidigen. Alles andere würde nur zu einer Zwei-Klassen-Medizin führen, in der reiche Patienten gut, Leistungsempfänger mit mittleren und niedrigen Einkommen und Renten hingegen schlecht behandelt werden.

- 2) Die europäische Integration macht sich auch im Gesundheitswesen bemerkbar. Um unser bewährtes System der Krankenversicherung angesichts des rezenten Urteils des europäischen Gerichtshofes in Sachen Kostenübernahme ausländischer Gesundheitsleistungen nicht in Frage zu stellen, werden die Sozialisten mit allen Beteiligten verhandeln, damit notwendige Anpassungen des Krankenversicherungsgesetzes zu keiner Mehrbelastung des Patienten und zu keiner Qualitätseinbusse der medizinischen Versorgung führen. Die Sozialisten werden gewährleisten, dass die Vorteile unseres Systems wie z.B. die Wahlfreiheit der Versicherten, die allgemeine Versicherungspflicht, die obligatorische Konventionierung der Lieferanten und der Schutz der Versicherten auch in Zukunft erhalten bleiben.
- 3) Die Krankenkassenbeiträge bleiben angemessen und werden wirtschaftlich eingesetzt. Denn nur eine effiziente Kostenkontrolle führt zu bestmöglichen Leistungen im Sinne der Versicherten. So werden die finanziellen Rahmenbedingungen der Leistungsträger einer strengeren Kontrolle unterworfen. Um diesen Aufgaben nachzukommen, müssen die Sozialpartner und der Staat in der Krankenkassenvereinigung gemeinsam Verantwortung übernehmen, Entscheidungen treffen und im Interesse der Versicherten Handlungsfähigkeit unter Beweis stellen. Diese Zusammenarbeit muss aufgrund von transparenten und klar definierten Kriterien erfolgen, auch in bezug auf die Finanzierung des Gesundheitswesens. Die Sozialisten setzen sich deshalb für gesetzlich festgelegte, einheitliche Beitragssätze ein.
- 4) Die Sozialisten werden in der kommenden Legislaturperiode zusammen mit den Sozialpartnern verschiedene Leistungsbegrenzungen überdenken. Die finanzielle Belastung der Versicherten durch Eigenbeteiligung muss sozialverträglich bleiben. Deshalb wird der Prozentsatz des verfügbaren Einkommens, ab dem die Versicherten allen Eigenbeteiligungen enthoben werden, weiter reduziert.

Für chronisch Kranke sollen die Leistungsbegrenzungen ganz wegfallen, d.h. sie bekommen ein Anrecht auf vollständige Rückerstattung ihrer Ausgaben. Die Erneuerungsfristen bei Zahnersatz sowie verschiedene materialbedingte Leistungsbegrenzungen bei Zahnfüllungen wollen wir im Interesse des Patienten angepasst sehen.

Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass medizinische Leistungen ausschliesslich gemäss der offiziellen Nomenklatur verrechnet werden. Werden die Leistungen nicht oder nur teilweise von der Versicherung übernommen, so muss ein Kostenvoranschlag erstellt werden. Der Einbettzimmer-Aufschlag von 60% auf medizinische Leistungen im Krankenhaus soll abgeschafft werden.

Zudem setzen die Sozialisten sich dafür ein, dass die Periduralanästhesie von den Krankenkassen zurückerstattet wird. Denn jede Frau hat ein Recht auf eine schmerzfreie Geburt.

Die Verallgemeinerung des "tiers payant" für Krankenhausleistungen, aber auch in den Apotheken gehört heute sowohl für die Apotheker als auch für die Versicherten zur Normalität. Dieses Prinzip kann ebenfalls auf die von Ärzten getätigten Leistungen ausgedehnt werden. In allen Fällen sollen die Versicherten jedoch eine Durchschrift der realen Kosten für ihre Leistungen erhalten.

- 5) Im Bereich der Präventivmedizin werden die Sozialisten sich dafür einsetzen, dass vorbeugende Gesundheitsleistungen und Früherkennungsmassnahmen in verstärktem Masse angeboten und vergütet werden. Impfungsprogramme, insbesondere gegen Grippe bei Kindern und älteren Menschen, aber auch die Früherkennung von Krebs, werden ausgebaut. Die Kosten werden von den Krankenkassen zurückerstattet.

Die Sozialisten werden umweltmedizinische Einrichtungen im präventiven, diagnostischen und therapeutischen Bereich verstärkt ausbauen. Betreffend die Alternativmedizin sollen ebenfalls Rahmenbedingungen geschaffen werden. Alternative Heilmethoden dürfen allerdings nur auf Basis einer medizinischen Diagnose und Kontrolle Anwendung finden.

### **3. Das soziale Dienstleistungswesen ausbauen**

- 1) Die Sozialisten werden das soziale Dienstleistungswesen absichern und weiter ausbauen. Ein besonderes Augenmerk gilt hier den steigenden Bedürfnissen in den Bereichen der Pflege alter und behinderter Menschen. Das hinreichend bewährte Modell der staatlichen Förderung privater Dienstleistungsanbieter (konventionierter Sektor) wird wie bisher Dreh- und Angelpunkt des staatlich garantierten Dienstleistungswesens sein. Die Entscheidung, ehren- oder hauptamtlich in einer Vereinigung ohne Gewinnzweck Verantwortung im Dienste bedürftiger Mitbürger zu tragen, muss auch weiterhin gefördert werden. Dies ist ein wesentlicher Pfeiler unseres Gesellschaftsvertrags.
- 2) Durch das kürzlich verabschiedete "ASFT-Gesetz" hat der Staat sich die nötigen Kontrollinstrumente gegeben, um sowohl die Qualität der angebotenen Leistungen als auch ein sinnvolles Einsetzen der staatlichen Förderungsgelder zu gewährleisten. Um eine effiziente Funktionsweise des sozialen Dienstleistungswesens zu gewährleisten, werden die Sozialisten eine umfassende Bestandsaufnahme aller Angebote im sozialen Dienstleistungsbereich durchführen und diese den bestehenden Bedürfnissen anpassen.

### **4. Recht auf Pflege für alle**

- 1) Mit der Einführung der Pflegeversicherung wurde eine grosse Sozialreform verwirklicht, die jedem Menschen ein Recht auf Pflege garantiert. Die Sozialisten verpflichten sich, die Zahl der Pflegebetten konsequent auszubauen. Denn die Heimpflege, wenngleich sie auch prioritär angewandt werden soll, stösst bei fortgeschrittener Pflegebedürftigkeit unweigerlich an Grenzen. In den kommenden fünf Jahren werden die Sozialisten weitere Pflegebetten schaffen, damit die Anzahl der auf ein Pflegebett Wartenden und dadurch die Wartedauer wesentlich verringert werden. Die Unterbringung von in Luxemburg lebenden Pflegebedürftigen in ausländischen Pflegeheimen als Notlösung soll bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode geklärt sein.
- 2) Die Betten werden den Pflegebedürftigen entsprechend der Schwere der Pflegebedürftigkeit zur Verfügung gestellt. Die finanziellen Mittel des Einzelnen dürfen kein Kriterium für die Aufnahme in ein Pflegeheim sein. Die Sozialisten werden dafür Sorge tragen, dass Pflegebetten in ausreichendem Masse zu sozialen Preisen angeboten werden. Die Aufnahme in ein Pflegeheim wird deshalb auf Basis einer einzigen koordinierten Warteliste erfolgen.

## **5. Der Patient im Mittelpunkt einer fortschrittlichen Gesundheitspolitik**

- 1) Der Patient hat Rechte, die es auszubauen und zu verteidigen gilt. Im Sinne des Patientenschutzes soll auch und gerade das Gesundheitswesen einer kritischen Analyse durch den Leistungsempfänger unterzogen werden. Zweckmässigkeit und Qualität der erbrachten Leistungen von Kranken- und Pflegehäusern, Ärzten und anderen Leistungserbringern müssen hinterfragt werden können. In diesem Sinne sollen Qualitätskriterien bei allen Leistungsanbietern eingeführt werden. Es wird Aufgabe der Krankenkassenunion sein, die Patienten gezielter über Behandlungs- und Nachbehandlungsmöglichkeiten im In- und Ausland zu informieren.
- 2) Angesichts des rasanten technologischen Fortschritts, der demographischen Entwicklung unserer Bevölkerung und der Zunahme der sogenannten Zivilisationserkrankungen wird das Gesundheitswesen immer teurer. Gesundheit mag, individuell gesehen, keinen Preis haben, aber sie hat einen Kostenpunkt. Deshalb muss eine effiziente Gesundheitspolitik sich einer kritischen Kostenanalyse stellen. Zu diesem Zweck wird eine bessere Abstimmung zwischen der Krankenkassenunion und der Ausgabenpolitik des Gesundheitsministeriums herbeigeführt, die jedoch nicht auf Kosten des im Spitalwesen arbeitenden Personals gehen kann.
- 3) Die Sozialisten werden die Modernisierung des Spitalwesens im Sinne des von ihnen ausgearbeiteten Spitalplans konsequent vorantreiben. Die konkrete Umsetzung des Spitalplans wird spezialisierte nationale Zentren in den Bereichen Radiotherapie, Herzchirurgie und Rehabilitation schaffen und noch überschüssige Akutbetten abbauen, welche als Pflegebetten genutzt werden können. Regelmässige Bestandsaufnahmen sollen sicherstellen, dass die Anzahl der Akut- und Langzeitbetten wie auch der Ein- und Zweibettzimmer den medizinischen Bedürfnissen entsprechen. In den spezialisierten nationalen Zentren werden nur fest eingestellte Ärzte zugelassen. Werden jedoch besondere medizinische Fachkenntnisse benötigt, so müssen, bei Bedarf auch im Rahmen von Abkommen mit ausländischen Institutionen, die hierfür erforderlichen Fachärzte die notwendigen Eingriffe durchführen können. Medizinische Grossgeräte werden flächendeckend zum Einsatz kommen und regional angemessen verteilt.

Das "Centre Hospitalier de Luxembourg" soll seine Rolle als Forschungs- und Lehrkrankenhaus ausbauen können. Dabei darf die Grundversorgung der Bevölkerung nicht zugunsten einer extremen Zentralisierung geopfert werden. Kleinere Spitäler können durchaus im Rahmen von Synergiebestrebungen neue Aufgaben übernehmen. Vom Staat finanzierte privatrechtliche Infrastrukturen im Krankenhausbereich müssen bei Aktivitätseinstellung an den Staat zurückfallen.

Krankenhausaufenthalte nach operativen Eingriffen werden durch den medizinischen Fortschritt zeitlich verkürzt. Die Nachbehandlung der Patienten soll künftig im Rahmen des Vertretbaren zu Hause und durch qualifiziertes Krankenhauspersonal erfolgen (hospitalisation à domicile), bzw. bei älteren Mitmenschen durch eine flächendeckende "réhabilitation gériatrique". Zu diesem Zweck werden die Sozialisten die Frage der Kostenübernahme durch die Krankenversicherung definitiv klären. Überhaupt soll das Angebot, was die motorische-neurologische, die kardiologische und die geriatrische Rehabilitation angeht, den jeweiligen Bedürfnissen besser angepasst werden.

- 4) Die Psychiatrie wurde in den letzten Jahren menschenwürdiger gestaltet. In Bezug auf die Ettelbrücker "Heilanstalt" wurde ein grosszügiges Modernisierungsprogramm eingeleitet. Die Dezentralisierungsinitiativen ("psychiatrie extra-hospitalière"), welche kleine, flächendeckend verteilte, stationäre und ambulante Therapieangebote entstehen liessen, werden weiter vorangetrieben.
- 5) Die Sozialisten werden der Präventivmedizin oberste Priorität geben. Denn Vorbeugen ist besser als Heilen. Die Eigeninitiative und Eigenverantwortung des Bürgers für seine Ge-

sundheit werden gefördert. Neben grossangelegten Aufklärungs- und Informationskampagnen ist es allerdings unabdingbar, die Präventivmedizin verstärkt ziel- und gruppengerecht auszurichten.

In den Primär- und Sekundarschulen wird allen Schülern eine dem Alter angepasste Gesundheitserziehung angeboten, damit diese ihrer Gesundheit einen höheren Stellenwert zuordnen und rechtzeitig vor den Gefahren gesundheitsschädlicher (Konsum-)Mittel gewarnt werden. Hierbei wird ebenfalls vorgesehen, den Kindern und Jugendlichen eine Einführung in Erste-Hilfe-Massnahmen anzubieten. Der Hausarzt hat im Bereich der Präventivmedizin eine Schlüsselrolle. Die Zusammenarbeit zwischen den Hausärzten und den involvierten Fachärzten, insbesondere den Arbeits- und Umweltmedizinerinnen, soll durch nationale Präventionsprogramme gefördert werden.

Parallel hierzu werden die Sozialisten der Erfassung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten vordringliche Aufmerksamkeit widmen und das Angebot an Früherkennungsdiensten und kostenlosen Schutzimpfungen ausdehnen. Eine effiziente Präventivmedizin setzt zuverlässige und repräsentative epidemiologische Daten voraus. In diesem Sinne setzen die Sozialisten sich für eine Anpassung der bestehenden Strukturen im Gesundheitsministerium ein. Eine gezielte Unfallverhütung stellt ebenfalls eine absolute Wichtigkeit dar. Bestehende nationale medizinische Dienste wie "médecosapeur" oder "médecosportif" werden deshalb ausgebaut.

- 6) Die Sozialisten wollen die Aids-Bekämpfung fortsetzen. Aufklärung hat schon in der Schule zu erfolgen, damit Vorurteile gegenüber Aids-Kranken abgebaut werden. Um AIDS keine Chance zu geben, werden in Schulen und bei öffentlichen Kampagnen neben anderem Informationsmaterial auch Kondome gratis verteilt.
- 7) Zur Sexualerziehung gehört die Einführung in moderne Verhütungsmethoden. Die Sozialisten werden die Aufklärungsarbeit des "Planning Familial" weiterhin finanziell unterstützen. Sie verteidigen das Recht der Frauen auf selbstbestimmte Schwangerschaften und Wunschkinder und treten für eine Fristenlösung in Sachen Schwangerschaftsabbruch ein. Neue pharmazeutische Mittel auf diesem Gebiet werden auch in Luxemburg zugelassen. Ausserdem werden die Sozialisten dafür sorgen, dass die freiwillige Sterilisation von Mann und/oder Frau nicht mehr unter Strafe gestellt werden kann. Somit wird das Strafrecht einer längst stattgefundenen gesellschaftlichen Entwicklung angepasst werden.
- 8) Mit den Sozialisten bekommt das nationale Gesundheitslaboratorium einen neuen Stellenwert. Es soll der Garant sein für zuverlässige Dienstleistungen in denjenigen Bereichen, die hochspezialisierte Untersuchungsverfahren erfordern: bei Infektionskrankheiten und Krebserkrankungen, bei angeborenen Schädigungen aber auch auf dem Gebiet der Gerichtsmedizin. Um das nationale Laboratorium zu entlasten, werden gängige Analysen unter seiner Kontrolle von staatlich anerkannten privaten Laboratorien ausgeführt. Das Staatslaboratorium wird zu einem "établissement public".
- 9) Die Gentechnologie hat im medizinischen Bereich, insbesondere bei der Krebsbekämpfung und der Entwicklung von neuen Impfstoffen, wesentliche Fortschritte erreicht. Die Anwendung gentechnischer Verfahren am Menschen bedarf allerdings einer strengen Analyse der ethischen und rechtlichen Folgen. Eine unabhängige Ethik- und Rechtskommission soll diesbezüglich Kontrollzuständigkeit erhalten. Die Sozialisten werden nicht zulassen, dass gentechnische Vorbehalte, besonders im Bereich der Kranken- und Lebensversicherungen, zu Diskriminierungen führen.
- 10) Frauen und Männer, die aus Krankheitsgründen steril sind, sollen ihren Kinderwunsch verwirklichen können. Die Sozialisten werden deshalb die nötigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die künstliche Befruchtung auch in Luxemburg ermöglicht wird.

## **6. Die Selbstbestimmung des Menschen, auch am Lebensende**

- 1) Die Sozialisten sind der Auffassung, dass jeder Bürger ein Recht auf Selbstbestimmung hat. Deshalb dürfen unheilbar kranke Menschen nicht länger gegen ihren Willen unter menschenunwürdigen Bedingungen am Leben gehalten und unentwegt weiterbehandelt werden. Der Staat muss Sorge tragen, dass das Recht des Patienten, eine Behandlung zu verweigern, auch am Lebensende gewahrt bleibt.
- 2) Schmerzlindernde Massnahmen und palliative Betreuung werden gefördert. Palliativmedizin soll nicht nur in spezifischen klinischen Abteilungen angeboten werden, sondern flächendeckend sowohl im ambulanten als auch im allgemeinen stationären Bereich verfügbar sein. Zu diesem Zweck wird den praktizierenden Ärzten und dem Pflegepersonal eine umfassende palliativmedizinische Weiterbildung angeboten, die sowohl medizinische als auch psycho-soziale Aspekte begreift.

Die Sozialisten werden ausserdem die Möglichkeit prüfen, einen gesetzlich geregelten Urlaub einzuführen, der es Berufstätigen ermöglichen soll, sterbende Familienmitglieder in der Endphase ihres Lebens zu begleiten.

- 3) Im Falle einer unheilbaren Erkrankung im Endstadium begreift das Recht auf Selbstbestimmung die Freiheit, Sterbehilfe zu verlangen. Der Arzt, der dem Wunsch eines Patienten nach Sterbehilfe nachkommt, darf nicht strafrechtlich verfolgt werden. Die Straffreiheit kann nur unter klaren, gesetzlich festgelegten Bedingungen erfolgen. Unabdingbar ist die Tatsache, dass der Patient seinen Todeswunsch unmissverständlich geäussert hat. Die Sozialisten setzen sich für die Anerkennung einer diesbezüglichen schriftlichen Patientenverfügung ein.

## **7. Für eine humane Drogenpolitik**

- 1) Drogenkonsum gefährdet die Gesundheit, unabhängig davon, ob es sich um legale oder illegale Drogen handelt. Es ist daher Aufgabe des Staates, dem Drogenkonsum wirksam vorzubeugen. Im Herbst 1994 wurde ein Suchtpräventionszentrum geschaffen. Die Sozialisten werden dieses Präventionszentrum in seinem Bemühen unterstützen, auf nationaler Ebene eine systematische und effiziente Präventionsarbeit zu leisten.

Die Sozialisten sehen es als ihre vordringliche Aufgabe an, insbesondere die Kinder und Jugendlichen vor Drogenmissbrauch jeglicher Art zu schützen. Die bestehende Gesetzgebung über den Verkauf von Alkohol an Jugendliche muss konsequenter angewandt werden. Desweiteren werden private und kommunale Initiativen im Bereich der Suchtprävention von den Sozialisten stärker unterstützt. Sozialarbeiter sollen gezielt in Schulen, Jugendhäusern und auf Parties helfend zur Seite stehen, um auf die Auswirkungen aller Drogen und insbesondere der neuen synthetischen Drogen wie Ecstasy aufmerksam zu machen.

- 2) Auch legale Drogen wie Alkohol, Tabak und manche Medikamente können abhängig machen und zu gesundheitlichen Schäden führen. Die Sozialisten werden die bestehenden Programme und Strukturen für Abhängige legaler Drogen ausbauen und verbessern.
- 3) Für Cannabis und seine Derivate müssen die gleichen Bestimmungen im Rahmen des Jugendschutzgesetzes gelten wie für Tabak und Alkohol. Die Sozialisten wollen den Konsum von Cannabis nicht mehr unter Strafe stellen. Um zu verhindern, dass die Konsumenten diese weiche Droge in Kontakt mit der kriminellen Szene kommen, wird der Verkauf nur über staatlich autorisierte und kontrollierte Strukturen zugelassen.
- 4) Drogenabhängige sind Kranke, die Hilfe benötigen. Die Sozialisten werden bei Schwerstdrogenabhängigen die Programme zur medizinischen Versorgung mit Ersatzdrogen weiterentwickeln und auf eine rechtliche Basis stellen. Die Erfahrungen im In- und

Ausland haben gezeigt, dass Methadon als Ersatzdroge dazu dienen kann, Süchtige von ihrer Heroinsucht zu befreien, indem es ihnen ermöglicht, aus dem Teufelskreis zwischen Beschaffungskriminalität, körperlichem Verfall und Drogenkonsum auszubrechen und sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Medizinisch kontrollierte Heroinausgabe soll in Einzelfällen ermöglicht werden. Bei heroinsüchtigen Langzeitpatienten stellt dies oftmals die einzige Möglichkeit zur Resozialisierung dar. Ohne soziale Wiedereingliederung in unsere Gesellschaft werden wie bisher die meisten Therapieversuche scheitern.

- 5) Langzeittherapien müssen überdacht werden. Deshalb müssen die bestehenden Hilfsinfrastrukturen -Therapiezentren, Beratungsstellen und ambulante Hilfsdienste- besonders in den sensiblen Stadtvierteln weiter überarbeitet und ausgebaut werden. Anlaufstellen, in denen Heroinsüchtige sich unter medizinischer Kontrolle und unter hygienisch einwandfreien Bedingungen (sterile Spritzen, usw.) ihre Droge verabreichen können, werden auf Pilotebene eingeführt. Sie ermöglichen es den Sozialarbeitern, mit den heroinsüchtigen Menschen in Kontakt zu treten, sie zu beraten und zu einer Therapie zu bewegen um sie wieder in die Gesellschaft einzugliedern.
- 6) Die Sozialisten werden die repressiven Massnahmen im Kampf gegen das organisierte Verbrechen verstärken und entschlossen gegen die Herstellung, den Vertrieb und den Verkauf von illegalen Drogen vorgehen. Zu diesem Zweck wird die Kronzeugenregelung für Drogendealer eingeführt und die Zusammenarbeit mit den anderen Staaten -insbesondere innerhalb der europäischen Union- verstärkt. Der Ausbau der Luxemburger Zelle der europäischen Drogenbeobachtungsstelle wird den nationalen Gesundheits-, Justiz- und Sicherheitsbehörden ein effizienteres Vorgehen in den Bereichen Prävention und Repression ermöglichen.

# II. Für ein modernes und demokratisches Staatsverständnis

## 1. Für eine lebendige Bürgerdemokratie

- 1) Die Verfassung ist die rechtliche Grundordnung unseres Gemeinwesens. Die Sozialisten haben in den vergangenen Jahren auf eine zeitgerechte, zukunftsorientierte Modernisierung der Verfassung gepocht. Verfassungs- und Verwaltungsgerichte wurden geschaffen, der Staatsrat und der Rechnungshof demokratischer gestaltet. Die individuellen Grundrechte sowie die sozialen und wirtschaftlichen Staatszielbestimmungen wurden durch eine Reihe von neuen Rechten ergänzt. Die Sozialisten haben sich für eine verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf eine ökologisch nachhaltige Entwicklung, des Gleichstellungsprinzips der Frauen oder auch des Nichtdiskriminierungsgebots behinderter Mitmenschen eingesetzt. Die Modernisierung unseres Grundrechtskatalogs muss in der nächsten Legislaturperiode weiter vorangetrieben werden.

Bei der Annahme von internationalen Verträgen und Abkommen muss die Verfassung desöfteren an die diesbezüglichen Bestimmungen angepasst werden. Die Sozialisten wollen für diese Fälle die Prozedur zur Abänderung der Verfassung vereinfachen.

- 2) Die Sozialisten wollen keinen autoritären Staat, sondern eine moderne Bürgergesellschaft, in der anfallende Probleme durch einen offenen Dialog und öffentliche Konsenssuche gelöst werden. Lebendige Demokratie lebt von der Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zur aktiven Mitverantwortung und Mitwirkung.

Die Sozialisten unterstützen das gesellschaftliche Engagement. Die Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger in Ehrenamt und Freiwilligendiensten stärkt den Gemeinsinn und die Solidarität in der Gesellschaft. Ohne den Einsatz von Tausenden unentgeltlich tätigen Menschen in Vereinen und Verbänden wie Zivilschutz, Feuerwehr, Jugend-, Sport-, Kultur-, Sozial- und Umweltorganisationen, wäre ein harmonisches Zusammenleben nicht denkbar.

Wo Bürger gesellschaftliche Aufgaben in Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement lösen, soll der Staat sich nicht an ihre Stelle setzen, sondern sie unterstützen. Die Sozialisten wollen deshalb die Rahmenbedingungen des Ehrenamtes überprüfen und durch den Ausbau der Aus- und Weiterbildung sowie die Einführung eines Sonderurlaubes für ehrenamtliches Engagement verbessern. Eine nationale Agentur zur Förderung der ehrenamtlichen Tätigkeit wird den Vereinen und Verbänden praktische Unterstützung und Beratung zukommen lassen.

- 3) Parlamentarische Demokratie kann nur gelingen mit demokratisch gesinnten, für die Demokratie eintretenden Menschen. So werden die Sozialisten dafür sorgen, dass dem Staatsbürgerunterricht ein höherer Stellenwert eingeräumt wird. Staatsbürgerkunde und Demokratieunterricht müssen zum festen Bestandteil der Lehrpläne aller Schulstufen werden.
- 4) Die Sozialisten wollen eine bürgernahe Volksvertretung. Als Vertreter des Volkes haben die Parlamentarier die Regierung zu kontrollieren und Gesetze zu verabschieden. Die

Abgeordnetenkommission muss mit dem nötigen Personal und den adäquaten Mitteln ausgestattet werden.

Ein bürgernahe Staat ist auch ein Staat, in dem die Kompetenzverteilung klarer ist, die Rechtsnormen verständlicher, die Entscheidungen nachvollziehbarer und die Massnahmen besser begründet sind. Der Zugang zu den Dokumenten der staatlichen Verwaltungen ist ein wesentliches Mittel, um die Transparenz zu verbessern und einen offenen Dialog zu fördern.

Im Zeitalter der Kommunikation müssen Staat und Gemeinden die neuen Informationsmittel mehr und besser nutzen, um die Transparenz und die Bürgerbeteiligung zu erhöhen. Ein bürgernahe Staat muss z.B. den Zugang zu allen offiziellen Dokumenten über den Weg der neuen Informationsmittel ermöglichen.

Das Parlament ist naturgemäss der Öffentlichkeit zugänglich. Offensive Informationspolitik muss deshalb auch und gerade von der Abgeordnetenkommission betrieben werden. Denn mit einem Informationszugangsrecht allein ist es noch nicht getan. Dem Bürger sollen nicht nur alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, er muss darüber hinaus durch aktive Massnahmen seitens seiner Vertreter auf die Existenz zugänglicher Informationen aufmerksam gemacht werden. Die Sozialisten werden deshalb einen parlamentarischen Bürgerbeauftragten mit klar umrissenem Aufgabenbereich einsetzen, welcher bei strittigen Fragen zwischen dem Bürger und der Verwaltung vermitteln kann. Das Recht, sich an einen Bürgerbeauftragten zu wenden, verschafft dem Bürger mehr Möglichkeiten, sich an einer einzigen Stelle über all seine Rechte und Pflichten aufklären und beraten zu lassen, auf unangemessene Massnahmen von Verwaltungsstellen zu reagieren und sich Zugang zu seinen Verwaltungsakten zu verschaffen.

- 5) Direkte Bürgerbeteiligung gehört zu einer lebendigen Demokratie. Die Sozialisten werden durch Gesetz die Organisation von Volksbefragungen und Volksinitiativen regeln.
- 6) Das Recht auf Privatheit und Datenschutz ist zu bekräftigen. Effektiver Datenschutz im öffentlichen wie im privaten Bereich gehört zu den unverzichtbaren Voraussetzungen für eine demokratische Gesellschaft. Die Sozialisten werden deshalb ein Datenschutzgesetz verabschieden, welches insbesondere Probleme löst, die sich aus dem Gebrauch der neuen Technologien zur Speicherung und Übertragung von Informationen ergeben. Zu einem modernen Datenschutz gehört auch, dass nicht-vertrauliche Daten zwischen einzelnen Staatsverwaltungen ausgetauscht werden können, um eine effizientere Arbeit zu leisten.

## **2. Für effiziente öffentliche Dienste**

- 1) Die Sozialisten wollen einen besseren Staat. Ein gut funktionierender Staat benötigt starke öffentliche Dienste (services publics). Als Instrumente sozialer Gleichheit, langfristiger vorausschauender Planung sowie der marktwirtschaftlichen Steuerung sind die öffentlichen Dienste der Garant für eine positive wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Die Sozialisten werden eine Bestandsaufnahme aller öffentlichen Dienstleistungen und Leistungserbringer durchführen, um festzulegen, welche Leistungen nicht oder nur mangelhaft erbracht werden. Die so gewonnenen Erkenntnisse werden in ein Rahmengesetz über die öffentlichen Dienste einfließen, welches den Begriff der öffentlichen Dienste klar definiert und das Recht der Bürger auf gleichberechtigten und in allen Ortschaften sichergestellten Zugang zu öffentlichen Versorgungs- und Dienstleistungen, z.B. in den Bereichen Gesundheit, Erziehung, Kommunikation, Transport, Wasser oder auch Energie festschreibt. Die Bereitstellung dieser Dienste muss von der öffentlichen Hand garantiert, d.h. erbracht oder kontrolliert werden.

- 2) Die Sozialisten wollen den bürgerfreundlichen und bürgernahen Staat. Der Bürger darf sich nicht als eine Art Bittsteller gegenüber den Verwaltungen fühlen. Im Mittelpunkt der Reform- und Modernisierungsbestrebungen muss deshalb der Dienst am Bürger stehen. Deshalb werden die Sozialisten:
- ◆ dezentrale Beratungsstellen für den Bürger schaffen, welche alle Anträge an die Verwaltung entgegennehmen und den Umgang mit teils komplizierten Verwaltungsprozeduren erleichtern;
  - ◆ bei allen grossen Verwaltungen ein Bürgertelefon zum Nulltarif einrichten, wo alle relevanten Informationen zu erhalten sind;
  - ◆ kundenfreundlichere, d.h. längere und durchgängige Öffnungszeiten der Verwaltungen verwirklichen;
  - ◆ Genehmigungs- und Bearbeitungszeiten verkürzen;
  - ◆ die Auszahlung der vom Staat geschuldeten Prämien, Unterstützungen und Rechnungen beschleunigen und spätestens nach drei Monaten verzinsen;
  - ◆ die Prozeduren beschleunigen indem sie Fristen einsetzen, nach deren Ablauf ein Antrag als genehmigt gilt.
- 3) Die Sozialisten wollen den effizienten Staat. Der öffentliche Dienst soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in der Gesellschaft aktiv begleiten. Die Sozialisten wollen das kreative Potential im öffentlichen Dienst zu einer Anpassung des Staatsapparates in seinen Strukturen und Funktionsweisen an die Anforderungen unserer Zeit nutzen. Das Klischee von "Privat ist effizient - öffentlich ist lahm und verkrustet" wird von uns nicht akzeptiert. Profitorientierte Privatunternehmen sind wählerisch in ihren Angeboten. Vieles, was den Menschen hilft, gerät dabei unter die Räder.

Das neoliberale Argument, nur die Privatisierung öffentlicher Leistungserbringer würde zu mehr Konkurrenz und damit zu niedrigeren Preisen führen, wurde in der Praxis vielfach widerlegt. Viele Beispiele im Ausland zeigen, dass besonders die Basisversorgung des Bürgers in Gefahr gerät, wenn nur Profitdenken vorherrscht. Die Sozialisten werden deshalb gerade im Interesse schwacher Mitbürger den öffentlichen Dienst verteidigen und wollen öffentlich-rechtliche Unternehmen wie die P&T oder die CFL in ihren einheitlichen Strukturen erhalten. Sie haben in den letzten Jahren gezeigt, dass auch Staatsunternehmen effizienter und kundenfreundlicher handeln können. Diese Modernisierung muss fortgesetzt werden. Eine Trennung oder Teilprivatisierung von Post und Telekom oder eine Aufsplitterung der CFL in Sachen Personen- und Gütertransport ist in Luxemburg nicht sinnvoll. Doch müssen auch öffentlich-rechtliche Unternehmen Allianzen eingehen oder sich an artverwandten Gesellschaften beteiligen können.

Da der Staat grundlegend verschiedene Zielvorgaben als die Privatwirtschaft hat, muss er über eine spezifische Betriebs- und Personalführung verfügen. Der Staat muss allerdings den Ansprüchen, die er an andere stellt, selbst genügen. Er muss zeigen, dass er ressortübergreifend und effizient im Dienste des Bürgers handeln kann. Die Sozialisten werden die Verwaltungen und die öffentlichen Unternehmen in die Lage versetzen, bei Planungs- und Genehmigungsverfahren schnell arbeiten zu können, um private und öffentliche Investitionen zu beschleunigen, ohne dabei Umweltschutz, Sicherheitsstandards, staatliche Finanzkontrolle und Bürgerbeteiligung zu vernachlässigen.

Um eine Beschleunigung der Bearbeitungszeiten zu erreichen, werden die Sozialisten dafür sorgen, dass Aufgaben und Verantwortung möglichst dezentral und in kleineren Einheiten erledigt werden. Die Ministerien müssen sich auf ihre eigentlichen Aufgaben - Führungs- und Programmfunktionen - konzentrieren. Zu diesem Zweck wird die Zahl der Ministerialabteilungen (départements) reduziert. Die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien darf kein Fremdwort bleiben. Verwaltungen und Behörden sollen zudem im

Rahmen eines eigenen Haushalts ihre Betriebskosten selbst verwalten und verantworten. Nur so kann eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse sowie die nötige Effizienz, Transparenz und Vereinfachung der staatlichen Prozeduren herbeigeführt werden.

- 4) Die Sozialisten wollen motivierte Bedienstete im Staat und in den Gemeinden. Der Aufbau einer lebenswerten Gesellschaft, in der für jeden Bürger dasselbe Recht auf effiziente und qualitativ hochwertige Dienstleistungen verwirklicht wird, ist nur über genügend motivierte und gut ausgebildete Bedienstete zu gewährleisten. Das öffentlich-rechtliche Statut ist für die Sozialisten kein Relikt aus vordemokratischer Zeit, sondern ein ausgeglichenes System von Pflichten und Rechten. Es ist der Garant für neutrale und effiziente öffentliche Dienste. Die Sozialisten bekennen sich eindeutig zum öffentlichen Dienst und damit zum öffentlich-rechtlichen Statut. Notwendige Anpassungen an die Erfordernisse der Zeit werden im Dialog mit den Gewerkschaften des öffentlichen Sektors erfolgen.
- 5) Einem zufriedenen und motivierten Personal müssen die notwendigen Mittel für die professionelle Ausübung seiner Pflichten zur Verfügung gestellt werden. Deshalb werden die Sozialisten:
  - ♦ die Aus- und Fortbildung der öffentlich Bediensteten verbessern und das Recht auf Bildungsurlaub einführen;
  - ♦ den öffentlich Bediensteten modernste Arbeitsmittel zur Verfügung stellen, insbesondere im Datenverarbeitungs- und Kommunikationsbereich;
  - ♦ durch eine Neudefinierung des Hierarchieprinzips und erweiterte Mitbestimmungs- und Mitgestaltungsmöglichkeiten Eigenverantwortung und Motivation stärker fördern.

### **3. Für starke und bürgernahe Gemeinden**

- 1) Die Sozialisten wollen, dass die Gemeinden ihr Angebot an öffentlichen Dienstleistungen verstärkt auf die Bedürfnisse ihrer Bürger ausrichten. Die Schaffung eines "Guichet unique" in grösseren Gemeinden erspart dem Bürger zeitraubendes Hin- und Herlaufen zwischen den einzelnen Ämtern. Eine Empfangs- und Informationsstelle mit entsprechend geschultem Personal soll dem Bürger wirksam zur Seite stehen. Auch sollen die Öffnungszeiten der kommunalen Dienststellen im Hinblick auf ihre Kundenfreundlichkeit überprüft werden. Bei wichtigen Projekten muss die Information und Konsultation der Bevölkerung verstärkt werden.
- 2) Demokratie fängt auf lokaler Ebene an. Deshalb soll der Bürgermeister in Zukunft nicht mehr von der Regierung, sondern von den demokratisch gewählten Gemeinderäten bestimmt werden.
- 3) Die Sozialisten werden die Kooperation der Gemeinden auf regionaler Ebene fördern und sich für kommunale Naturschutzsyndikate stark machen. Sie schätzen ebenfalls die wichtige Rolle der Gemeinden im Unterrichtswesen und im sozio-educativen Bereich. Sie werden gemeindeeigene Pilotprojekte unterstützen und paraschulische Aktivitäten im Interesse der Kinder fördern.
- 4) Die Sozialisten wollen eine faire, öffentliche Diskussion über die Aufgabenteilung zwischen Staat und Gemeinden führen. Es drängt sich eine Neudefinierung der Arbeitsteilung zwischen Staat, Gemeinden und Syndikaten auf. Übergeordnetes Prinzip muss das Subsidiaritätsprinzip werden, d.h. dass derjenige die anfallenden Aufgaben übernimmt, der am besten dazu gerüstet ist. Zusätzliche Aufgaben sind ohne Zweifel auf Gemeindeebene zu gewährleisten, allerdings müssen die Gemeinden dann auch eigenmächtig über zusätzliche finanzielle Mittel verfügen können. Die Zuwendungen des

Staates an die Gemeinden dürfen nicht zweckgebunden sein und müssen auf einer stabilen Grundlage beruhen.

#### **4. Neue Polizei im Dienste der Bürger**

- 1) Die Sozialisten werden sich für eine effiziente Sicherheitspolitik einsetzen. Sicherheit geht uns alle an. Mit den Sozialisten wird es jedoch keine billige Politik mit der Unsicherheit, d.h. kein Spiel mit den Ängsten der Bürger geben. Sicherheit ist ein elementares Bürgerrecht. Aufgabe des Staates ist es, den Bürgern Schutz vor Verbrechen und Gewalt zu gewähren.
- 2) Vorbeugen ist besser als strafen. Strafrecht und Sicherheitskräfte vermögen nicht die gesellschaftlichen Ursachen von Verbrechen und Vergehen zu beseitigen. Die beste präventive Kriminalitätsbekämpfung ist nach wie vor eine weitreichende Sozialpolitik. Es gilt, entschlossen gegen die sozialen Ursachen der Kriminalität vorzugehen. Deshalb werden die Sozialisten unter anderem die Verantwortung der Familie in Erziehungsfragen stärken und die Jugendlichen durch eine stärkere Beteiligung zu aktiven Bürgern in der Gesellschaft werden lassen.
- 3) In Teilen der Bevölkerung besteht weiterhin ein Gefühl der Unsicherheit, obwohl der allgemeine Kriminalitätszuwachs deutlich gebremst werden konnte. Eine systematische Präsenz der Sicherheitskräfte sowie eine grössere Bürgernähe werden das Vertrauen in die Sicherheitsorgane festigen. Seit 1994 wurden in Gendarmerie und Polizei insgesamt mehr als 150 zusätzliche Posten geschaffen. Diese Anstrengungen im Bereich der Rekrutierung von motivierten und gut ausgebildeten Polizeikräften werden verstärkt fortgesetzt, um dem Bürger landesweit einen wirksamen Polizeidienst anbieten zu können.
- 4) Die von einem sozialistischen Minister durchgesetzte Reform der Polizeistrukturen schafft die wesentlichen Vorbedingungen für eine wirksame, vorbeugende und repressive Sicherheitspolitik vor Ort, in enger Abstimmung zwischen Ordnungskräften, Justizbehörden und den lokalen Autoritäten. Kommunale und regionale Präventions- und Konzertierungspläne schaffen die Voraussetzung hierfür. Eine höhere Schulbildung und eine verbesserte Spezialausbildung im polizeilichen Bereich werden zu einer Aufwertung der Arbeit der Polizeibeamten im Dienste der Gesellschaft führen. Durch den Abbau von rein administrativer Arbeit und eine systematische Informatisierung der Dienststellen wird die Polizeiarbeit erleichtert. Zoll und Polizei werden bei der Drogenfahndung zusammenarbeiten.
- 5) In der Innen- und Justizpolitik sind viele Probleme nicht mehr allein national lösbar. Die international organisierte Kriminalität muss energisch bekämpft werden, vornehmlich in enger Zusammenarbeit mit den ausländischen Behörden. Eine wirksame grenzüberschreitende Kooperation von Polizei und Justiz, vertraglich vereinbart, ist eine wesentliche Voraussetzung hierfür. Die Möglichkeiten, die sich aus dem Schengener Abkommen und der Schaffung von Europol ergeben, werden voll ausgeschöpft.

Im Amsterdamer Vertrag sind die Kompetenzen der EU erheblich ausgeweitet worden. Desweiteren sind die Sozialisten der Meinung, dass im Bereich des Strafrechtes die bestmögliche und effizienteste Zusammenarbeit von Justiz und Polizei im Rahmen der 3. Säule (Innen- und Justizpolitik) der EU rasch und engagiert unter Miteinbeziehung des Europäischen Gerichtshofes vorangetrieben werden soll, wobei der effiziente Schutz der Grundrechte aber einen unumstösslichen Rahmen darstellen muss.

- 6) Nicht nur auf die Verbrecher, sondern vor allem auf die Opfer von Verbrechen, deren Betreuung und Beratung, deren Schutz und Entschädigung muss sich unser Hauptaugenmerk richten. Die Hilfestellung für Opfer, ob moralisch oder materiell, gehört zu den vorrangigen Aufgaben eines demokratischen Staates.

## **5. Für eine bürgernahe und moderne Justiz**

- 1) Die Justiz spielt im modernen Rechtsstaat eine wichtige Rolle. Sie dient nicht nur zur verbindlichen Klärung von Streitfragen und damit zur rechtsfriedlichen Lösung von Konflikten, sondern auch dem Schutz des sozial Schwächeren.
- 2) Um zu gewährleisten, dass jeder einzelne Bürger, der Recht hat, auch Recht bekommt, setzen die Sozialisten sich für einen erleichterten Zugang zur Justiz ein. In dieser Hinsicht wird für eine verbesserte Information der Rechtsuchenden gesorgt. Dazu gehören z.B. Massnahmen wie die Erweiterung der Rechtsbelehrung durch eine allgemeine Verbreitung der Gesetzestexte in vereinfachter Form. Die kostenlose Rechtsberatung wird ausgebaut.
- 3) Die Sozialisten wollen den Bürgerinnen und Bürgern schnell und wirkungsvoll zu ihrem Recht verhelfen. Die oft überlange Dauer der Gerichtsverfahren belastet sowohl die Opfer als auch die mutmasslichen Täter. Die Sozialisten werden das Rechtswesen einfacher, transparenter und damit bürgerfreundlicher gestalten.

Die Sozialisten werden die gebührenpflichtige Verwarnung (avertissement taxé), welche sich bei Zuwiderhandlungen und Vergehen im Strassenverkehr bewährt hat, auf andere Zuwiderhandlungen und leichte Vergehen ausweiten. So werden die Strafgerichte von einfachen Fällen entlastet und können den schwierigen Fällen mehr Zeit widmen.

- 4) Das Verfahren zur einvernehmlichen Scheidung ("consentement mutuel") sieht derzeit noch Bestimmungen zum Alter der Ehepartner und zur Dauer der Ehe vor. Die Sozialisten befürworten deren Abschaffung.
- 5) Bei leichten strafrechtlichen Vergehen sollte eine schnelle und angemessene Bestrafung möglich sein, wie beispielsweise Arbeiten im Interesse der Allgemeinheit oder im Rahmen eines Opfer-Täterausgleichs, ohne grossen bürokratischen Aufwand, im Respekt der Rechtsstaatlichkeit. Der Grundgedanke besteht darin, dass sich mit Ersatzstrafen oftmals mehr erreichen lässt als mit kurzen Gefängnisaufenthalten. Die Sozialisten werden dafür sorgen, dass qualifizierte Mitarbeiter die Aufsicht dieser Arbeiten übernehmen.
- 6) Während der letzten Legislaturperiode wurden durch den in Auftrag gegebenen Neubau einer "cité judiciaire" die nötigen infrastrukturellen Voraussetzungen geschaffen, damit die Justiz ihrer Arbeit optimal nachgehen kann. Die Sozialisten werden der zügigen Verwirklichung dieses Bautenprojektes oberste Priorität einräumen.

Den vorgesehenen Neubau des Escher Friedensgerichtes wollen die Sozialisten während der kommenden Legislaturperiode fertigstellen.

## **6. Strafvollzug: sicher und human**

- 1) Prioritäres Ziel eines sinnvollen Strafvollzugs muss die Resozialisierung der inhaftierten Personen sein. Dies aus humanen Gründen, aber auch aus Gründen der öffentlichen Sicherheit. Die Sozialisten werden die psycho-sozialen Begleitmassnahmen verstärken und den inhaftierten Personen sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten um die notwendigen Bedingungen für ein straffreies Leben nach der Entlassung zu schaffen.
- 2) Das Recht auf Ausbildung ist ein Grundrecht. Inhaftierten Personen muss deshalb die Möglichkeit geboten werden, eine Schulausbildung oder Lehre abzuschliessen bzw. zu beginnen. Denn ohne aussichtsreiche Chance auf einen Arbeitsplatz ist eine straffreie Lebensplanung nach der Entlassung nur schwer möglich.
- 3) Minderjährige gehören nicht in ein Gefängnis und schon gar nicht in Einzelhaft. Die Sozialisten sorgen dafür, dass bei jugendlichen Straftätern dem Erziehungsgedanken grundsätzlich Vorrang vor strafenden und repressiven Reaktionen eingeräumt wird. Me-

diationszentren und offene, die Eltern miteinbeziehende Auffangstrukturen für minderjährige Straftäter stellen prinzipiell ein geeigneteres Mittel gegenüber freiheitsentziehenden Massnahmen dar. Freiheitsentzug soll nur in Ausnahmefällen und in jugendspezifischen Infrastrukturen angewandt werden.

- 4) Die Sozialisten werden Sonderprogramme für suchtkranke Strafgefangene in die Wege leiten und eine getrennte Abteilung in der Schrassiger Strafvollzugsanstalt schaffen. Auch muss eine adäquate professionelle Betreuung von psychisch Kranken gewährleistet werden.
- 5) Die beschlossenen Massnahmen in Bezug auf den Ausbau der Infrastrukturen und der Personalbesetzung der Strafvollzugsanstalt werden konsequent umgesetzt. Wichtigste Voraussetzung eines effizienten Strafvollzugs ist die Präsenz von qualifizierten Mitarbeitern auf allen Ebenen. Es gilt vor allem, den Beruf des Wärters aufzuwerten. Zu diesem Zweck werden Rekrutierung sowie Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten überdacht.

## **7. Mehr Sicherheit im Strassenverkehr**

- 1) Die Sozialisten wollen mehr Sicherheit im Strassenverkehr. Sozialistische Transport- und Bautenminister haben in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass durch eine Kombination von repressiven und präventiven Massnahmen die Zahl der Unfallopfer abgenommen hat. Die Verallgemeinerung des Tempo-50-Limits in Ortschaften sowie die Schaffung von Tempo-30- und von autofreien Zonen hat vielerorts zu einer Verbesserung der Sicherheit und der Lebensqualität geführt. Der Bau von Kreisverkehrsanlagen und von kalifornischen Mauern, der Einsatz von Spezialbelägen auf unseren Strassen sowie die Entschärfung vieler Unfallquellen (points noirs) hat trotz steter Zunahme des Strassenverkehrs mehr Sicherheit geschaffen. Die Anlage von Grünstreifen, d.h. vom Verkehr abgegrenzter Fussgänger- und Fahrradwege, wird fortgesetzt.
- 2) Mit dem Bau der Saar- und der Nordstrasse ist das Netz luxemburgischer Autobahnen und Schnellstrassen komplett. Punktuell sind noch Engpässe zu beheben, vordringlich auf der Autobahn Arlon-Luxemburg-Thionville. Die Einrichtung von intelligenten Leitsystemen für den Individualverkehr, wie das CITA-Projekt, wird die Sicherheit auf den Autobahnen zusätzlich erhöhen.

Im Rahmen der Landesplanung stehen zwei Dutzend Projekte an lokalen Umgehungsstrassen zur Diskussion. Die Sozialisten wollen diejenigen realisieren, die ökologisch wie ökonomisch sinnvoll sind.

- 3) Dank der bevorstehenden Fusion von Polizei und Gendarmerie wird eine bessere Arbeitsteilung der Polizeikräfte möglich. Eine spezialisierte Autobahnpolizei wird in Zukunft für eine permanente Überwachung des Verkehrs auf unseren Autobahnen sorgen. Besonders der gewerbliche Güterverkehr muss strenger überwacht werden. Die Polizei soll durch stärkere Präsenz auf den Strassen präventiv wirken.
- 4) Die Sozialisten werden den Punkte-Führerschein einführen um Raserei und Trunkenheit am Steuer, die häufigsten Unfallursachen, stärker und nachhaltiger zu ahnden. Wer freiwillig einen spezifischen Tageskursus bei dem Fahrerausbildungszentrum in Colmar-Berg absolviert, kann einmalig seinen Punktestand aufbessern. Desweiteren werden wir die obligatorische Absolvierung eines Erste-Hilfe-Kursus für Führerscheinanwärter einführen.

## **8. Für ein effizientes und modernes Rettungswesen**

- 1) Die Sozialisten messen der Feuerwehr- und Rettungsarbeit eine grosse Bedeutung zu. Sie werden sich deshalb für ein modernes und effizientes Rettungswesen einsetzen. Im Sinne einer besseren Präventivarbeit wird ein Brandschutzgesetz eingeführt.
- 2) Im Bereich der Vorbeugung können die Gemeinden und die lokalen Feuerwehren eine führende Rolle übernehmen. Deshalb werden die Sozialisten die Gemeinden bei der Einstellung hauptamtlicher Sicherheitsberater unterstützen.
- 3) Die Ausbildung und das Engagement der grösstenteils freiwilligen Helfer sind von absoluter Wichtigkeit für unser Land. Damit Feuerwehr und Zivilschutz die immer schwieriger werdenden Aufgaben erfüllen können, werden die Ausbildungsmöglichkeiten für alle freiwilligen Helfer verbessert und ausgebaut. Ebenfalls vorstellbar ist die Einführung eines Sonderurlaubs für Führungskräfte.



D.  
Luxemburg  
in Europa  
und  
in der Welt



## **1. Luxemburg soll die EU offensiv und positiv mitgestalten**

- 1) Dank der europäischen Integration ist Luxemburg Mitglied einer wachsenden Rechtsgemeinschaft, in welcher der Dialog und die gemeinsame Entscheidung die frühere gewaltsame Auseinandersetzung der Nationen ersetzt. Damit hat unser Land seine Eigenständigkeit abgesichert. Bevölkerungsmässig stellt Luxemburg etwa ein Tausendstel der 370 Millionen Einwohner der 15 Mitgliedstaaten der EU. Trotzdem spricht es in allen europäischen Entscheidungen ein gewichtiges Wort mit, hat es in allen Institutionen Sitz und Stimme und kann es seinen Einfluss geltend machen.

Luxemburg hat mit der europäischen Integration also nicht an Souveränität verloren, sondern gewonnen. Die Sozialisten werden verhindern, dass bei zukünftigen institutionellen Reformen die Möglichkeiten der Mitbestimmung kleiner Länder beschnitten werden. Die EU muss eine Union gleichberechtigter Partner bleiben.

- 2) Europapolitik ist zunehmend Innenpolitik, da immer mehr Entscheidungen über alle Lebensbereiche von den Organen der Europäischen Union vorbereitet und getroffen werden. Die Sozialisten werden weiterhin in allen europäischen Entscheidungsprozessen nachdrücklich die wohlverstandenen luxemburgischen Interessen vertreten. Auch in Luxemburg müssen Abgeordnetenkammer und Berufskammern ihre Arbeit so organisieren, dass sie europäische Richtlinien und Verordnungen vor ihrer Verabschiedung durch den europäischen Ministerrat und das Europaparlament behandeln können.
- 3) Die Sozialisten wollen, dass Luxemburg sich offensiv mit der europäischen Integration auseinandersetzt. Unsere Wirtschaft benötigt den grossen europäischen Markt um sich zu entwickeln und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Unser Land braucht Freizügigkeit auf allen Ebenen, jene der Arbeitnehmer wie der Bürger insgesamt, der Waren, des Kapitals wie des Wissens und der Forschung. Wir ziehen den grössten Nutzen aus der Offenheit der Grenzen und dem Austausch der Menschen wie der Kulturen.

Diese positive Grundeinstellung verhindert weder die notwendige kritische Auseinandersetzung mit der Politik der EU noch das konsequente Eintreten für nationale Interessen.

- 4) Die EU muss als Grundlage die soziale und ökologische Marktwirtschaft haben. Die Sozialisten wollen keine "amerikanischen Verhältnisse" in Europa. Sie wollen das europäische Sozialmodell, das in Jahrzehnten heftiger Arbeitskämpfe aufgebaut wurde, sichern und ausbauen. Luxemburg kann dies nicht allein bewerkstelligen, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sozialdemokraten der anderen Länder.

Daher setzen die Sozialisten sich für das Zusammenwachsen einer starken sozialistischen Kraft auf europäischer Ebene ein, die das Sozialmodell gegen den neoliberalen Abbau verteidigt, ein nachhaltiges Wachstum und eine europaweite Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine ökologisch sinnvolle Energie- und Verkehrspolitik, einen effizienten öffentlichen Dienst, starken Verbraucherschutz und die Bewahrung der kulturellen Eigenart der Länder Europas durchsetzen kann.

## **2. Ein starker Euro im Dienste der Beschäftigung und des Konsumenten**

- 1) Die Sozialisten haben sich für die gemeinsame Währung eingesetzt. Nur mit dem Euro wird der europäische Binnenmarkt zu einem echten gemeinsamen Markt, in dem Transparenz der Preise für Waren und Dienstleistungen herrscht. Gleichzeitig verstärkt diese Transparenz den Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssektoren und wird in manchen Bereichen schwierige strukturelle Anpassungen herbeiführen, die mit Hilfe europäischer und nationaler Strukturpolitik sozialverträglich zu lösen sind. Die Sozialisten werden dar-

auf drängen, dass ein gegenläufiger Prozess hin zu mehr Beschäftigung energisch gefördert wird.

- 2) Die Europäische Zentralbank (EZB) wird in vertraglich festgelegter Unabhängigkeit für eine europaweite Preisstabilität sorgen. Unabhängigkeit der EZB heisst jedoch nicht, dass diese der Öffentlichkeit keine Rechenschaft schuldet. Die EZB muss ihre Währungspolitik vor dem Europaparlament verteidigen, die nationalen Zentralbanken müssen den nationalen Parlamenten die europäische Währungspolitik darlegen.
- 3) Stabilitätspolitik ist kein Selbstzweck. Die Förderung menschenwürdiger Beschäftigung muss oberstes Ziel bleiben. Der Abbau von Staatsschulden sowie eine verantwortungsvolle Finanz- und Haushaltspolitik in allen EU-Ländern soll neue budgetpolitische Freiräume schaffen, um in ganz Europa zu einer arbeitsplatzorientierten Wirtschafts- und Investitionspolitik zu gelangen. Gleichzeitig muss durch eine europäische Abstimmung der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken eine europäische Wachstumspolitik im Interesse der Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen durchgesetzt werden.
- 4) Das Erreichen der auf dem Beschäftigungsgipfel in Luxemburg festgelegten Zielsetzungen hängt vor allem von den wirtschaftspolitischen Massnahmen ab, welche die einzelnen Mitgliedstaaten zur Förderung ihrer Strukturen einsetzen können. Zur Bekämpfung regionaler Ungleichgewichte und sozialer Ausgrenzungen muss jedes Land genügend Spielraum behalten. Die Sozialisten wollen durchsetzen, dass nationale Fördermassnahmen, die im europäischen Binnenmarkt nicht konkurrenzverzerrend wirken, im alleinigen Ermessen der Mitgliedstaaten bleiben.

### **3. Europa bringt neue Impulse**

- 1) Die EU hat durch den Abbau der Binnengrenzen und zahlreiche andere Initiativen die wirtschaftliche Entwicklung und die gesellschaftliche Modernisierung in Europa entscheidend gefördert. Sie ersetzt jedoch weder den nationalen Staat in seinen wesentlichen Aufgaben noch macht sie bilaterale oder regionale Zusammenarbeit (z.B. Grossregion Saarlortlux) überflüssig.
- 2) Mit zunehmender Integration wird es allerdings notwendig sein, in weiteren Bereichen europäische Regelungen anzustreben. Dazu gehören Normen im Umweltbereich, im Arbeits- und Sozialrecht, ebenso wie in Gebieten wie z.B. allgemeiner Gesundheitsschutz, Biotechnologien und Sicherheit des Bürgers. Diese Normen dürfen keine Mindeststandards festlegen, sondern vielmehr mittlere Werte für alle, die zu einem echten sozialen und ökologischen Fortschritt überall in Europa führen.
- 3) Es ist für die Modernisierung unseres Landes von Bedeutung, an den Forschungsprogrammen der EU ebenso wie an den fortschrittlichen Initiativen und Projekten der EU im sozialen, kulturellen und ökologischen Bereich intensiver als bisher teilzunehmen.
- 4) Die Sozialisten sind gegen jedwede übertriebene Reglementierung und Bevormundung der Bürger, in Luxemburg und in Europa. Sie bekennen sich zum Subsidiaritätsprinzip, das besagt, dass gemeinsame Regeln in ihrer Endfassung den Erwartungen des Bürgers möglichst gerecht werden müssen, ohne die Gemeinsamkeit im breiteren Rahmen unmöglich zu machen. Entscheidungen auf EU-Ebene sollten die Rahmenbedingungen festlegen, die die wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischen Gemeinsamkeiten fördern. Innerhalb dieses Rahmens ist es dann Aufgabe der nationalen Parlamente, resp. der regionalen und lokalen Autoritäten, die Prozeduren, Strukturen und Formen festzulegen, die den Ansprüchen der Bürger ihres Entscheidungsbereiches am nächsten sind.

#### **4. Für einen fairen Steuerwettbewerb**

- 1) Die Sozialisten können nicht hinnehmen, dass die Arbeit steuerlich immer stärker belastet wird, das mobile Kapital dagegen immer weniger. Deshalb sind sie bereit, in der Europäischen Union, in der OECD und im IMF nach Mitteln und Wegen zu suchen, um die internationalen Finanzflüsse von spekulativen Krisen zu befreien.
- 2) Die Sozialisten treten für ein EU-Steuerrecht ein, das den EU-internen wirtschaftlichen Wettbewerb unterstützt, aber nicht unter Vorwand sogenannter nationaler Interessen verzerrt. Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität müssen EU- und weltweit bekämpft werden. Alle unfairen Praktiken bei der Kapital- und Unternehmensbesteuerung sollten europaweit abgeschafft werden, respektive müssen auch in diesem Bereich Mindeststeuersätze eingeführt werden. Einseitige Vorleistungen Luxemburgs auf dem Gebiet der Steuerharmonisierung wird es jedoch mit den Sozialisten nicht geben.

Als Grundlage für EU-weite Steuerregelungen soll das unter Luxemburger Ratsvorsitz am 1.12.1997 ausgehandelte Steuerpaket gelten. Dazu gehört eine Richtlinie für die Betriebssteuer sowie eine Quellensteuer für Kapitalerträge in Form einer Abgeltungssteuer. Eine solche gemeinsame Mindestnorm muss flächendeckend in allen EU-Territorien zur Anwendung kommen, auch in denjenigen, die EU-Ländern angegliedert sind oder in denen EU-Länder steuerliche Verantwortung oder Prärogativen haben.

Desweiteren werden die Sozialisten Sorge tragen, dass eine mögliche Harmonisierung der Kapitalertragsbesteuerung für nichtansässige EU-Bürger einen Besteuerungssatz vorsieht, der keine massive Kapitalflucht aus dem Euroraum nach sich zieht, sowie dass mit anderen OECD-Ländern Vereinbarungen getroffen werden, die für die Kapitalertragssteuer ähnliche Bestimmungen vorsehen.

- 3) Die Sozialisten sind überzeugt, dass eine politische europäische Union nicht nur eine Angleichung der einzelnen Besteuerungsbestimmungen braucht, sondern gleichzeitig den Ausbau der sozialen Dimension benötigt.

#### **5. Grundsätzliches Ja zur Erweiterung der Europäischen Union**

- 1) Die Sozialisten sind sich bewusst, dass die EU nur dann Frieden und Stabilität genießen kann, wenn in ihrem Umfeld derselbe Friede und dieselbe Stabilität herrschen. Die EU hat eine Verantwortung für jene Teile Europas, die nicht zu ihr gehören. Die Sozialisten sind daher grundsätzlich für eine Erweiterung der EU. Diese kann jedoch nur schrittweise gelingen.
- 2) Beitrittskandidaten müssen mit Hilfe der EU ihre Wirtschaft und ihre Sozialsysteme soweit entwickeln, dass sie sich in einem offenen Binnenmarkt behaupten können. In einem nächsten Schritt muss ein einheitliches Umwelt-, Arbeits- und Sozialrecht kommen. Ohne diese Vorleistung drohen der EU Sozialdumping und Arbeitsplatzabbau respektive Delocalisierung von Arbeitsplätzen in Billiglohnländer. Bei den eigentlichen Beitrittsverhandlungen pochen die Sozialisten daher auf eine strikte Beachtung demokratischer, sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Kriterien. Das Verhandlungsergebnis muss objektiv nachvollziehbar sein.

#### **6. Die Demokratisierung der EU-Institutionen vorantreiben**

- 1) Die EU-Institutionen sind aus der historischen Entwicklung der europäischen Integration gewachsen. Sie brauchen nicht von Grund auf verändert zu werden. Die Sozialisten verlangen allerdings, dass ein für jeden Bürger lesbarer und verständlicher Verfassungstext die Rechte und Pflichten der europäischen Bürger sowie den institutionellen Aufbau der

EU zusammenfasst. Das im Laufe der Zeit angehäuften disparate Regelwerk muss in Anwendung des Subsidiaritätsprinzips immer wieder durchforstet werden.

- 2) Die politischen EU-Institutionen müssen demokratischer, transparenter und effizienter gestaltet werden, besonders im Hinblick auf die Erweiterung. Manches ist bereits in dieser Hinsicht geschehen. Demokratischer wurden die Institutionen durch die einheitliche europäische Akte von 1986, den Maastricht-Vertrag von 1992 und den Amsterdam-Vertrag, die dem Europaparlament mehr budgetäre und gesetzgeberische Befugnisse, mehr Kontrollrechte und mehr Rechte bei der Investitur des Kommissionspräsidenten zusprachen. In diesen Verträgen wurden auch erste Schritte in Richtung wirtschaftliche und soziale Demokratie vorgesehen (Mitspracherecht in multinationalen Unternehmen, verstärkte Kontrolle für den Wirtschafts- und Sozialrat, Unterstützung der kollektivvertraglichen Verhandlungsrechte). Sie werden unter sozialistischem Einfluss weiterentwickelt werden. Die Nationalparlamente behalten jedoch ihre eigene Verantwortung. Sie müssen ihre jeweiligen Regierungen bei ihren europäischen Aufgaben viel genauer als bisher begleiten und kontrollieren.
- 3) Zur Eindämmung der Misswirtschaft mit öffentlichen Geldern muss die Kompetenz und Unabhängigkeit des europäischen Rechnungshofes in völliger Transparenz, ohne Begrenzung durch institutionelle oder nationale Grenzen, ausgedehnt werden.

## **7. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit fördern**

- 1) 1998 wurde der 50. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefeiert und zu einem Jahr der Menschenrechte erklärt. Menschenrechte und Grundfreiheiten sind universal und unteilbar und gelten in gleicher Weise für alle Kulturen und alle Stufen wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung. Die Wahrung und die Verbreitung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten gehören zu den wichtigsten Grundlagen eines stabilen politischen Weltsystems. Der Europarat muss deshalb für seine Mitgliedsstaaten ein einheitliches Minderheitenstatut ausarbeiten.
- 2) Die Sozialisten wollen Menschenrechte und Demokratie weltweit fördern. Kriegsverbrechen und Verstöße gegen die Menschenrechte gehören vor einen internationalen Gerichtshof. In dieser Hinsicht begrüßen die Sozialisten die Schaffung eines Internationalen Strafgerichtshofs.
- 3) Luxemburg muss die Menschenrechtsdimension innerhalb der EU stärken. Fortschritte sind im Vertrag von Amsterdam zu verzeichnen. Dieser sieht vor, dass im Fall von schwerwiegenden Verstößen gegen die Grundsätze der Demokratie und der Menschenrechte Sanktionen gegen Mitgliedstaaten verhängt werden können. Die Sozialisten fordern, dass weitere wirksame Mechanismen zur Ahndung schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen in die ausserpolitischen Abkommen der EU mit Drittländern einbezogen werden.
- 4) Die Entwicklung der Zivilgesellschaft ist ein grundlegender Faktor der Demokratisierung. Deshalb werden die Sozialisten weitere finanzielle Mittel für die Tätigkeiten von Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) im Bereich der Menschenrechte bereitstellen.
- 5) Um die Union besser sichtbar zu machen, müssen die grundsätzlichen menschlichen und sozialen Rechte des europäischen Bürgers in einem verbindlichen Katalog, ähnlich einem Verfassungstext, verankert werden, entsprechend den verschiedenen Vorarbeiten des Europarats.

## **8. Verantwortung für den Frieden**

- 1) Die Sozialisten waren und bleiben der Friedenspolitik verpflichtet und bekennen sich zur UNO als Instrument zwischenstaatlicher Konfliktregelung, deren Entscheidungen von allen Mitgliedstaaten zu respektieren sind. Auch ein kleines Land kann durch die Beteiligung an internationalen Missionen im Bereich der Friedenssicherung und der humanitären Hilfe seine Rolle als vollwertiges Mitglied der Weltstaatengemeinschaft bekräftigen. Die außen- und sicherheitspolitische Dimension der EU muss verstärkt werden. Luxemburg hat Interesse an einem den Frieden und die internationale Stabilität fördernden Europa, das seine Kräfte in diesem Bereich bündelt und in dem die grossen Mitgliedsländer zusammenarbeiten.
- 2) Durch die Mitgliedschaft in der NATO, der WEU und anderen internationalen Organisationen ist Luxemburg in kollektive Verteidigungsbündnisse eingebunden. Diese Sicherheitsgarantie beinhaltet auch die Verpflichtung, einen eigenen Beitrag in Sachen internationale Solidarität zu leisten. Dank der von einem sozialistischen Minister durchgesetzten Reform der Armeeorganisation wurden die Voraussetzungen geschaffen, damit unsere Armee diesen neuen Anforderungen gerecht wird. Im Rahmen eines gesetzlich verankerten Investitionsplans werden Ausrüstung und Material der Armee vervollständigt und modernisiert.

Diese kollektiven Verteidigungsbündnisse können ausserhalb ihres Territoriums jedoch nur im Auftrag des Weltsicherheitsrates der UNO handeln. Mitglieder dürfen nur solche Staaten sein, welche Menschen- und Minderheitenrechte auf ihrem Gebiet respektieren.

- 3) Das Konzept der Berufsarmee muss weiterentwickelt und die Ausbildung der Armeeangehörigen verbessert werden. Über eine Reform der schulischen Ausbildung der Armeefreiwilligen und ein effektives Vorrecht bei Einstellungen im öffentlichen Dienst wird die Attraktivität des Armeedienstes gewährleistet. Die Sozialisten werden dies durch eine enge Zusammenarbeit mit den Sekundarschulen, dem Arbeitsamt und den zuständigen staatlichen Dienststellen durchführen.

## **9. Solidarische Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt**

- 1) Luxemburg ist eines der wenigen industrialisierten Länder, in dem der Beitrag zur Entwicklungspolitik in den letzten Jahren konstant gestiegen ist. Obwohl Luxemburg 1999 fast die seitens der Vereinten Nationen eingeforderten 0,7% des Bruttonationalprodukts an Ausgaben für Entwicklungshilfe erreichen kann, ist angesichts des rasch wachsenden luxemburgischen Sozialprodukts im nachhinein immer wieder festzustellen, dass sich dieser Prozentsatz verringert. Um sicherzustellen, dass in der nächsten Legislaturperiode mindestens 0,7%, besser 1% des BSP in die luxemburgische Entwicklungshilfe fliessen, wollen die Sozialisten 2,5% des Jahresbudgets für diese Zwecke bereitstellen.

Die Sozialisten setzen sich auch weiterhin für eine kohärente, zielgerechte und nachhaltige Entwicklungspolitik ein, welche sich durch die Verteidigung und Durchsetzung der Menschenrechte sowie den Respekt der unterschiedlichen Kulturen und Gesellschaftsformen kennzeichnet.

- 2) In der Entwicklungspolitik ist partnerschaftliche Zusammenarbeit erste Priorität. Integrierte Projekte begreifen in erster Linie Ausbildungsprogramme, welche einen Wissens- und Kompetenztransfer ermöglichen, aber auch Aufklärungs-, Familienplanungs-, Gesundheitsprogramme und Kinder- sowie Frauenrechte.
- 3) Die Vergabe von sogenannten Mikrokrediten erlaubt den ärmsten Bevölkerungsgruppen, sich eine eigene Existenz aufzubauen. Die Sozialisten unterstützen diese, dem Leitsatz "Hilfe zur Selbsthilfe" entsprechenden Bemühungen.

- 4) Die Sozialisten bekennen sich zu einem weitreichenden Schuldenerlass für die armen Länder der Erde. Sie werden sich in den zuständigen internationalen Gremien dafür einsetzen, dass eine verbindliche Neugestaltung der internationalen Finanzbeziehungen im Sinne eines fairen Interessenausgleichs zwischen Schuldnern und Gläubigern erreicht wird.
- 5) Die Sozialisten wollen die Globalisierung der Weltwirtschaft im Interesse der Menschen gestalten und verhindern, dass der Sozialstaat abgebaut, Umwelt- und Kinderschutz klein geschrieben sowie Hunger und Armut in der Welt vergessen werden. Die Sozialisten werden deshalb in allen internationalen Organisationen für verbindliche Sozial- und Umweltstandards eintreten. Aus diesem Grund haben sie sich in der OECD einem an und für sich notwendigen Abkommen zum Schutz von internationalen Investitionen widersetzt, da dieser neoliberale Vorschlag die Gefahr des Sozial- und Umweltdumpings beinhaltet. Multinationale Abkommen sind jedoch im Interesse schwächerer Staaten, die sich sonst dem Druck grösserer Mächte und vor allem multinationaler Konzerne nicht erwehren können. Deshalb treten die Sozialisten dafür ein, dass im Rahmen der Welthandelsorganisation und der UNO Regelwerke erstellt werden, die auch Entwicklungsländern den Zugang zu Investitionen, Krediten und Technologietransfers ermöglichen, dies auf Basis gleicher Rechte und Pflichten für Investoren wie Entwicklungsländer. In diesem Zusammenhang setzen die Sozialisten sich für ein gerechtes Lomé V-Abkommen ein.
- 6) Die Sozialisten betonen die wichtige Rolle der nichtstaatlichen Entwicklungshilfeorganisationen (ONG) in Luxemburg. Sie werden diese Organisationen bei der Durchführung nachhaltiger Projekte weiterhin unterstützen. Finanzielle Transparenz und eine optimale Zusammenarbeit zwischen dem Staat und den Entwicklungshilfeorganisationen bleiben gewährleistet.
- 7) Neben den ONG's spielen die Gemeinden in der Bewusstseinsbildung von entwicklungspolitischen Initiativen eine wichtige Rolle. Die Sozialisten werden die Gemeinden und insbesondere die Initiative "Klimabündnis" in ihren Arbeiten fördern und unterstützen.